

zeitzeichen

Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft



Die Stadt

Glanz und Elend der Metropolen

Kirche in der Wendezeit HAGEN FINDEIS

Militärrabbiner in der Bundeswehr MICHAEL WOLFFSOHN

Wandel in Wilhelmshaven REINHARD MAWICK

12

Jetzt auch als E-Paper für Ihr Tablet und Smartphone!



**Alle Abonnenten
haben kostenlosen
Zugriff**

Und so geht's:

Gehen Sie in den App Store
oder in Google Play
und suchen Sie zeitzeichen.
Beim ersten Mal „Heft laden“
müssen Sie Ihre Kundennummer
eingeben – dann haben Sie vollen
Zugriff auf alle Hefte ab 8-2015.

Ihre Kundennummer *
finden Sie auf:

1. Ihrer Rechnung
2. dem Versandetikett
Ihres Heftes

* (eine 8-stellige Zahl, die
mit der Ziffer 1 beginnt)

Herausgegeben von

Heinrich Bedford-Strohm
 Wolfgang Huber
 Ilse Junkermann
 Isolde Karle
 Annette Kurschus
 Ulrich Lilie
 Gottfried Locher
 Friederike Nüssel
 Christoph Schwöbel
 Christiane Tietz
 Gerhard Ulrich
 Michael Weinrich



Liebe Leserin, lieber Leser,

ist das Christentum eher eine Land- oder eine Stadtreigion? Darüber kann man trefflich streiten: Jesus von Nazareth kam aus der tiefsten Provinz der tiefsten Provinz des Römischen Reiches – erst zum Ende seines Lebens wagte er sich in eine wirklich große Stadt, und es endete nicht so gut. Andererseits waren die ersten Gemeinden des Christentums in Städten angesiedelt, in Jerusalem, in Korinth, ja selbst in Rom. Heute gilt die Landbevölkerung in der Regel als frommer als die Christenmenschen in den Metropolen. Wer in Berlin lebt und arbeitet, kann ein Lied davon singen.

„Die Stadt“, das ist das Schwerpunkt-Thema dieser Ausgabe von *zeitzeichen* (Seiten 20 bis 37), und da gibt es so viel zu erzählen! Es geht unter anderem um Städtevorstellungen in der Bibel, um die Kirche als Faktor der modernen Stadtentwicklung, und Chefredakteur Reinhard Mawick hat sich für seine Reportage (ab Seite 54) in seiner alten Heimatstadt Wilhelmshaven umgeschaut – um der Stadt Bestes zu suchen.

Lesen sollten Sie neben unseren Rückblicken auf die EKD-Synode in Dresden (Seiten 42 bis 45) unbedingt auch den Text von Arnd Henze (ab Seite 8) darüber, wie die evangelikale Rechte der USA derzeit versucht, den Jahrhunderttheologen und Märtyrer Dietrich Bonhoeffer zu einen der ihren umzu-deuten. Wenn Bonhoeffer denn ein Grab hätte, er würde darin rotieren vor Ärger über diese absurde Anmaßung. Und einen Friedensnobelpreisträger haben wir auch in einem Exklusiv-Interview: den kongolesischen Chirurgen Denis Mukwege (Seite 15).

Eine gute Lektüre und eine schöne Adventszeit wünscht

Philipp Gessler

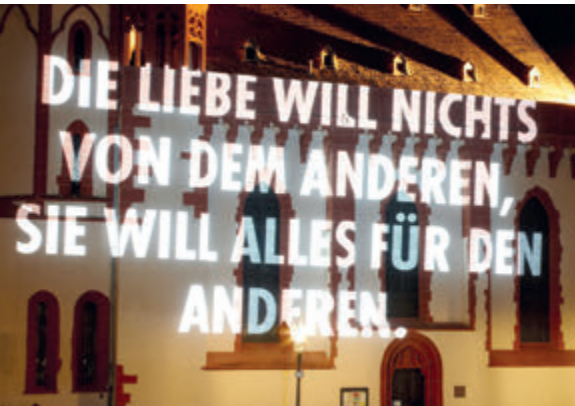


Foto: epd/Wolfgang Günzel

Bonhoeffer und die Rechten

Wenn sich im April 2020 der 75. Todestag Dietrich Bonhoeffers jährt, kann es zu einem Kampf um das Erbe und die Deutung des Widerstandskämpfers kommen. Der Theologe wurde im KZ Flossenbürg von den Nazis ermordet. Die so genannte Religiöse Rechte vereinnahmt Bonhoeffer, wie der Journalist und Theologe Arnd Henze zeigt.

POLITIK

- 8 ARND HENZE
Wie rechte Kreise Dietrich Bonhoeffer vereinnahmen

KOLUMNE

- 11 HEINRICH BEDFORD-STROHM
In die Welt hinein

GESELLSCHAFT

- 12 HAGEN FINDEIS
Kirche in der Wendezeit
- 15 KURZINTERVIEW MIT DENIS MUKWEGE
Auf dem Pfad des Glaubens

RELIGION

- 16 MICHAEL WOLFFSOHN
Militärrabbiner in der Bundeswehr

STÖRFALL

- 19 THOMAS ZEITLER
Ein Pfarrer bei *Extinction Rebellion*

Titelseite:

Foto: picture alliance/Bernd Kammerer

Gestaltung: Christiane Dunkel-Koberg

Die Stadt

Während in Deutschland die Metropolen und Metropolregionen wachsen, gehen kleinere Städte ihrem Niedergang entgegen. Doch schon oft wurden die Städte totgesagt, immer wieder haben sie sich neu erfunden. Nun stehen sie abermals vor großen Herausforderungen.

20



Foto: akg-images

DIE STADT

- 22 UWE RADA
Eine zivilisatorische Errungenschaft Europas
- 25 TORSTEN MEIREIS
Über die Gentrifizierung des öffentlichen Raums
- 29 JUDITH FILITZ
Biblische Städte
- 32 PETRA POTZ
Kirche in der Stadt
- 34 GESPRÄCH MIT RAINER DANIELZYK
Stadt, Land, Lebensräume

DAS PROJEKT

- 38 FRANK HOFFMANN
Karl Barth – Ein Theologe für Agnostiker

KIRCHE

- 40 REINHARD MAWICK
Sachsen und die Causa Rentzing
- 42 JÜRGEN WANDEL/KATHRIN JÜTTE/PHILIPP GESSLER
Synodaltagungen in Dresden
- 46 THOMAS KLATT
Auslaufmodell Sonntagsgottesdienst?

KOMMENTAR

- 45 STEPHAN KOSCH
Die EKD und die Zukunft



46

Sonntags künftig ohne?

Nur drei bis vier Prozent aller evangelischen Kirchenmitglieder gehen regelmäßig in den Sonntagsgottesdienst. Ist er deswegen verzichtbar und sollte durch zielgruppenorientierte Gottesdienste ersetzt werden? Darüber wird unter Gemeindemitgliedern und Theologen heftig diskutiert.

WISSENSCHAFT

- 49 REINHARD LASSEK
Eine Einführung in die Quantenwelt

REPORTAGE

- 54 REINHARD MAWICK (TEXT) · UWE WOHLMACHER (FOTOS)
Wandel in Wilhelmshaven

REZENSIONEN

Musik

- 61 REINHARD MAWICK
Deutscher Jugendkammerchor: Beethoven für Chor
- 61 UDO FEIST
Terry Lyne Carrington + Social Science: Waiting Game

Hörbuch

- 62 REINHARD MAWICK
Johannes Voigtländer (Hg.): Karl Barth

Bücher

- 62 ULRIKE WAGNER-RAU
Julia Koll/Albert Drews/Christoph Dahling-Sander (Hg.):
Kulturkirchen
- 63 JÜRGEN KAISER
Jörg Hübner: Christoph Blumhardt – Prediger,
Politiker, Pazifist
- 63 ROLF WISCHNATH
Hans-Georg Ulrichs: Reformierter Protestantismus
im 20. Jahrhundert

Subatomare Welt

Vor einigen Wochen meldete Google, dass erstmals ein vom Konzern entwickelter Quantencomputer eine Aufgabe erledigt hat, an der herkömmliche Rechner scheitern würden. Aber welche physikalischen Gesetze stecken dahinter?

49

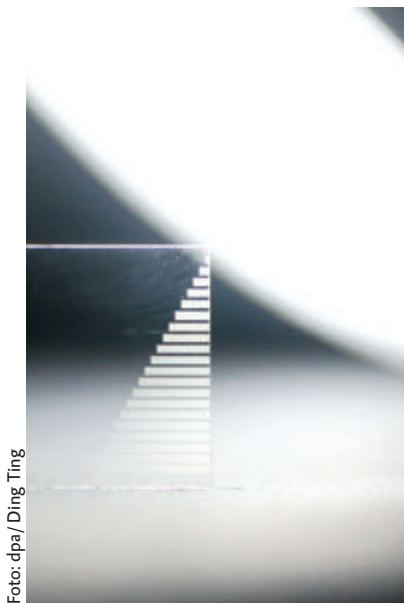


Foto: dpa/Ding Ting

- 64 KLAUS BECKMANN
Sven Grosse (Hg.): Schleiermacher kontrovers
- 65 ANDREAS RÖSSLER
Wolfgang Greive: Glaubwürdig von Mensch
und von Gott reden
- 66 FRIEDMANN EISSLER
Ali Ghandour: Liebe, Sex und Allah
- 68 UDO FEIST
William Melvin Kelley: Ein anderer Takt
- 68 FRIEDRICH SEVEN
Hansgünter Ludewig: „Mein Leben sei ein Wandern“

- | | |
|----------------|--------------------|
| 66 Autoren | 6 Magazin |
| 64 Buchtipps | 72 Notabene |
| 3 Editorial | 71 Notizen |
| 69 Filmtipps | 70 Personen |
| 67 Impressum | 73 Punktum |
| 52 Klartext | 73 Veranstaltungen |
| 72 Kulturtour | 74 Vorschau |
| 59 Leserbriefe | |



Foto: Stefan Moses

Ostdeutsche Porträts von Stefan Moses

Das Berliner Bröhan-Museum zeigt Porträtfotografien von Ostdeutschen des Münchner Fotografen Stefan Moses (1928–2018). Aufgenommen wurden die Bilder in der Umbruchzeit 1989/90. Mit seiner Serie „Abschied und Anfang“ habe er einer „Gesellschaft im Wandel“ ein fotografisches Denkmal gesetzt. Moses hatte bereits Anfang der 1960er-Jahre eine Serie zu den Deutschen in der Bundesrepublik gemacht, die ihn seinerzeit zu einem der bekanntesten Porträtfotografen Deutschlands machte. Sie besteht aus Schwarz-Weiß-Aufnahmen von anonymen Angehörigen verschiedener Berufsgruppen, die im Freien vor einem grauen Tuch posieren.

Zur Vervollständigung der Serie bereiste Moses deshalb 1989/90 die untergehende DDR. Als typische Vertreter ihrer Berufe fotografierte Moses erneut namenlose Deutsche und in dieser Serie erstmals auch Prominente aus Kultur und Politik.

Streit um eine Straße

Eine Bürgerinitiative will die mögliche Umbenennung des Marahrensweges in Hannover verhindern. Die Straße ist nach dem früheren evangelischen Landesbischof August Marahrens (1875–1950) benannt. Ein Beirat der Stadt Hannover hatte die Umbenennung im vergangenen Herbst empfohlen, weil Marahrens eine zu große Nähe zum NS-Staat gehabt habe. Marahrens war von 1925 bis 1947 Bischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. Nach Auskunft der Bürgerinitiative wehren sich inzwischen fast alle Anwohner gegen die Umbenennung der Straße. Marahrens sei nicht persönlich an Verbrechen beteiligt gewesen und habe auch keine tragende Funktion zur Stützung des nationalsozialistischen Staats ausgeübt, hieß es von Seiten der Initiative. Er sei kein NSDAP-Mitglied gewesen und habe nicht den sogenannten Deutschen Christen angehört, die mit den Nationalsozialisten paktierten.

„Haus der Ewigkeit“

Das Jüdische Museum in Rendsburg zeigt derzeit Fotografien von jüdischen Friedhöfen in Deutschland, Polen, der Ukraine und der Tschechischen Republik. Die vierzig Bilder stammen von dem Berliner Marcel Jacobs (54) und seinem inzwischen verstorbenen Partner Klaus Jacobs. „Unsere Aufgabe ist es, Spuren jüdischen Lebens sichtbar zu machen. Dazu leistet die Ausstellung einen wichtigen Beitrag“, erklärte der Museumsleiter Jonas Kuhn. Die mit einer analogen Leica-Kamera entstandenen Schwarz-Weiß-Fotografien zeigen Gräber auf jüdischen Friedhöfen in Berlin, Hamburg, Dresden, Warschau, Krakau, Prag und Lemberg (Lwiw) in der Ukraine. Insgesamt sind in der Ausstellung des Jüdischen Museums Rendsburg Fotos von zwanzig Friedhöfen zu sehen. Die Schau „Haus der Ewigkeit“ läuft bis zum 9. Februar 2020.

Foto: Jüdisches Museum





Foto: dpa/Valeriy Mechnikov

Erinnerung an die Repression

Am 30. Oktober, dem Gedenktag für die Opfer der politischen Repressionen in Russland, wurde in der St.-Petri-Kirche in Sankt Petersburg eine neue Ausstellung zur Geschichte der Repression gegenüber den Kirchen und der Verfolgung der Gläubigen in der Sowjetunion eröffnet. Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat die Erarbeitung der dreisprachigen Ausstellung des Hamburger Zentrums für Mission und Ökumene „Nordkirche weltweit“ im Rahmen ihrer Projektförderung unterstützt. Der Ratsvorsitzende der Bundesstiftung Aufarbeitung, Markus Meckel, erklärte: „Die neue Ausstellung ist ein wichtiger Beitrag zur Erinnerungskultur an das schwere politische Unrecht in der Sowjetunion. In einer Zeit, in der Stalin in Russland wieder zunehmend salonfähig wird und die stalinistischen Verbrechen vergessen werden sollen, muss stärker auf die Opfer der Terrorherrschaft hingewiesen werden. Von diesen Verbrechen war im Lauf der Jahrzehnte fast jede Familie in der Sowjetunion betroffen. Bis heute gibt es kaum ein systematisches Erinnern daran.“ Die St.-Petri-Kirche in St. Petersburg ist die größte lutherische Kirche Russlands. Sie wurde 1938 geschlossen und zunächst als Lager, später als Schwimmbad zweckentfremdet. Nach der Rückgabe an die Evangelisch-Lutherische Kirche Russlands 1993 ist sie heute wieder Bischofskirche. Die Gottesdienste finden auf Deutsch und Russisch statt.

Christliche Präsenz in Syrien schwindet

Die Präsenz von Christen in Syrien nimmt nach Angaben des Gustav-Adolf-Werkes (GAW) immer weiter ab. Allein die Zahl der evangelischen Christen habe sich seit Kriegsbeginn halbiert, hieß es von Seiten des evangelischen Hilfswerks. Vor dem Krieg lebten noch rund 35 000 bis 40 000 evangelische Christen in Syrien. Die evangelischen Gemeinden, die auf die osmanische Zeit zurückgehen, sind im ganzen Land verteilt, größere Gemeinden existieren in Städten wie Latakia, Aleppo, Homs oder Damaskus. Syrien gilt als ein Ursprungsland christlicher Kirchen.

Bundesregierung beschließt Deutsch-Pflicht für Imame

Die Bundesregierung will dafür sorgen, dass Geistliche aus dem Ausland nur mit ausreichenden Deutschkenntnissen in Deutschland tätig sind. Das Bundeskabinett hat eine entsprechende Änderung der Aufenthalts- und Beschäftigungsverordnung beschlossen. Für eine Übergangszeit sollen einfache Deutschkenntnisse für den Aufenthalt in Deutschland genügen. Innerhalb eines Jahres sollen bessere Sprachkenntnisse nachgewiesen werden, die im Wesentlichen eine Verständigung im Alltag ermöglichen. Viele Imame in deutschen Moscheegemeinden stammen aus dem Ausland. Nach einer im März von der Konrad-Adenauer-Stiftung vorgelegten Studie sind es 80 bis 90 Prozent. Der größte deutsche Moschee-Verband Ditib beschäftigt beispielsweise vorwiegend Imame aus der Türkei.

Wem gehört Bonhoeffer?

Wie rechte Kreise den Theologen und Widerstandskämpfer vereinnahmen

ARND HENZE

75 Jahre nach seiner Ermordung im KZ Flossenbürg sei das Andenken Dietrich Bonhoeffers in der Evangelischen Kirche weithin zur zeitlos-wohligen Heiligenverehrung geworden, warnt der Theologe und Journalist Arnd Henze. Nutznießer sei die „Religiöse Rechte“, die den Theologen und Widerstandskämpfer immer schamloser als einen der ihren im politischen Tageskampf instrumentalisiert.

Vermutlich hat Donald Trump noch nie etwas von Dietrich Bonhoeffer gehört. Trotzdem hängt seit diesem Jahr eine bronzene Tafel zu Ehren des von den Nazis ermordeten Widerstandskämpfers in der Gedenkstätte Flossenbürg in der Oberpfalz, die den Namen des US-Präsidenten trägt. Sein Statthalter in Berlin, der umstrittene Botschafter Richard Grenell, hatte sich dafür eingesetzt und sie in einer Feierstunde enthüllt. In seiner Rede wählte er Bonhoeffer-Zitate, deren Bedeutung plötzlich in einem befremdlichen Kontext erklangen: „Wer seine Überzeugungen lebt, erwartet keinen Beifall.“ Oder: „Nicht in der Flucht der Gedanken, allein in der Tat ist Freiheit.“

Hochrangige Vertreter der Evangelischen Kirche waren der Gedenkfeier ferngeblieben. Allzu offensichtlich war das Bemühen, Bonhoeffer politisch auf der Seiten der äußersten Rechten zu vereinnahmen. Denn neben Grenell zeigt sich auch Vizepräsident Mike Pence schon lange als Anhänger des protestantischen Widerstandskämpfers. Pence twiterte dann auch aus dem fernen Washington: „Ich wünschte, ich könnte dabei sein“ – um im selben Tweet seinen Botschafter dafür zu loben, dass er jeden Tag dafür einstehe, „dass POTUS' America-First Agenda in Deutschland erfolgreich ist.“

Bonhoeffer und „America First“ in einem Tweet: Das muss man erst einmal hinkriegen! Doch Amerikas „Religiöse Rechte“, zu der Pence und Grenell

gehören, hat Bonhoeffer schon lange als einen der ihren entdeckt und vereinnahmt. Und so fremd einem der Gedanken ist: Für sie verkörpert ausgerechnet Donald Trump den furchtlosen Widerstandskämpfer gegen einen liberalen Zeitgeist, gegen den angeblich schon Bonhoeffer gekämpft habe.

Diese Umdeutung ist nicht vom Himmel gefallen. Bis vor ein paar Jahren war Bonhoeffer auch in den USA vor allem unter sozial engagierten Christen populär – bei denen, die sich in der Bürgerrechtsbewegung, für Geflüchtete und gegen Atomwaffen engagiert haben. Nur wenige werden sich dabei intensiv mit der Biografie und den Texten des Theologen beschäftigt haben. Bonhoeffers Schicksal war, dass er zum Heiligen verklärt und seine oft komplexen Gedanken zum Steinbruch für Kalendersprüche, Flugblätter oder Predigten wurden. Ob es das Rad war, dem man in die Speichen greifen musste oder die guten Mächte, von man denen man wunderbar geborgen wurde: An die Stelle der Auseinandersetzung trat triviale Verehrung und eine zeit- und inhaltslose Verfügbarkeit.

„Bonhoeffer-Moment“

In dieses Vakuum stieß vor zehn Jahren eine Bonhoeffer-Biografie, die im protestantischen Mainstream auf eine Mischung aus Ablehnung und Desinteresse stieß, in der „Religiösen Rechten“ aber ein Bestseller wurde. Eric Metaxas inszeniert den Theologen in seinem Buch *Bonhoeffer: Pastor, Agent, Märtyrer und Prophet* als einen gottesfürchtigen Außenseiter, der in der Krise bereit war, die ultimative Konfrontation mit dem Bösen zu suchen und dafür sein Leben zu opfern (vergleiche z. B. 2/2012). Der Schlüsselbegriff dafür ist bei Metaxas der „Bonhoeffer-Moment“. Die Biografie selbst beschränkt sich dabei noch weitgehend darauf, Bonhoeffer als konservativen Evangelikalen zu beschreiben. Sie unterschlägt deshalb Vieles, was dieser Vereinnahmung widerspricht,

vermeidet aber noch allzu offensichtliche Bezüge in die Gegenwart.

Die tagespolitischen Aktualisierungen findet man dagegen vor allem in den öffentlichen Auftritten des Autors: als Redner auf evangelikalen Kongressen und vor allem als ständiger Gast bei *Fox News* bezog Metaxas den „Bonhoeffer-Moment“ zunächst immer wieder polemisch auf die Obama-Regierung und versuchte damit, die „Religiöse Rechte“ zum Widerstand gegen den angeblichen Verfall von Sitte und Moral in den USA zu mobilisieren.

Ob „Ehe für Alle“, Schulgebete oder Gesundheitsreform: Von nun an war alles, was im Kulturkampf gegen die „liberalen Eliten“ gerade aktuell war, ein „Bonhoeffer-Moment“. Und beim Thema Abtreibung waren die aggressiv-rhetorischen Rückgriffe auf den Holocaust bereits so eingeübt, dass Bonhoeffers Eintreten für die Juden rhetorisch mühelos als Vorbild für den Kampf gegen die Regierung und den Obersten Gerichtshof ins Feld geführt werden konnte. Eric Metaxas gehörte im US-Wahlkampf 2016 zu den ersten, die ihr Unbehagen über den wenig christlichen Lebensstil des Kandidaten Donald Trump überwand und die Wahl zu einem „Bonhoeffer-Moment“ überhöhten. Trump wurde als Werkzeug gegen das ultimative Böse stilisiert – seine Gegenkandidatin Hillary Clinton von Metaxas als „Hitlery Clinton“ verteufelt.

Das alles ist nicht nur infam, sondern hoch gefährlich. Denn Bonhoeffer wird nicht durch seine theologischen Überzeugungen, sondern durch seinen Weg in den (bewaffneten) Widerstand zum heroischen Vorbild für die „Religiöse Rechte“.

Wenn Botschafter Grenell in Flossenbürg die „Freiheit der Tat“ gegen die „Flucht der Gedanken“ hervorhebt, dann folgt das dem gleichen Muster wie Metaxas, der bei jeder Gelegenheit ein (vermeintliches) Bonhoeffer-Zitat hervorhebt: „Schweigen im Angesicht des Bösen ist selbst böse. Nicht zu sprechen ist sprechen. Nicht zu handeln ist handeln.“



Man muss sich bei all dem bewusst machen, dass sich dieses Widerstands-Pathos in einem Milieu entfaltet, in dem auch der Anspruch auf den uneingeschränkten Waffenbesitz eine pseudoreligiöse Aufladung erfährt. Die „Religiöse Rechte“ ist eine hoch militarisierte und tendenziell gewalttätige Szene. Anschläge auf Abtreibungskliniken werden in diesen Kreisen zum Beispiel seit Jahren verharmlost und gerechtfertigt.

Das aber macht die gegenwärtige politische Debatte um das Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Trump

so explosiv. Denn auch die Ukraine-Affäre wird längst wieder als „Bonhoeffer-Moment“ gedeutet: als Stunde des Widerstands gegen einen vermeintlichen Staatsstreich, mit dem die verhassten Demokraten den rechtmäßig gewählten Präsidenten stürzen wollen. Man sollte es deshalb sehr ernst nehmen, wenn mit Robert Jeffress einer der prominentesten Vertreter der „Religiösen Rechten“ bei *Fox News* offen mit dem Bürgerkrieg droht: „Ich habe die evangelikalen Christen nie wütender erlebt als bei diesem Versuch, die Wahl von 2016 auszuhebeln

und die Stimmen von Millionen Evangelikalen zu negieren. Die Demokraten wissen, dass das einzige Verbrechen Trumps darin besteht, Hillary Clinton geschlagen zu haben. Das ist seine unverzeihliche Sünde. Sollten die Demokraten Erfolg haben (was nicht geschehen wird) wird es einen Bürgerkrieg auslösen, einen Riss in unserer Nation, von dem sich das Land nicht mehr erholen wird.“ Über den offizielle Twitter-Account des Präsidenten mit seinen 65 Millionen Followern fand diese Kampfansage maximale Verbreitung.

Auch in Deutschland hat die radikale Rechte Dietrich Bonhoeffer längst für sich entdeckt. Die AfD versucht dabei, den Theologen gleich doppelt für sich nutzbar zu machen: Zum einen passt er zur bürgerlichen Fassade, mit der die Partei ihre strategische Selbstverharmlosung

Bonhoeffer passt zur bürgerlichen Fassade und zur strategischen Selbstverharmlosung der AfD.

inszeniert. Um sich gegen das Nazi-Image zu immunisieren, reklamiert die AfD den konservativen Widerstand gegen Hitler für ihre Zwecke: Stauffenberg, Sophie Scholl oder eben Bonhoeffer – den man dazu als Konservativen vereinnahmt. Auf Facebookseiten der AfD oder nahestehender Gruppen werden zu diesem Zwecke schon mal Bonhoeffer-Texte gepostet, die entweder wie das Gedicht „Von guten Mächten“ allgemein konsensfähig sind oder die an Ressentiments appellieren, die auch über die rechte Szene hinaus anschlussfähig erscheinen. Ein Beispiel: Bonhoeffers berühmter Text „Von der Dummheit“ wird als Tafel mit Foto gepostet und hundertfach geteilt – auch von evangelischen Pfarrern, die entweder gar nicht merken oder denen es nichts ausmacht, auf wen Bonhoeffers Hinweis hier bezogen wird: „Warum muss ich bei diesem Text ständig an unsere Bundesregierung und die vielen kriminellen Einzelfälle denken?“, fragt der rechte Verfasser des Posts polemisch.

Die Vereinnahmung Bonhoeffers dient dabei noch einem zweiten Kalkül: Die AfD will gezielt die Spaltung der Evangelischen Kirche und sagt das auch ganz offen. Mit dem Pamphlet „Unheilige Allianz“, erschienen direkt nach dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in

diesem Sommer in Dortmund, entwirft der rechtsextreme „Flügel“ um Björn Höcke ein perfides Narrativ, das jegliche historische Unterscheidung außer Kraft setzt: „Vom Bündnis mit den Thronen des Kaiserreichs über den Nationalsozialismus über die DDR-Diktatur bis zum Doktrinisierung der linksgrünen Landes- und der Bundesregierungen unserer Tage – immer wieder hat sich die offizielle Kirche (keineswegs alle ihre Gläubigen) – mit der Macht verbrüdet.“ Die AfD stellt sich dagegen in die Tradition derer, die diesem „Pakt der evangelischen Kirche mit den Mächtigen und dem Zeitgeist“ widerstanden haben: der Bekennenden Kirche in der NS-Zeit, kirchlichen Dissidenten wie dem durch Selbstverbrennung ums Leben gekommenen Pfarrer Oskar Brüsewitz in der DDR – und denen, die heute dem „rotgrünen Zeitgeist“ widerstehen.

Dass die AfD dabei gar nicht erst den Versuch macht, die qualitativen Unterschiede zwischen einem demokratischen Rechtsstaat, der DDR und dem NS-Regime zu würdigen, ist dabei ebenso infam, wie die Behauptung einer direkten Linie zwischen den „Deutschen Christen“ und der heutigen EKD. Als das Pamphlet Mitte Juni in Berlin vorgestellt wurde, rief Björn Höcke ausdrücklich zum „Widerstand“ der Christen gegen die Kirchenleitungen auf – etwa bei anstehenden Kirchenvorstands- und Presbyteriumswahlen.

Spätestens nach den Wahlerfolgen der AfD in ihren ostdeutschen Hochburgen sollte klar sein: Die Rechtsextremen meinen es ernst mit ihrem Versuch, die von Björn Höcke angedrohte „180-Gradwende in der Erinnerungspolitik“ zu vollziehen. In den zurückliegenden Wahlkämpfen zielte die völkisch-nationalistische Partei äußerst erfolgreich auf das Erbe der friedlichen Revolution von 1989. Im nächsten Schritt – und vor allem in

Die Geschichte der Bekennenden Kirche wurde schon in den ersten Nachkriegsjahren verklärt.

Westdeutschland – wird sie auch das Erbe des Widerstands gegen Hitler noch aggressiver für sich beanspruchen und als Munition gegen die behauptete „Merkel-Diktatur“ ins Feld führen.

Wer dem entgegentreten will, sollte mit dem Eingeständnis beginnen, dass die viel beschworene Erinnerungskultur in der Evangelischen Kirche sehr viel brüchiger ist, als es in Sonntagsreden immer wieder behauptet wird. Die Geschichte der Bekennenden Kirche wurde schon in den ersten Nachkriegsjahren verklärt, Widersprüche wurden geglättet. Das toxische Erbe des Deutschnationalen und Antidemokratischen in den frühen Jahren der Bundesrepublik wird bis heute

weitgehend verdrängt. Unter den Bischöfen und Kirchenpräsidenten der ersten Nachkriegsjahrzehnte wird die AfD aus dem Vollen schöpfen können, wenn sie Kronzeugen für ihre völkische, nationalistische und autoritäre Ideologie sucht – zumal sie schon in ihrer Kampfschrift „Unheilige Allianz“ hemmungslos Zitate aus dem Zusammenhang reißt und sie gegen die heutige Kirche in Stellung bringt.

Vor allem bei Dietrich Bonhoeffer ist der Missbrauch durch die extreme Rechte offensichtlich. Seinen Widerstandsbegriff von der Parteinahme für die Opfer systematischer staatlicher Gewalt zu entkoppeln, ist ebenso perfide wie das Ausblenden seiner ökumenischen Offenheit, die er immer auch als Antithese zu jeglichem völkischen und nationalistischen Denken verstanden hat. Wer es, wie US-Vizepräsident Pence, schafft, Bonhoeffer und „Make America Great Again“ in einem Tweet unterzubringen, pervertiert alles, wofür der Theologe gestritten hat. Wer sich, wie die „Religiöse Rechte“, wie eine Wand hinter einen Präsidenten stellt, der Familien von Migranten auseinander reißt und interniert, die Axt an die Gewaltenteilung der US-Verfassung legt, die gesellschaftliche Spaltung des Landes brachial voran treibt, muss Bonhoeffers Biografie und Denken schon brutal verbiegen, um sich auf ihn berufen zu können!

Diffuses Widerstandspathos

Leicht gemacht wird es diesen Kräften freilich durch die Trivialisierung Bonhoeffers im protestantischen Mainstream, die diesen komplexen Pfarrer, Theologen und Widerstandskämpfer zum Steinbruch für fromme Sprüche und ein diffuses Widerstandspathos entwertet hat. Wer seinen Namen googelt, findet seitenlange Zitatsammlungen für alle denkbaren Lebenslagen – ohne Kontext und oft ohne Quellenangabe. Da darf es nicht wundern, wenn sich auch die „Religiöse Rechte“ aus dieser Wundertüte bedient und sich einen von jeglichen Inhalten und historischem Zusammenhang entkernten Widerstandsbegriff herausholt.

Zum 75. Jahrestag der Ermordung am 9. April kommenden Jahres ist zu befürchten, dass viele Verlage der kommerziellen Versuchung nicht widerstehen



Zitat von Bonhoeffer projiziert auf die Alte Nikolaikirche in Frankfurt/Main.

Foto: epd/Wolfgang Günzel

können, die Trivialisierung Bonhoeffers mit leicht verdaulichen Spruchsammlungen weiter zu befeuern. Pfarrerrinnen und Pfarrer werden ihre Predigten mit Zitaten aus den Gefängnisbriefen veredeln und Festreden werden den „protestantischen Märtyrer“ heilig sprechen. Die Sorge, dass man mit all dem die bleibende Bedeutung dieses großen Protestanten nicht vergegenwärtigen, sondern ihn der allgemein verfügbaren Beliebtheit noch weiter ausliefern wird, erscheint berechtigt.

Es wird auch nicht ausreichen, der Rechten den Anspruch auf das Erbe Bonhoeffers zu bestreiten, solange die Frage nicht beantwortet wird, worin seine bleibende Bedeutung für die heutige Situation und Zukunft besteht. Diese Frage gehört nicht nur in akademische Echokammern, sondern in die Breite der Gemeinden und darüber hinaus in die zivilgesellschaftliche Debatte. Und immer geht es dabei um die gesellschaftliche Verantwortung der Kirche in der realen Welt mit all ihren konkreten Herausforderungen. Denn wenn den großen Theologen eines auszeichnet, dann die Bereitschaft, immer wieder danach zu fragen, was Christsein in der konkreten Realität bedeutet und sich deshalb auf einen ständigen Lernprozess einzulassen. Wolfgang Huber hat das in seinem Buch *Auf dem Weg zur Freiheit* eindrucksvoll herausgearbeitet (vergleiche zz 3/2019).

Es geht deswegen darum, Dietrich Bonhoeffer vom kitschigen Zuckerguss zu befreien, ihn als Zumutung und nicht als Besitzstand oder gar als Waffe in den ethischen Auseinandersetzungen der Gegenwart zu entdecken. So – und nur so – wird man den plumpen Vereinnahmungsversuchen der „Religiösen Rechten“ widersprechen können!

Übrigens: Es gibt ernstzunehmende Gerüchte, US-Vizepräsident Mike Pence wolle im kommenden April persönlich nach Flossenbürg in der Oberpfalz kommen um Bonhoeffer zu ehren. Die USA werden dann im wohl schmutzigsten Wahlkampf ihrer Geschichte sein. Pences Auftritt wäre deshalb vor allem ein Signal an die evangelikalen Wähler in seiner Heimat. Wo wäre dann der Platz der EKD? Dem Kampf um das Erbe Dietrich Bonhoeffers wird die Evangelische Kirche nicht ausweichen können. Wir müssen die Herausforderung annehmen! ◀

HEINRICH BEDFORD-STROHM

In die Welt hinein

Wie mir die Engel sympathisch wurden

Ich kann nicht sagen, dass ich schon immer ein Fan von Engeln gewesen bin. Die feisten Engelsfiguren in so mancher opulenten Barockkirche waren dem nüchternen Protestanten eher suspekt.

Es ist nicht einfach, sich in dem unüberschaubaren Engelskosmos, der da in unseren Vorstellungen entsteht, zurechtzufinden. Die Bibel hilft mir dabei. Meine Lieblingsengelgeschichte steht in 1. Mose 28. Jakob flieht vor seinem Bruder Esau, den er übers Ohr gehauen hat. Nachts im Traum sieht er eine Leiter auf Erden, „die rührte mit der Spitze an den Himmel, und siehe, die Engel Gottes stiegen daran auf und nieder.“ Die Engel sind nicht irgendwelche Fabelwesen in einer transzendenten Welt, sondern die Engel öffnen den Himmel und bringen ihn auf die Erde. Dieses Bild fasziniert mich. In seinem Film „Der Himmel über Berlin“ hat Wim Wenders davon erzählt, wie die Engel hinunter in die große Stadt kommen. In die Wohnzimmer schauen sie, die Engel, und fühlen sich in die Menschen ein. In den Bibliotheken sitzen sie neben den Studierenden und geben ihnen gute Gedanken. Sie helfen den Menschen, aber sie selbst schweben immer über dem wirklichen Leben. Da passiert es. Einer der Engel verliebt sich. Er verstrickt sich in die menschliche Welt der Leidenschaften, er kommt ihr zu nahe, der Welt von Freude und Trauer. Seine Liebe endet tragisch, aber nicht einen Moment des Eintauchens in die wirkliche Welt möchte der Engel missen.

In der Welt der Bibel sind die Engel immer Botschafter Gottes und seines Eintauchens in die Alltagswelt. Sie begegnen den Menschen in den meisten Fällen nicht in heiligen Räumen. Schauplätze der biblischen Engelsgeschichten sind viel öfter Acker, Schafherde,

Straße, Kammer oder Arbeitsplatz. Genauso ist es mit der Botschaft, die sie überbringen: Sie spricht mitten ins Leben und verändert es. Es ist ein Engel, der Maria, der Zimmermannsfrau, hilft,

das Ungeheure zu verstehen, was da passieren soll: Sie soll den Messias zur Welt bringen! Von Anfang an sind die Engel also keine „Konkurrenten“ Jesu, sondern Botschafter und Verstehenshelfer des Heils, das sich in ihm zeigt. Maria jedenfalls versteht genau, was der Engel gesagt hat. Auf die Idee, den

Engel selbst zu verehren, kommt sie nicht. Sondern sie antwortet mit ihrem berühmten Loblied über Gott und seine Kraft, die das Leben verändert, die die Mächtigen vom Thron stößt. Gott erhöht die Geringen, er lässt die Barmherzigkeit walten und hilft denen auf, die am Boden sind.

Die Engel führen uns nicht aus der Welt heraus, sondern in die Welt hinein. Engel können helfen, Gottes Liebe und Fürsorge im Alltag zu erfahren: „Gott hat seinen Engeln befohlen, daß sie dich behüten auf allen deinen Wegen...“ Und sie können unseren Blick schärfen und unsere eigene Liebe und Fürsorge wachrufen: „Gastfrei zu sein vergesst nicht; denn dadurch haben einige ohne ihr Wissen Engel beherbergt.“ (Hebräer 13,2).

Dass die Freudenbotschaft Gottes wie bei der Geburt Jesu auch sinnlich erfassbare Botschafter hat, ist schon gut. Und wenn einer zu Hause als stiller Botschafter an der Wand hängt oder auf dem Nachttisch steht, ist es auch gut. Doch, ich mag sie, die Engel. ◀



Foto: privat

Heinrich Bedford-Strohm ist Landesbischof in München, EKD-Ratsvorsitzender und Herausgeber von *zeitzeichen*.

Keine tragende Rolle

Dreißig Jahre Mauerfall (IV): Das schöngefärbte Bild der Kirchen

HAGEN FINDEIS

War der Umbruch in der DDR tatsächlich eine protestantische Revolution? In *zz/09* vertrat Ellen Ueberschär diese These. Hagen Findeis, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Theologischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, plädiert hingegen für einen nüchternen Blick auf die Rolle der Kirchen in der DDR. Für den Erfolg des politischen Umbruchs seien sie nicht entscheidend gewesen.

Die seit dem Sommer dieses Jahres erneut geführte Debatte über das Ende der DDR berührt auch die Kirchen. Ausgelöst durch einen Essay des Soziologen Detlef Pollack, der die etablierte geschichtspolitische Deutung der 1989-er-Ereignisse, nach der „die friedliche Revolution das Verdienst der DDR-Opposition (ist und bleibt)“ (Werner Schulz), infrage gestellt hatte, meldeten sich ebenjene Vertreter der Oppositionsgruppen und ihnen nahestehende Historiker zu Wort. Sie bekräftigten die bekannte Revolutionserzählung, nach der die Oppositionsgruppen den Protest aus den Kirchen auf die Straßen getragen und mit ihren Aktionen eine Massenmobilisierung initiiert haben, in deren Folge der alte Machtapparat in einem Akt von Selbstbefreiung hinweggefegt wurde.

Anders als in den 1990-er-Jahren geht es nun weniger um die Rekonstruktion der damaligen Ereignisse, sondern um Resonanz auf die behauptete eigene soziale Wirksamkeit und politische Deutungsmacht. Dafür, dass diese Debatte so engagiert geführt wird, gibt es gute Gründe. Mit dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft hat sich das Leben der Ostdeutschen radikal verändert. Es ist besonders ihre Geschichte, die hier verhandelt wird und die eigene Geschichte kann niemandem gleichgültig sein. Gerade wir Deutschen haben aufgrund unserer Geschichte ein Interesse daran, nicht wieder auf der falschen Seite zu stehen, sondern

uns selbst als lernfähig wahrzunehmen. Und natürlich spielt es auch für unsere Positionierung im wiedervereinigten Deutschland eine Rolle, ob wir die damaligen Ereignisse aktiv beeinflusst haben oder nicht.

Die ehemalige Generalsekretärin des Kirchentags Ellen Ueberschär, jetzt Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, hat sich in der Septemбераusgabe von *zeitzeichen* mit dem Anteil der Kirchen am Zusammenbruch der DDR beschäftigt. Dabei übernimmt sie einen Topos, der bereits 1990 von dem Theologen und DDR-Oppositionellen Ehrhart Neubert eingeführt und seitdem von verschiedenen Autoren aufgegriffen worden ist.

Das Interesse der Kirchen, ihren Anteil an den Geschehnissen positiv herauszuarbeiten, ist naheliegend. Nicht noch einmal wollten sie als Kollaborateure mit einem Unrechtsstaat dastehen. Und so misst Ueberschär unter Verweis auf die bekannten ikonografischen Bilder von Kerzen, Gewaltlosigkeit und überfüllten Kirchen diesen und auch den oppositionellen Gruppen unter ihrem Dach eine bedeutende Rolle für den Umsturz zu. Sie charakterisiert die Kirchen als einen „Sprachraum der Freiheit“, in dem Bonhoeffers Kirchenverständnis einer „Kirche für Andere“ verwirklicht worden sei, wobei die „Anderen“ oppositionelle Gruppen, Ausreisewillige und sonstige Dissidenten gewesen seien.

Theologische Bescheidenheit

Die evangelischen Kirchen in der DDR, namentlich einige ihrer führenden Repräsentanten, haben sich gern mit Bonhoeffers theologischer Bescheidenheit geschmückt. Ihre Selbststilisierung als machtlose, aber aufrechte Schar mündiger Christen (Albrecht Schönherr), die unter Beobachtern im Westen ebenso wie in der Ökumene Unterstützung fand, bestärkte die Erwartung, dass sich die Kirchen den politischen Restriktionen des Systems widersetzen würden. Ganz im Gegensatz



zur alltäglichen Tristesse sei es in den Kirchen lebendiger, weniger verbiestert, offener, ehrlicher, ja sogar demokratischer zugegangen als sonst irgendwo in der DDR. Und in der Tat waren die evangelischen Kirchen zu Widerständigkeit gegenüber dem Beglückungsanspruch der SED prädestiniert, standen sie doch unter besonderen Wahrhaftigkeitsanforderungen. Die Möglichkeit, derer sich andere Institutionen und die Mehrheit der Bevölkerung bedienten, mit den Zumutungen des Regimes taktisch umzugehen, nach außen hin etwas Anderes zu sagen als man tatsächlich glaubte, stand ihnen von ihrem theologischen Anspruch her nicht offen.

Jedoch haben sich die Kirchen nie auf die Oppositionsrolle festgelegt. Wie jede Organisation mussten auch sie unterschiedliche, teils einander zuwiderlaufende Ziele integrieren. Sie wollten wahrhaftig sein und sich ihre Kritikfähigkeit bewahren, aber auch ihre Spielräume gegenüber dem Staat erhalten und mussten bei alledem die begrenzte Loyalität ihrer Mitglieder berücksichtigen. Gerade in diesem Punkt hatten die Kirchen im Laufe der Jahrzehnte eine bittere Lektion gelernt. In den Auseinandersetzungen



Dreißig Jahre nach dem Mauerfall fragte eine Kunstaussstellung in der Berliner Zionskirche auch nach der Rolle der Kirchen.

der 1950-er Jahre, etwa um die Einführung der Jugendweihe, hatten sich ihre Repräsentanten dem Staat noch mutig entgegengestellt und die Freiheit der Religionsausübung verteidigt. Im Nachhinein jedoch mussten sie, so der frühere Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, Werner Krusche, konstatieren, „dass die Gemeinden uns im Stich ließen, das war ein Schock. Es ist eine so schwerwiegende Erfahrung gewesen: Da haben wir einmal gewagt, Widerstand zu leisten, da haben wir einmal den Status confessionis markiert. Wir haben damals gekämpft wie die Berserker, doch wir mussten Loch für Loch zurückstecken. ... Das hat uns also schlimm geprägt und Ängste in uns hervorgerufen, die wir nie mehr ganz losgeworden sind.“ Die spätere Haltung der Kirchen in den 1970-er- und 1980-er-Jahren ist nur vor diesen Erfahrungen zu verstehen. Sie mussten lernen, dass die Loyalitätsbereitschaft ihrer Mitglieder die Möglichkeiten ihrer sozialen Wirksamkeit dramatisch einschränkte.

Anders als Ellen Ueberschär mit Verweis auf die Ambivalenzen einer lutherischen Sozialethik insinuiert, hat die Kirche trotz ihrer relativen institutionellen Eigenständigkeit nicht „auf

Augenhöhe“ mit dem Staat verhandelt. Spätestens seit dem Mauerbau befand sie sich in einer Bittsteller-Position. Für jedes Kirchendach, das repariert werden sollte, war eine staatliche Genehmigung erforderlich. Insofern war es ratsam, sich den Vertretern des Staates gegenüber konzilient zu zeigen, ihnen gegebenenfalls sogar nach dem Munde zu reden und dem SED-Sozialismus immer wieder gute Seiten abzugewinnen.

Fragt man, welche Rolle der Theologie in diesem Zusammenhang zukam, muss man sagen, dass sie in den 1950-er-Jahren noch ein Autonomisierungspotential gegenüber den staatlichen Zumutungen darstellte. Mit der Verfestigung der politischen Machtverhältnisse verlor die theologische Positionsbestimmung aber an Eigenständigkeit. Augenfällig wurde dies spätestens mit der bewusst indifferent gehaltenen Formel von der „Kirche im Sozialismus“, die mit der Auftragsbestimmung einer „Kirche für Andere“ die zunehmende Kluft zur Gesellschaft offensiv überbrücken sollte. Mitunter diente die Theologie aber auch schlicht zur Selbstberuhigung, indem man die Formel von der „Kirche für Andere“ nun so interpretierte, dass die Kirche in

der sozialistischen Gesellschaft auf ihre bürgerlichen Privilegien verzichten müsse. Christoph Demke, der Nachfolger Krusches im Bischofsamt, räumt unumwunden ein: „In Bonhoeffers Situation hatte es einen gewissen Sinn zu sagen, wir müssen Abschied nehmen von der privilegierten Kirche. Aber für uns hatte das eigentlich gar keinen Sinn mehr. Wir haben uns eben auch theologisch überredet, etwas akzeptabel zu finden, was wir eigentlich nicht bejaht haben.“ Wenn es richtig ist, dass die Kirche aufgrund ihres volk-kirchlichen Selbstverständnisses sowie aus ordnungstheologischen Erwägungen besonders die Obrigkeit des Staates im Blick hatte und wenn es zugleich richtig ist, dass sie sich als Kirche für Andere gerade für die sozial Benachteiligten einsetzen wollte, dann hat sie je länger, desto mehr eine außerordentlich spannungsreiche Position besetzt, eine Position, die sie zum Kristallisationspunkt der staatlich tabuisierten gesellschaftlichen Konflikte werden ließ.

Besonders evident wird dies, wenn man ihre Stellung zu den politisch alternativen Gruppen rekapituliert. Die Gruppen verkörperten die von der Gesellschaft verdrängten Probleme mit einem emanzipatorischen Anspruch gegenüber Kirche und Staat gleichermaßen. Damit störten sie deren Modus Vivendi. Zwar

Die politisch alternativen Gruppen störten den Modus Vivendi der Kirchen.

fühlte sich die Kirche von ihrem sozialdiakonischen Auftrag her für die Gruppen und die von ihnen vertretenen Anliegen zuständig, wollte und konnte aber die ihr staatlicherseits zugeordnete Disziplinierungsfunktion gegenüber den Gruppen nicht erfüllen. Sie hat die Aktionen der Gruppen aber auch nicht unterstützt, obwohl nicht wenige Gruppenmitglieder in der Kirche verwurzelt waren. Stattdessen setzte sie bis in die Spätphase der DDR auf vertrauliche Gespräche mit dem Staat.

Auch wenn man den Blick auf die Pfarrerschaft richtet, ergibt sich ein nicht minder ambivalentes Bild. Generell waren die alternativen Gruppen für viele Pfarrer ein Reizthema. Man hegte ihren Anliegen gegenüber vielleicht eine stille Zuneigung, begegnete ihrem unangepassten

Habitus aber mit christlichen Identitäts- und institutionellen Verbindlichkeitserwartungen. Praktisch mussten sich die Gruppen ihren Platz in den Kirchen in jedem einzelnen Fall erkämpfen. In Leipzig waren es bis zum Herbst 1989 ganze vier evangelische Pfarrer, die aktiv mit den Gruppen kooperiert haben.

Mit der ökumenischen Versammlung unter den Stichworten Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung wurde 1988/89 ein Deutungsrahmen für die virulenten Probleme hergestellt, der die Themen der Gruppen mit einer christlichen Perspektive verknüpfte. Zwar stellte diese für das Zustandekommen sozialer Bewegungen wichtige Interpretation einen kulturellen Mobilisierungsfaktor dar. Dazu zählen auch das kirchliche Eintreten für Gewaltlosigkeit und die Symbolwirkung brennender Kerzen.

Aber auch wenn man bereit ist, christlichen Überzeugungen einen Einfluss auf den Gang der Ereignisse zuzusprechen, muss man diesen im Vergleich zu den harten machtpolitischen Fakten klar als nachrangig bewerten. Insofern gibt es für die Gewaltlosigkeit des Protests eine schlichte innerweltliche Erklärung: Sich als Demonstrant gegenüber einer mit allen Gewaltmitteln drohenden

Staatsmacht selbst jeglicher Gewalt zu enthalten, war vor allem ein Gebot der politischen Klugheit. In einer späteren Phase fungierten Kirchenvertreter als Moderatoren zwischen Staatsmacht und neuen Bürgerbewegungen. Mitunter wirkten sie auch protestverstärkend, indem sie sich zu Sprechern der von den Bürgern vorgebrachten Forderungen machten oder selbst politische Ämter übernahmen. Aber, so vielfältig die kirchlichen Bezüge auf den Gang der Ereignisse im Einzelnen auch waren, für den Erfolg des politischen Umbruchs entscheidend waren die Kirchen ebenso wenig wie die politisch alternativen Gruppen.

Kein Wille zur Macht

Für eine den Umbruch tragende Rolle fehlten beiden die Mobilisierungsfähigkeit, von der Bevölkerung geteilte inhaltliche Vorstellungen sowie Führungspersonal mit dem Willen zur Macht. Die größte Mobilisierung ging von der Ausreisebewegung und der in Reaktion auf diese entstehende Protestbewegung außerhalb der Kirchen aus. Wichtig waren die Kirchen als Kristallisationspunkte der sich entwickelnden Massenbewegung. Sie boten dem Protest eine

Gelegenheitsstruktur, ohne ihn selbst hervorgebracht zu haben.

In der Rückschau fällt auf, dass der Einfluss der Kirchen auf den Umbruch dreißig Jahre später in den Medien vorrangig als ein Phänomen der Erinnerungskultur und weniger als Gegenstand historischer Wahrheitsfindung thematisiert wird. Generell zeigt sich, dass viele der damaligen Akteure ihren eigenen Einfluss auf die Ereignisse überschätzen. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand neigen sie dazu, den Erfolg der Protestbewegung vor allem sich selbst zuzuschreiben. Dies geht einher mit der Abwertung anderer Einflussfaktoren. So verständlich der Versuch Ellen Ueberschärs auch erscheinen mag, der von der SED-Diktatur erzwungenen Marginalisierung der Kirchen ein „emanzipatorisches Momentum“ entgegenzusetzen und den Kirchen eine hohe Relevanz für den politischen Umbruch zuzusprechen, so liegt darin auch die Gefahr einer erneuten Selbsttäuschung.

Eine aus der Debatte zu ziehende Lehre könnte also lauten: Nüchternheit, oder theologisch gewendet, Demut in der Reichweite des eigenen innerweltlichen Anspruchs. Auch wenn man den evangelischen Kirchen eine Reihe von instrumentellen, nicht kausalen Bedeutungsdimensionen für den politischen Umbruch zuschreiben muss und auch wenn man in diesem insgesamt eine Revolution erkennen will, wird man die Komplexität aller Einflussfaktoren auf die historischen Ereignisse nicht ernsthaft auf den gemeinsamen Nenner einer protestantischen Revolution bringen können. ◀

LITERATUR

- Hagen Findeis, Detlef Pollack, Manuel Schilling (Hg.): *Die Entzauberung des Politischen: Was ist aus den politisch alternativen Gruppen der DDR geworden? Interviews mit ehemals führenden Vertretern.* Leipzig/Berlin 1994.
- Hagen Findeis, Detlef Pollack (Hg.): *Selbstbewahrung oder Selbstverlust. Bischöfe und Repräsentanten der evangelischen Kirchen in der DDR über ihr Leben – 17 Interviews.* Berlin 1999.
- Hagen Findeis: *Das Licht des Evangeliums und das Zwielficht der Politik. Kirchliche Karrieren in der DDR.* Frankfurt/M., 2002.



Foto: dpa/ Chris Hoffmann

Politisches Fürbittengebet 1989 in der Gethsemanekirche in Berlin.

„Auf dem Pfad des Glaubens“

Ein Gespräch mit dem Friedensnobelpreisträger Denis Mukwege über die Motive seiner Arbeit

zeitzeichen: Herr Dr. Mukwege, wie halten Sie Ihre sehr harte Arbeit der Operation misshandelter Frauen psychisch aus?

DENIS MUKWEGE: Das ist psychisch sehr schwierig. Der größte psychische Schock, den ich bekommen habe, war der, als ich zum ersten Mal ein Baby von 18 Monaten operiert habe. Ich habe danach mehrere Tage nicht geschlafen. Es war traumatisierend. Aber es gibt zwei große Hilfen bei meiner Arbeit: Zum einen mein christlicher Glaube. Immer, wenn ich vor so einer Schwierigkeit stehe, habe ich das Gefühl, auf dem Pfad des Glaubens zu sein. Mit der Arbeit, die ich tue, gebe ich an andere auch den Glauben. Das Zweite, das mir hilft, ist der Mut der Frauen. Jedes Mal, wenn ich diese Frauen sehe, geben sie mir die Kraft, ihre Kinder, ihre Familie und ihre Gemeinschaft zu lieben. Da merke ich, wie klein ich bin und dass ich keine andere Wahl habe, als den Kampf in meiner Klinik weiter zu führen.

Müssen Sie sich bei Operationen ein wenig emotional distanzieren, damit Sie noch gut arbeiten können?

DENIS MUKWEGE: Am Anfang war das sehr schwierig. Ich war anfangs sehr bewegt durch meine Gefühle, weshalb es meine Fähigkeiten verringerte, die misshandelten Frauen zu operieren. Heute mache ich meine Arbeit weiter, aber die emotionalen Probleme der Frauen werden nun von Psychologinnen und Psychologen behandelt, die sich um die Frauen kümmern.

Haben Sie Zeiten der Stille oder Meditation, um wieder arbeiten zu können?

DENIS MUKWEGE: In der Klinik fangen wir als gesamtes Personal die Arbeit jeden Morgen mit einer Meditation oder einem Gebet an – und die Frauen

sintenninnen sind dabei. Das ist eine Kraft, die uns hilft. Es ist eine Macht, durch die wir, wenn wir vor Schwierigkeiten stehen, mit Gott weiter machen können. Für mich selbst habe ich oft eine Zeit um fünf Uhr früh, in der ich mir Zeit nehme für eine Meditation. Das hilft mir sehr, sich in mich zu versenken, vielleicht auch den Kontakt zu Gott zu suchen, meine innere Kraft zu finden.

Der Glaube ist sehr wichtig für Sie. Aber kommt Ihnen trotzdem manchmal die Frage: Wie kann der Gott der Liebe so ein Leid, gerade bei Kindern, zulassen?

DENIS MUKWEGE: Ich glaube eines: Gott hat uns alle erschaffen als Kinder ohne einen Drang zum Bösen. Der Mensch ist grundsätzlich gut. Aber Gott hat uns auch die Freiheit der Wahl gegeben. Und wenn der Mensch eine schlechte Wahl trifft, war es nicht Gott, der diese falsche Wahl getroffen hat. Es ist die Wahl des Menschen.

Massenvergewaltigungen sind eine Kriegswaffe, wie Sie schon erläutert haben. Gibt es dabinter auch das Problem einer fehlenden Gleichberechtigung der Frau im Kongo?

DENIS MUKWEGE: Die Massenvergewaltigungen im Kongo werden als Kriegsmittel eingesetzt. Es geht vor allem um die Zerstörung des anderen. Man erreicht diese Zerstörung des anderen leichter, wenn man alle Symbole zerstört. Als der Krieg im Kongo begann, wurden Bischöfe und Priester getötet sowie die Nonnen in ihren Konventen vergewaltigt. Es war ein Weg, die christlichen Symbole zu zerstören. Eine Frau zu zerstören bedeutet auch, ein soziales Symbol zu zerstören. In einer patriarchalen Gesellschaft haben die Männer immer den Eindruck, sie seien die Beschützer, die Mächtigen – und die Frauen



Foto: epd/ Thomas Lohnes

Der Friedensnobelpreisträger Denis Mukwege ist Gynäkologe, Menschenrechtsaktivist, Gründer und leitender Chirurg des Panzi-Hospitals im kongolesischen Bukavu.

seien unter ihrem Schutz. Aber wenn die Frau vergewaltigt wird und der Mann nicht reagieren kann, fühlt sich der Mann völlig erniedrigt und unfähig, seine vorherige Stärke wieder zu erlangen. Es zerstört das Gleichgewicht in der Gesellschaft.

Was können die Kirchen hier in Europa für die Opfer der Kämpfe im Kongo tun?

DENIS MUKWEGE: Wir arbeiten unter anderem mit der Evangelischen Kirche von Westfalen und Brot für die Welt zusammen. Das sind Hilfen, die uns erlauben, Frauen zu helfen, die nicht mehr arbeiten können aufgrund der Traumata, die sie erlitten haben. Aber daneben können die Kirchen eine sehr wichtige, eine prophetische Rolle spielen vor allem dadurch, dass sie die Bevölkerung und den Staat informieren. Wenn die Kirchen nicht wirken als Licht der Welt und Salz der Erde, weiß ich nicht, wer es sonst tun wird.

Die Fragen stellte Philipp Gessler.

„Die Antithese zur Wehrmacht“

Warum jüdische Seelsorge für jüdische Soldaten in der Bundeswehr unverzichtbar ist

MICHAEL WOLFFSOHN

Die Seelsorge an jüdischen Soldaten können in der Bundeswehr auch nicht-jüdische Geistliche übernehmen. Nicht so beim Gebot „Du darfst nicht morden“, meint der Münchner Historiker und Publizist Michael Wolffsohn. Der Hintergrund: In diesem Monat soll ein Staatsvertrag unterschrieben werden, der die Etablierung von Militärrabbinern in der Bundeswehr vorsieht.

Dezember 1988. Ein Anruf von Bundesverteidigungsminister Rupert Scholz. Kanzler Kohl und er müssten sehr bald entscheiden, ob nach der zweiten auch die dritte Generation deutsch-jüdischer Holocaust-Überlebender vom Wehrdienst ausgenommen werden solle. Er bitte mich um einen Gedanken- und Faktenaustausch.

Ebenfalls im Dezember 1989. Das Fernsehmagazin „Panorama“ nimmt sich des Themas an und interviewt ein paar Studenten und mich. Dank der „Gnade meiner Geburt“ und meiner professoralen Unkündbarkeit als deutscher Beamter konnte ich Tacheles reden: „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten“. Das kennzeichne einen Rechtsstaat und müsse folglich auch fürs Thema Juden und Bundeswehr gelten.

Was folgte? Heute würde man sagen: ein Shitstorm, gewählt formuliert: ein Sturm der Entrüstung. Nicht mit „shit“, wohl aber mit koscheren, sprich: vorwiegend deutschjüdischen Kanonen wurde ich beschossen. Aber dank der stabilen Demokratie in Bundesdeutschland haben sich die damaligen Frontlinien inzwischen kampf- und krampflos aufgelöst. Längst regt sich kaum noch jemand – Jude oder nicht – über Juden in der Bundeswehr auf. Ganz im Gegenteil, der jetzige Zentralratspräsident befürwortet, ebenso wie die Bundesministerin für Verteidigung, nachdrücklich und vorbehaltlos die Errichtung jüdischer Seelsorge in der Bundeswehr, also einen Militärrabbiner für die (heute) knapp dreihundert jüdischen Soldaten.

Sommer 1991, Hardthöhe, Bonn, Büro des Generalinspektors: „Wollen Sie nicht Militärrabbiner in der Bundeswehr werden?“, fragte mich scherzhaft Admiral Dieter Wellershoff, damals Generalinspekteur der Bundeswehr. Es war eher scheinscherzhaft, denn das ernste Thema „Juden in der Bundeswehr“ köchelte konstant weiter. Jedenfalls intern und eben keineswegs nur scherzhaft. Der Kern von Komödien ist bekanntlich der Ernst... Ich griff den Scheinscherz des Obersten Soldaten auf: „Mich als Bundeswehr-Rabbi – das würden Sie politisch nicht überleben, und das können wir auch meinen jüdischen ‚Brüdern und Schwestern‘ nicht antun. Ich bin zwar koscher jüdisch, aber kein Rabbiner, und außerdem könnten Sie ja nicht einmal für koscheres Essen sorgen.“ „Kein Problem“, konterte Wellershoff, „Kartoffeln ha'm wir genug.“ August 1999, Israel, in der am Roten Meer gelegenen Hafenstadt Eilat, Club Méditerranée, Speisesaal. Am dort üblich großen Esstisch das Ehepaar Wolffsohn

mit den drei damals noch jungen Kindern. Ein Mann mittleren Alters gesellt sich hinzu. Er schaut nicht nur auf seinen cuisine-française et israélienne gefüllten Teller, sondern auch zu mir.

„Sind Sie nicht der Wolffsohn?“

„Ob, der Wolffsohn weiß ich nicht, ich bin Michael Wolffsohn“

„Ihretwegen muss mein Sohn zur Bundeswehr.“

„Wie bitte, meinerwegen?“

Der empörte Papa, Berliner Jude, erzählte: Die Bundeswehr wolle seinen Sohn, dritte Generation Holocaustüberlebender, als Wehrpflichtigen einberufen. Er und der Filius wollten nicht. Um Rat hatte er in der Jüdischen Gemeinde gebeten. „Ja, das verdanken Sie dem Wolffsohn“, habe man ihm mitgeteilt.

Sommer 2004, Koblenz, Zentrum Innere Führung der Bundeswehr. Auf dem Weg zum Vortragssaal Bilder einer Ausstellung über jüdische Soldaten in deutschen Armeen. Blickfang ein Großfoto mit dem liberalen Rabbiner Walter Homolka



Foto: akg-images

im Vordergrund. Er trägt eine operettenhafte Fantasie-Uniform. Eigentlich keine Uniform, also keine Massenbekleidung, sondern, leicht erkennbar, ein Unikat.

Der Terror von Halle

Des Pudels beziehungsweise des Unikats Kern? Seit November 2003 war Homolka als frisch ernannter Major der Reserve und Verbindungsoffizier – der erste bundesdeutsche Soldat mit dem Zivilberuf Rabbiner. Warum das? Aus „Verantwortung für diese Gesellschaft“, denn die Bundeswehr sei „gerade nicht die Fortsetzung der Wehrmacht mit anderen Mitteln“, so der erste Fast-Militärrabbiner der Bundeswehr.

Heute sprechen wir, wohlgermerkt, auf Wunsch des deutschjüdischen Zentralrats nicht mehr über das Ob, sondern das Wie jüdischer Seelsorge in der Bundeswehr. „Tempora mutantur, et nos in illis.“ Die Zeiten ändern sich, und wir in ihnen. So wunderbar klug, kurz, klassisch und zutreffend hat es der „alte Ovid“ auf den Punkt gebracht. „... und wir in ihnen“. Die Bundesrepublik Deutschland ist eben nicht das Dritte Reich, sondern dessen Antithese ebenso wie die Bundeswehr Antithese zur Wehrmacht, von deren Tradition sie sich ausdrücklich distanziert. Siehe Traditionserlass.

Zum dialektischen Verstehen gehört neben der These die Antithese, zumindest Zweifel, Bedenken oder Sorgen.

Aspekt 1: Ja, unser Staat, die Bundesrepublik Deutschland, „die“ Deutschen, zumindest ihre große Mehrheit, wollen uns Juden schützen. Können sie es? Sie können es so unzureichend wie „die“ Franzosen oder „die“ Briten, und ob die es unter einem Jeremy Corbin überhaupt noch wollen, darf bezweifelt werden. Und wenn unsere „Mitbürger und Mitbürgerinnen“ sowie, ihnen nachlaufend, auch weite von Regierung und Opposition ihre demonstrative, teils provokative Amerika- und Israel-Distanz fortsetzen, können uns Juden Deutschland und die europäischen Demokratien noch weniger schützen, denn ohne amerikanische und israelische Hilfe wird ihr Anti-Terror-Kampf noch unwirksamer. Der Terror von Halle, 9. Oktober 2019, sagt alles.

Aspekt 2: Die deutsche und westeuropäische Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten demografisch und, als Folge, ideologisch, religiös und ethnisch dramatisch, geradezu revolutionär, in zweifacher Weise verändert. Stichwort eins: muslimische Migration, Stichwort 2: die Neue Rechte.

Die Antwort auf die Frage nach dem Antijudaismus und, daraus abgeleitet, Anti-Israelismus, der Neuen Rechten ist leider weitaus differenzierter als im öffentlichen Diskurs. Fakt und nicht Fiktion: Auch unter Juden ist die Antwort umstritten, denn beispielsweise die AfD, Deutschlands Neue (oder doch alte oder altneue?) Rechte, hat jüngst, wie Trump und andere Rechte aus aller Welt, ja zu Jerusalem als Israels Hauptstadt gesagt. Anders als die Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD, sowie die Fast-Einstimmigkeit der Linken im Bundestag hat die AfD mit der einst nicht gerade israelfreundlichen FDP den blinden UNO-Antiisraelismus verurteilt. Die Grünen enthielten sich. Im Vergleich zu ihrer Vergangenheit war das ein immenser Fortschritt, aber Wischi und Waschi sind kein Schutzschild für Juden, auch nicht von anderen Parteien, und längst sind die einst eher g'schamigen PLO-Liebeleien

Auf verbrannter Erde: Ein amerikanischer Militärrabbiner hält Ende März 1945 einen Gottesdienst im schon befreiten Mönchengladbach.

des 2005 verstorbenen Sozialdemokraten Ben Wisch, Hans-Jürgen Wischniewski, der vermeintlich gute Ton deutscher und west- und deutlich weniger osteuropäischer Nahostpolitik. Nicht nur deshalb gibt es „Juden in der AfD“, und nicht nur deshalb haben 2012 knapp 14 Prozent der französischen Juden und 2017 wahrscheinlich rund ein Drittel Le Pen gewählt. Das gefällt auch mir nicht, aber ohne richtige Diagnose keine erfolgreiche Therapie. Antisemitismus und Antizionismus waren und sind eben kein Monopol der Alten oder Neuen Rechten. Wer das bestreitet, hat den Kampf gegen Antisemitismus und Antizionismus von vornherein verloren.

Aspekt 3: Schon zu Zeiten der am Ende alles andere als allgemeinen Wehrpflicht hatten immer weniger Bürger die Uniform angezogen und sich somit –

Die Bundeswehr zieht Feinde der offenen Gesellschaft an.

scheinbar hochmoralisch und fortschrittlich – dem Militär entzogen. Längst war die Bundeswehr kein Spiegel der Gesellschaft. Nach dem faktischen Abschaffen der Wehrpflicht ist sie das (wie weltweit jede Berufsmarine) noch weniger als vorher. Punkt eins.

Mehr Haudegen

Punkt zwei: Wie weltweit jedes Militär wirkt auch die Bundeswehr wenig attraktiv auf Lyriker, Philosophen und andere Schiller-Schöne-Seelen. Jedes Militär (sorry!) zieht seit jeher nicht nur, aber strukturell mehr Haudegen an. So zieht die Bundeswehr strukturell sowie aus funktionalen Gründen – nicht beabsichtigt, doch unvermeidbar und nicht mehrheitlich, aber eben doch auch – Feinde der Offenen Gesellschaft an. Sowohl militante Rechte als auch militante Muslime, eben Militante ganz allgemein. Als Bundeswehrsoldaten haben sie leichten Zugang zu sensiblen Informationen des verhassten Staates, und sie kommen relativ leicht und zudem kostenlos an militärische Ausbildung plus Material. Dieses Bestwelt-Szenario für Militante im Militär ist keine Erfindung, es beruht auf Erfahrung und Fakten. In den vergangenen



Jahren wurden, dem MAD sei Dank, Islamisten und Rechtsextremisten in der Bundeswehr erkannt, enttarnt und entlassen. Alle? Das ist zu hoffen, doch leider nicht zu erwarten, und noch mehr werden versuchen, die Bundeswehr in ihrem doppeltfeindlichen Sinne zu unterwandern. Man stelle sich vor, es lebten ein Islamist, ein Rechtsextremist und ein Jude in derselben Stube. Das muss nicht geschehen, aber es ist höchst wahrscheinlich. Über andere Horrorszenarien will ich eigentlich nicht nachdenken. Will nicht, muss aber. Wir alle müssen wegen der richtigen Prävention und Reaktion.

Sind Soldaten Mörder?

Aspekt 4: Spätestens seit dem Kosovo-Krieg von 1999 ist die Bundeswehr eine Kampf- und damit Kriegarmee. Im Krieg wird getötet. Muss getötet werden. Töten ist in unserer postheroischen Gesellschaft, „gottlob“, frevelhaft und eigentlich ein Verbrechen. Im Krieg aber ist das Töten sowohl legal als auch legitim. Ein ungeheuerliches Moral-Dilemma. Wo liegt die Grenze zwischen Töten und Morden? Sind Töten und Morden identisch? Sind Soldaten also doch Mörder? Wir sagen nein und haben für dieses Nein überzeugende moralische Gründe. Doch dieses Nein bedarf der ständigen Überprüfung, Selbstbefragung oder Rechtfertigung nach

innen ebenso wie nach außen, individuell ebenso wie kollektiv.

Muss manchmal präventiv getötet werden, um einer eigenen Tötung zu entgehen? Ja, sagt die Halacha, das jüdische Religionsgesetz. Gilt diese Ja nur für Juden? Nein. „Man muss töten, um den Mord abzuschaffen. Gewalt tun, um das Unrecht zu beseitigen“, lässt der große Schriftsteller und Menschenfreund Albert Camus einen der Akteure im „Belagerungszustand“ (Teil 3) sagen. Wirklich? Muss man „töten, um den Mord abzuschaffen“?

Auf diese und andere Fragen antwortet dem jüdischen Bundeswehr-Soldaten vertrauter und persönlicher als Offizier A, B oder C ein jüdischer Seelsorger. Darum ist jüdische Seelsorge für jüdische Soldaten in der Bundeswehr unverzichtbar. Seelsorge ist dabei die eine Seite, das religiöse Fundamentalgebot die andere. Beim rein ethischen Problem Töten – Morden kann auch ein christlicher Seelsorger helfen oder aushelfen. Nicht bezüglich des Gebots „Du darfst nicht morden“.

In der Tradition Martin Luthers übersetzt die christliche Einheitsbibel nämlich dieses zentrale Gebot aus dem Dekalog irreführend und sinnwidrig mit „Du darfst nicht töten“. Im hebräischen Original heißt es „lo tizach“, also „Du darfst nicht morden“. Es heißt nicht „lo taharog“ beziehungsweise „Du darfst nicht töten“.

Das wiederum heißt unausgesprochen „Notfalls darfst du töten“ – wenn nämlich dir selbst der Tod droht oder, wie bei Camus: „Manchmal muss man „töten, um den Mord abzuschaffen.“ Hieße es tatsächlich in den Zehn Geboten „Du darfst nicht töten“, wäre das Töten beziehungsweise Schlachten von Tieren verboten. Nicht nur Vegetarier, erst recht Veganer und noch mehr Frutarier, freilich auch Fleischesser, können diesen Gedanken leicht nachvollziehen.

Bleibt diese Frage zu Aspekt 5: Braucht man in einer religionsfernen Gesellschaft wie der westlichen und noch mehr deutschen, ganz besonders ostdeutschen, immer noch Geistliche und Seelsorger gleich welcher Religion? Seelsorger auf jeden Fall. Stichwort Töten. Auch Geistliche braucht man. Siehe oben, siehe jüdisch: „Du darfst nicht morden“ – oder einheitschristlich: töten.

Machen wir uns nichts vor. Die Riesen-Mehrheit der deutschjüdischen Minderheit ist ebenso religionsfern wie die christliche Mehrheit in diesem Lande. Hinzu kommt die, wie ich finde, befremdliche Tatsache, dass so manch christlicher und auch jüdischer Geistliche meint, bessere Politik als Politiker liefern zu können. Die Politisierung der Religion ist in der Bundeswehr noch mehr deplatziert als außerhalb. Die Bundeswehrverantwortlichen sollten daher ebenso wie der deutschjüdische Zentralrat höllisch aufpassen, dass Bundeswehr-Geistliche vor lauter Politik oder Karrierismus nicht den Himmel aus den Augen verlieren.

Der Bogen reicht vom Mikrokosmos zum Makrokosmos, vom Ich zum Wir. Wird es hie ein nichtjüdisch-deutsches Wir und dort ein nurjüdisches? Oder wird es ein deutschjüdisches? Die Zeit wird es zeigen und Militärrabbiner sich hoffentlich bewähren. ◀

INFORMATION

Der Text beruht auf einem Vortrag Michael Wolffsohns vom April 2019. Eine längere Fassung wird in seinem Buch im Herder Verlag im März 2020 erscheinen. Der Titel: Tacheles. Gegen Legenden und Klischees in Geschichte und Politik.



Richard Rohr erschließt auf eine völlig neue Weise, was es heißt, von Jesus als dem Christus zu sprechen. Ein Buch, das das Christentum in einer nachchristlichen Welt neu begründet als eine Religion für alle, die sich nach einer besseren Welt sehnen und danach handeln wollen. Für ein Christentum der Herzen und nicht der Kirchen.

€ 24,00 (D) / ISBN 978-3-579-01481-4
Auch als E-Book erhältlich



Erfahren Sie mehr unter www.gtvh.de

GÜTERSLOHER
VERLAGSHAUS



Trauermärsche mit Särgen und Knochen

Warum ich als Pfarrer bei der Klimabewegung Extinction Rebellion teilnehme

THOMAS ZEITLER

Den Klimanotstand auszurufen. Offiziell. Durch die Regierungen und Parlamente. Das ist die erste der drei Forderungen der neuen Klimabewegung Extinction Rebellion. Mit einer ‚Rebellion Wave‘ Anfang Oktober in Berlin ist sie nun auch hier in Deutschland angekommen. Es sind die älteren und etwas radikaleren Geschwister zu den jungen Leuten von Fridays for Future mit ihren Schulstreiks.

Inspiziert sind sie von den Pionieren der Bewegung in Großbritannien, die schon im November 2018 begannen, die Londoner Brücken spektakulär lahmzulegen. Ihr zentrales politisches Druckmittel ist der zivile Ungehorsam. Sie blockieren Straßen und Kreuzungen und Eingänge zu Börsen und Ministerien und Konzernzentralen. Sie sind bereit, sich dafür verhaften zu lassen. Die ökologische Krise, so ihre Einschätzung, duldet keinen Aufschub mehr. Und verlangt nach neuen Protestformen. Die dramatisieren. Auch in der Symbolik und den Bildern, die bewusst erzeugt werden: Die-Ins, Trauermärsche mit Särgen und Tierknochen, Ausschüttung von Kunstblut. Weil die Lage so dramatisch ist.

Tell the truth! Sagt die Wahrheit! So stand es auf der großen hölzernen ‚Arche Rebellia‘, die die Aktivist_innen am Fuße der Siegestsäule in Berlin errichtet hatten. Eigentlich kennen wir die Wahrheit. Dass wir vielleicht noch zehn Jahre haben, um durch eine radikale Reduktion des Ausstoßes von Klimagasen zu verhindern, dass die Erdtemperatur über 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter steigt.

Sonst drohen Kippunkte wie das komplette Abschmelzen des arktischen Eisschildes oder das Auftauen der Permafrostböden, die unser Klimasystem unwiederbringlich aus dem Gleichgewicht

bringen werden. Mit allen Folgen von steigenden Meeresspiegeln, Sturmfluten, Dürren, Bränden, Ernteausfällen, Hungertoten, Klimaflüchtlingen. Apokalyptische Vorstellungen? Nun, die Menschheit als solches wird überleben. Aber zu welchem Preis? Dabei sind andere lebensbedrohliche Überschreitungen der planetaren Belastungsgrenzen wie die Vernichtung der Artenvielfalt, die Unfruchtbarmachung der Böden und die Übersäuerung der Ozeane durch unsere industriell-kapitalistische Wirtschafts- und Lebensweise noch gar nicht mit im Blick. Da leuchtet doch jedem ein, dass wir schnell handeln müssen.

Die Wissenschaft warnt seit vierzig Jahren. Die Politik hat sich nach Jahrzehnten der Ignoranz im Pariser Klimaabkommen von 2015 auf Reduktionsziele verbindlich verpflichtet. Aber keine entsprechenden, einschneidenden und wirksamen Maßnahmen werden ergriffen. Es ist davon auszugehen, dass die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030 global weiter ansteigen werden. Dabei müssten wir – so liest Extinction Rebellion die wissenschaftlichen Daten – bis 2025 bei Netto-Null sein.

Welche Blockaden sind da am Werk? Ist es allein die psychologisch erklärbare Verdrängungsleistung, die die nahende Katastrophe nicht sehen will? Oder doch die Unfähigkeit unserer parlamentarischen Demokratie, sich aus lobbyistischen Verstrickungen und der Angst vor der nächsten Wahl zu lösen?

Extinction Rebellion fordert ausgestellte, repräsentative Bürgerversammlungen, ‚Peoples Assemblies‘ nach

irischen Vorbild, um sich im gesellschaftlichen Konsens über die nötigen Maßnahmen zu verständigen. Denn die Bereitschaft vieler Menschen zum Umsteuern ist vorhanden.



Foto: privat

Jutta Ditfurth hat vor Extinction Rebellion als einer irrationalen apokalyptischen Endzeitsekte gewarnt. Nun ja. Wenn das, was uns „unbedingt angeht“, als Religion bezeichnet werden kann (Paul Tillich), dann wohnt dieser Bewegung tatsächlich eine religiöse Dimension inne. In ihrer Leiden-

schaft und Dringlichkeit, der Frage nach Leben oder Tod, dem Ringen zwischen Verzweiflung und Hoffnung.

Dabei ist sie keineswegs vernunft- oder wissenschaftsfeindlich. Sie weiß nur besser als andere Akteure der Klimabewegung, dass die Klimafrage nicht zu lösen sein wird, wenn wir die Fragestellung aus dem Kopf nicht auch auf die Ebene des Herzens und der Gefühle bekommen, unsere unterschweligen Ängste nicht sichtbar und bearbeitbar machen. Ursprünglich war das einmal vornehmste Aufgabe der Kirchen.

Sie finden im Moment noch nicht zu theologisch überzeugenden und seelsorglich wirksamen und handlungsermutigenden Worten. So lange habe ich meinen Platz als Pfarrer erst einmal dort, wo die besorgten und sensiblen Menschen dem Rad in die Speichen fallen. Bei Extinction Rebellion. Im Kampf gegen die Auslöschung. ▽

Thomas Zeitler ist aufgewachsen im oberfränkischen Coburg und hat unter anderem in Leipzig und Berlin studiert. Heute arbeitet er in Nürnberg in der Basisgemeinde Lorenzer Laden, der Evangelischen Studierendengemeinde (ESG) und an der Kulturkirche St. Egidien.

Der gewaltfreie
Aufstand ist die
letzte Hoffnung, die
uns bleibt!

Die Stadt

„Es ist eine große Vermessenheit, Städte beschreiben zu wollen. Städte haben viele Gesichter, viele Launen, tausend Richtungen, bunte Ziele, düstere Geheimnisse, heitere Geheimnisse....“, schrieb Joseph Roth 1924. Städte sind auch heutzutage Sehnsuchtsorte, in denen die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Gesellschaft vorangetrieben wird. Und doch sind die Herausforderungen für die Zukunft groß, denn die Mieten steigen und vielerorts droht ein Verkehrskollaps.

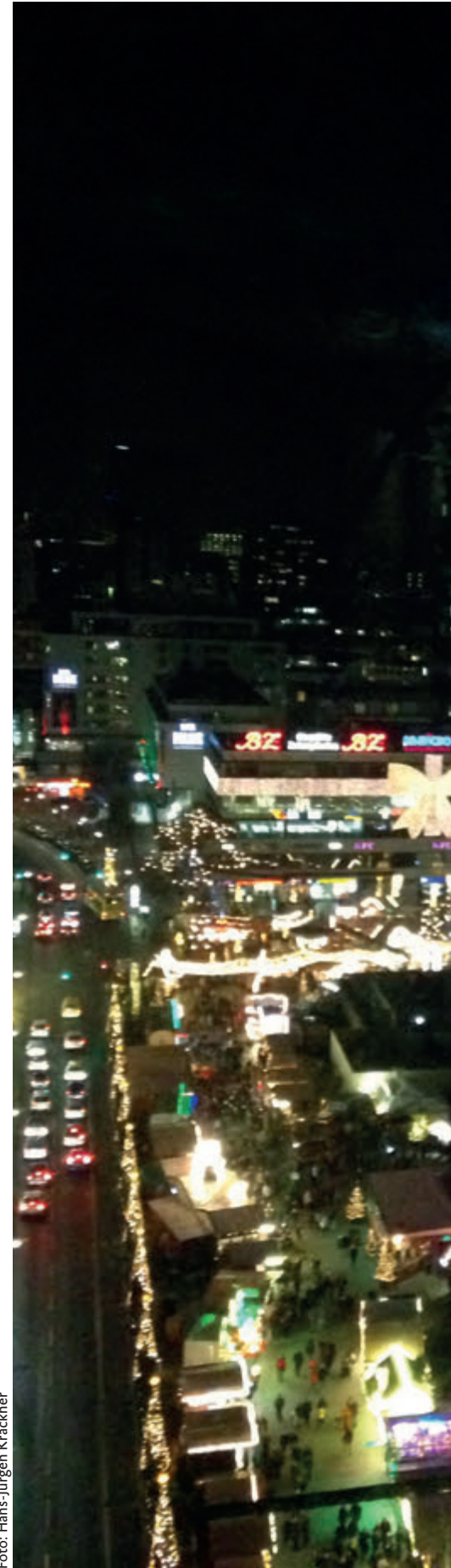


Foto: Hans-Jürgen Krackher



UWE RADA

Erfolgsmodell

Das Ende der Stadt ist schon oft ausgerufen worden, doch immer wieder hat sie überlebt.

Seite 22

TORSTEN MEIREIS

Gentrifizierung

Es ist alles andere als einfach, das Recht auf Zugang zum öffentlichen Raum umzusetzen.

Seite 25

JUDITH FILITZ

Städte in der Bibel

Das Alte Testament verbindet das Städtelieben mit den Anfängen der Menschheit.

Seite 29

PETRA POTZ

Kirche in der Stadt

Für eine soziale Quartiersentwicklung sind Allianzen nötig. Die Gemeinden müssen sich auch neu erfinden.

Seite 32

INTERVIEW

Stadt, Land, Lebensräume

Gespräch mit dem Professor für Raumentwicklung Rainer Danielzyk über die Zukunft der Städte.

Seite 34

Stadtluft macht Zukunft

Warum die Stadt die größte zivilisatorische Errungenschaft Europas ist

UWE RADA

Oft schon wurden die Städte in Europa totgesagt, immer wieder haben sie sich neu erfunden. Nun stehen sie abermals vor großen Herausforderungen. Zehn Anmerkungen von dem Autor und Journalisten Uwe Rada.

Folgt man dem italienischen Journalisten Marco d'Eramo, steht die europäische Stadt vor ihrer bislang schwersten Herausforderung. Kriege hat sie überlebt, große Zuwanderungswellen, doch im Vergleich zu dem, was ihr seit der grenzenlosen Reisefreiheit in Europa widerfährt, waren das alles Peanuts. Denn nun, so d'Eramo in seinem jüngsten Buch *Die Welt als Selfie*, befinden wir uns im „touristischen Zeitalter“. Und darin droht ein „Städtemord durch Monokultur“.

Das Ende der Stadt ist schon oft ausgerufen worden, doch immer wieder hat sie überlebt, ihre Fähigkeit, sich zu häuten, immer wieder neu zu erfinden, ist Legende. Dafür spricht allein schon ihre Attraktivität. So hat Berlin in den vergangenen Jahren jeweils 40 000 Einwohnerinnen und Einwohner hinzugewonnen. Und manche von ihnen waren zuvor vielleicht als Touristen in der Stadt gewesen.

Auf der anderen Seite des Erfolgs steht der Aderlass. Schon 2002 hatte die Kulturstiftung des Bundes ein großangelegtes Projekt mit dem Titel „Shrinking Cities“ gestartet, um herauszufinden, wo und warum Städte schrumpfen und welche Gegenmittel es gegen das Ausbluten gibt. In Sachsen-Anhalt versuchte 2010 die Internationale Bauausstellung Stadtumbau, die Städte zukunftstauglich zu machen. Mit mäßigem Erfolg. Je stärker Berlin und Leipzig wachsen, desto größer ist der Druck auf Bitterfeld-Wolfen oder Dessau.

Das gleiche Bild bietet sich in europäischem Maßstab. Metropolen wie London oder Mailand wachsen, in den ländlichen Regionen sterben Dörfer und Städte.

Was wird also aus unseren Städten? Ersticken die einen am eigenen Erfolg während über die anderen bald kaum einer mehr spricht? Und was heißt das für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Klimakrise? Um sich einer Antwort auf diese Fragen zu nähern, lohnt ein Blick zurück.

Historisch ist die Stadt die größte zivilisatorische Errungenschaft, die Europa hervorgebracht hat. Architektonisch und städtebaulich hat sich die europäische Stadt, ganz gleich, ob es sich um römische oder mittelalterliche Stadtgründungen handelt, über all die Jahrhunderte als überaus flexibel erwiesen. Das enge Nebeneinander von Wohnen, Handeln, Arbeiten und Kultur hat den Städten jene Prägung gegeben, von denen sie heute noch zehren – und die nicht selten die Touristen anzieht. Selbst die autogerechte Stadtplanung der 1960er- und 1970er-Jahre, eine Art versuchte nachholende Amerikanisierung, hat der

europäischen Stadt nichts anzuhaben vermocht. Heute werden diese Sünden zurückgebaut, es ist gar von einer Renaissance der Innenstädte die Rede. Allerdings muss man sie sich auch leisten können.

Eine Erfolgsgeschichte ist die Stadt auch wegen ihrer inneren Verfasstheit gewesen. Das betrifft nicht nur das Magdeburger Stadtrecht, das die kommunale Selbstverwaltung als Exportschlager bis Krakau und Kiew gebracht hat. Denn Stadtluft hat nicht nur Marktplätze und Märkte hervorgebracht, sie macht auch frei. Denn nur in der Stadt entsteht jenes Klima von Innovation, das die Städte zu Zukunftsmotoren macht. Entstanden ist dieses Klima aus Reibung. Hier entsteht, was wir bis heute Stadtgesellschaft nennen. Vor den Städten (und heute noch außerhalb von ihnen) gab es lediglich homogene Gemeinschaften. Stadt dagegen ist heterogen, in der Stadt trifft man auf das Andere, das Fremde. Das macht manchmal Angst, aber es schafft auch jene Neugier und Lässigkeit, um auf engstem Raum passabel neben- und miteinander leben und die Zukunft gestalten zu können.

Der große Menschengräber

„Großstädte“, hat Hartmut Häußermann einmal geschrieben, seien „Integrationsmaschinen“. Vor allem aber seien sie ohne Zuwanderung nicht denkbar. „Zuwanderung ist konstitutiver Bestandteil von Stadtentwicklung“, so der 2011 verstorbene Stadtsoziologe. Das gilt natürlich zuallererst für das 19. Jahrhundert, das Zeitalter der Industrialisierung, in dem die Stadtbevölkerung von Manchester über das Ruhrgebiet bis Berlin regelrecht explodierte. Allein in Berlin stieg die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner von 200 000 im Jahre 1815 auf über zwei Millionen kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs. Neben den altherwürdigen Städten wie Paris oder Rom gab es nun also auch Emporkömmlinge unter den Metropolen.

Spätestens seit der Verstädterung des 19. Jahrhunderts muss man auch über das Verhältnis von Stadt und Land reden. So kamen nach Berlin nicht nur Baustoffe wie Kohle aus Schlesien, sondern auch Arbeitskräfte, unter ihnen die sprichwörtlichen Spreewälder Ammen, denen vor einigen Jahren in Burg eine Ausstellung gewidmet war. Da Stillen in den besseren Kreisen der Hauptstadt als „animalisch“ galt, waren die Spreewälderinnen mit ihren sorbischen Trachten nicht nur Abhilfe, sie galten bald auch als Statussymbol. Zeitweise sollen über tausend von ihnen in Berlin ihren Dienst geleistet haben, viele ließen sich in ihrer Heimat schwängern, um in Berlin gutes Geld verdienen zu können. So ging die Entwicklung der Stadt also einher mit der Auflösung dörflicher Strukturen auf dem Lande. Die Stadt, der große Menschengräber.



Max Beckmann (1884–1950): „Der Eiserne Steg“, 1922.

Und die Stadt als große Revolutionärin. Zwar waren die Armen, auch wenn August Bebel ihr Schicksal beschrieben und Heinrich Zille sie gezeichnet hatte, keine Gruppe, die sozialistischer Umtriebe verdächtig gewesen wäre, dafür verdienten sie zu gut, und auch ihr gesellschaftlicher Status in Berlin war vergleichsweise hoch. Das industrielle Reserveheer allerdings, das die Industrialisierung aus Schlesien nach Berlin oder aus Polen ins Ruhrgebiet spülte, kam in den Städten auf der untersten sozialen Leiter an, ohne dass es große Aufstiegsmöglichkeiten gegeben hätte.

So entstanden in den Städten die berühmten Elendsviertel – beschrieben in zahlreichen Werken der Literatur, aus denen die moderne Stadtsoziologie hervorgegangen ist – und mit ihnen die wachsenden sozialen Unruhen und revolutionären Be-

strebungen. Oft tragen diese auch die Städte, an denen sie stattfanden, im Namen, etwa die „Pariser Commune“. Bis heute sind Städte damit Symbole für Freiheitsbestrebungen geblieben, man denke nur an den „Prager Frühling“ oder den „Fall der Berliner Mauer“.

Orte der Vielfalt

Als Berlin 2012 den 775. Jahrestag seiner ersten urkundlichen Erwähnung feierte, war es die erste gesamtstädtische Feier seit der 700-Jahrfeier der Nazis 1937. Die 750-Jahrfeier 1987 fand schließlich unter den Bedingungen der Teilung statt. Doch weniger dieser als vielmehr der Nazifeier von 1937 galt der Titel, den sich Berlin 2012 ausgesucht hatte: „Berlin. Stadt der Vielfalt“. Es war eine Verneigung vor der Einwanderungsgeschichte der deutschen Metropole, angefangen von den Hugenotten über die türkischen Gastarbeiter bis zur Einwanderung nach dem Fall der Mauer aus den Ländern Mittel- und Osteuropas.

Städte als Orte der Vielfalt, das ist heute wohl eines der stärksten Argumente für die Stadt. Wo sonst treffen Kulturen, Religionen und Sprachen so auf engstem Raum zusammen wie im zunehmend bunten Raum der Städte. Doch diese anhaltende Attraktivität der Städte und ihre Diversität können nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihnen seit jeher etwas Janusköpfiges anhaftet. Neben der Faszination Metropole gab es immer auch die Angst vor der Stadt, dem Moloch, dem Sündenbabel, dem Sieg der Maschine über den Menschen, verkörpert in Fritz Langs „Metropolis“. Umgekehrt wehren sich die Städter mit einer Verachtung der Provinz. Sie galt bald als rückständig und reaktionär. Bis heute spiegeln sich diese Zuschreibungen etwa in den Erklärungsversuchen über das Wahlverhalten städtischer und ländlicher Milieus.

Worüber weniger gesprochen wird, sind die fließenden Übergänge zwischen Stadt und Land. Auch da ist das 19. Jahrhundert ein gutes Beispiel. Die Industrialisierung brachte nicht nur menschliche Arbeitskräfte in die Stadt, sie entfremdete auch die Städter vom Land. In Berlin war der Aufstieg der Metropole gleichbedeutend mit dem Bedeutungsverlust der Mark. Es

Neben der Faszination Metropole gab es immer auch die Angst vor der Stadt.

brauchte erst Theodor Fontane und seine *Wanderungen durch die Mark Brandenburg*, um beide Lebenswelten wieder miteinander ins Gespräch zu bringen. Fontanes Reisebilder und Geschichtslektionen machen die bis dahin eher als Einöde empfundene

Mark zu dem, was sie bis heute ist – eine zauberhafte Landschaft aus Flüssen, Seen und Wäldern sowie eine Geschichtslandschaft, deren Schlösser, Herrenhäuser, Klöster und Kirchen zu unserem kulturellen Erbe gehören.

So brachte die Provinz der Metropole Arbeitskräfte, und die Metropole der Provinz die ersten Touristen. Nicht mehr nur Italien und die „Grand Tour“ standen im 19. Jahrhundert auf der Agenda der Touristen, auch nicht mehr nur Alpen und Gebirgstäler, sondern auch der Ausflug ins Grüne. Denn nicht nur Städte gehören seit damals zum „touristischen Zeitalter“, sondern auch die „Landpartie“.

Als 1908 in Berlin das Märkische Museum gebaut wurde, eine architektonische Reminiszenz an die märkische Kirchenarchitektur, kam mit dem Bau von Ludwig Hoffmann auch ein Stück Land in die Stadt. Dieser Trend dauert bis heute an und ist ein europäischer geworden. Auf Brachflächen wird gegärt, auf Marktplätzen bringen Bauernmärkte gesunde Lebensmittel an sehnsüchtige Städter, auf Dächern entstehen Gemüse und Fischzuchtanlagen. Nie waren die Städte so grün wie heute.

Das gilt auch für ihre Umweltaufrichtigkeit. Um die Städte an den Klimawandel anpassungsfähig zu machen, werden Gründächer gefördert und Fassaden begrünt, als „Schwammstädte“ sollen sie das Wasser halten und bei Bedarf wieder abgeben. Auch bei der Verkehrswende spielen die Städte eine wichtige Rolle. Berlin hat als erste deutsche Stadt ein Mobilitätsgesetz, das den Radverkehr stärken soll, in Madrid kommt mit dem Auto nur noch in die Innenstadt, wer Bewohner ist.

So werden die Städte immer grüner – und zugleich immer dörflicher. Denn die neue Renaissance der Innenstädte schafft auch neue Ansprüche. Wer in den 1990-er-Jahren noch ins Umland der Großstädte zog, um dort Ruhe und Abgeschiedenheit zu genießen, will nun beides, wenn er zurückkehrt: städtische Kultur und dörfliche Ruhe. Nicht selten verschwindet damit auch das, was Städte attraktiv macht, das Clubleben zum Beispiel. Diese Verdorfung der Stadt kann man, neben ihrer Touristifizierung, in ganz Europa beobachten, im neureichen Notting

Diese Verdorfung der Stadt kann man, neben ihrer Touristifizierung, in ganz Europa beobachten.

Hill in London, in den Gated Communities von Warschau, im Bionade Biedermeier des Prenzlauer Berg. Der Grund ist die wachsende Gentrifizierung und Segregation. Es bildet sich nicht mehr automatisch Gesellschaft in den Städten, vielmehr existieren mehr und mehr lokale Gemeinschaften nebeneinander her. Das gilt sowohl für die Reichen und die grün-alternative Mittelschicht, als auch für Arme und Migrantengemeinschaften. Die Integrationsmaschine Stadt, die die Integrationsmaschine Industrie abgelöst hat, ist an ihre Grenzen gekommen.

Heute existiert eine Vielzahl von Städten. Hauptstädte sind darunter und Metropolen, aber auch Großstädte und Landstädte, sogar „Global Cities“ wie London, deren Wertschöpfungskette von der regionalen Wirtschaft schon lange abgekoppelt ist. Ihr Erfolg oder Misserfolg hängt nicht nur von der lokalen Politik ab, sondern auch von ihrer geoökonomischen Lage. Die

„Blaue Banane“, die von London über das Ruhrgebiet bis nach Mailand reicht, bildete dabei die Wachstumsregionen in Europa vor dem Fall der Mauer ab. Seitdem sind neue Entwicklungsachsen dazu gekommen, zum Beispiel über Berlin nach Warschau oder über Wien nach Budapest. Doch mit den wirtschaftlichen Zentren können sie es nur punktuell aufnehmen.

Immer mehr zeichnet sich ab, dass es in Europa Gewinner- und Verliererregionen geben wird. Der Soziologe Manuel Castells spricht sogar von *places of flow* und *places of space*. In den einen ist alles in Bewegung, Menschen, Kapital, Warenströme, in den anderen steht die Zeit still, und man ist froh, wenn wenigstens das Postauto noch kommt. Diese neue, globale Produktion von Raum macht auch vor den Städten nicht halt. Neapel hat es, in einer europäischen Verliererregion gelegen, schwer, den Anschluss zu finden. Das gleiche gilt für die ostdeutschen Städte. In Regionen wie London oder Mailand dagegen ist ein Ende des Booms nicht absehbar. Wachsende und schrumpfende Regionen sind die entscheidenden Gegensätze heute, sie haben den Stadt-Land-Gegensatz abgelöst.

Dezentrales Städtetz

Dennoch gibt es unterhalb dieses Megatrends neue Entwicklungen, die für die Zukunft positiv stimmen lässt. Bereits im Januar 2016 ergab eine Studie des *Berlin Instituts für Bevölkerung und Entwicklung*, dass die Abwanderung aus den neuen Bundesländern – mit einem Bevölkerungsverlust von insgesamt 1,8 Millionen Menschen seit der Wende – gestoppt war. Erstmals zog es mehr Menschen aus dem Ausland und den alten Bundesländern nach Ostdeutschland als von dort fortgingen. „Seit der Wiedervereinigung hing dem Osten ein schlechtes Image an“, erklärten die Autoren der Studie, Theresa Damm und Manuel Slupina. „Wer kann, der geht in den Westen – so hatte es lange den Anschein. Dass jetzt auch viele Studienanfänger aus den westdeutschen Bundesländern nach Leipzig, Dresden oder Jena gehen, ist ein Erfolg für diese Städte.“

Die neue Attraktivität der ostdeutschen Städte ist auch das Ergebnis von Anstrengungen: Viele zu DDR-Zeiten vernachlässigte Innenstädte wurden saniert, es gab Fördermittel für die Instandsetzung von Plätzen und ganzen Stadtquartieren, die Infrastruktur ist auf dem neuesten Stand.

Das gilt nicht nur für die „in“ gewordenen Städte wie Leipzig und Erfurt, sondern auch für mittlere und kleinere Städte, die ebenfalls von der Landflucht profitieren. Wenn sie ihre Infrastruktur halten oder ausbauen, sind sie nicht nur attraktiv für Ältere, die dort ins Museum oder zum Arzt gehen wollen. Sie bieten auch jenes Maß an Überschaubarkeit, dass sie sowohl für Vielfalt stehen als auch für Orientierung.

So ist in Deutschland vor allem ein dezentrales Städtetz ausschlaggebend für die Zukunftsfähigkeit der Städte. Denn anders als in Frankreich oder London mag Berlin zwar ähnlich attraktiv wie Paris oder London geworden sein. Aber es ist nicht die Stadt, in die alle ziehen wollen oder müssen. Und anders als bei Venedig oder Rom wäre es in Berlin wohl auch verfrüht, von einem „Städtemord durch Monokultur zu sprechen“. ◀

Wem gehört die Stadt?

Eine Frage der Gerechtigkeit: Über die Gentrifizierung des öffentlichen Raums

TORSTEN MEIREIS

In den Städten dienen urbane Plätze der politischen wie gesellschaftlichen Kommunikation und der zivilisierten Begegnung unter Fremden. Dass der Zugang zu diesen öffentlichen Räumen alles andere als einfach ist, beschreibt Torsten Meireis, Professor für Ethik und Hermeneutik an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Die Meldung ging unter der Rubrik „Vermischtes“ um die Welt: Das Sitzen auf den Stufen von Roms berühmter Spanischer Treppe ist seit dem Sommer bei Strafe von bis zu 400 Euro Bußgeld verboten. Das durch Luftverschmutzung, Vandalismus und Nutzung angegriffene Bauwerk war 2016 mit Unterstützung der Luxusmarke Bulgari, die am Fuß der Treppe eine Niederlassung betreibt, für eine Summe von 1,5 Millionen Euro renoviert worden und soll nun auf diese Weise geschützt werden. Hinsichtlich des Sitzverbots gehen die Meinungen der Passanten auseinander: Während die einen die freie Sicht auf die Treppe loben und bereitwillig in Cafés ausweichen, zeigen andere Unverständnis für das Verbot.

Die massive Zugangsbeschränkung des öffentlichen Raums mag angesichts von Vandalismus und Missbrauch zunächst verständlich sein. Sie bringt gleichwohl erhebliche Probleme mit sich. Denn der öffentliche Raum hat eine zentrale Bedeutung gerade für jene, deren Wohnungen sich nur bedingt als Lebensgestaltungsräume eignen. Zudem nutzen in der Regel ja nicht nur solvente Touristen den öffentlichen Raum.

Die Beschränkung ist aber auch deswegen problematisch, weil öffentlich zugängliche urbane Plätze Räume der politischen wie gesellschaftlichen Kommunikation und der zivilisierten Begegnung unter Fremden sind. Insofern lässt sich argumentieren, dass ein angemessenes Recht auf Zugang zu einem einladend gestalteten öffentlichen Raum eine zentrale Forderung der Gerechtigkeit darstellt.

Der Ausschluss von solchem Zugang stellt so gesehen eine Form von exklusiver Privatisierung dar, für die sich im Bereich des Wohnens der Begriff der Gentrifizierung eingebürgert hat. In der Regel wird damit eine kostenpflichtige Aufwertung des Raums verbunden, die für die Mehrzahl der Menschen den Aufenthalt unerschwinglich macht, also ausschließend ist. Wie schon das Beispiel der Spanischen Treppe zeigt, in deren Gebrauch die Interessen an Erhaltung, Betrachtung und Aufenthalt

auseinandergehen, ist die Umsetzung der Gerechtigkeitsforderung nach Zugang jedoch alles andere als einfach.

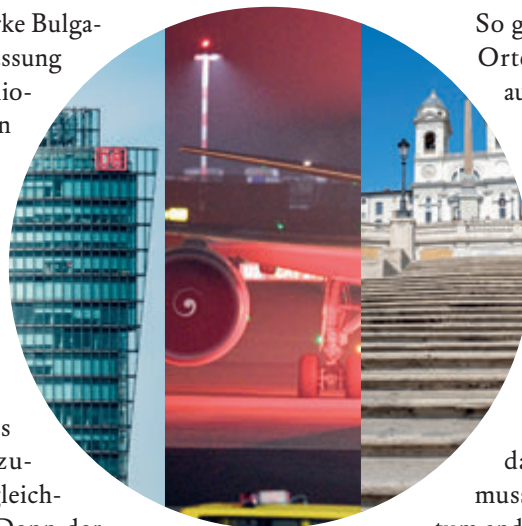
Das liegt zunächst schon darin begründet, dass das Konzept des öffentlichen Raums mehrdeutig ist – aus Gründen der Kürze sei hier nur auf den physischen Raum eingegangen. Der Begriff kann nämlich verschiedene Dinge bezeichnen: einen Raum, der nicht Privateigentum ist, sondern dem Gemeinwesen gehört; oder einen Ort, der für alle Menschen im Gemeinwesen zugänglich ist; oder schließlich die zentrale Arena der Begegnung und demokratischen Willensbildung. Diese drei Kriterien des Eigentums, des Zugangs und der Beteiligung liegen auf unterschiedlichen Ebenen und bringen unterschiedliche normative Probleme mit sich.

So gibt es im Eigentum des Gemeinwesens Orte, die keineswegs allen zugänglich und auch nicht zentrales Forum demokratischer Willensbildung sind: Zu kommunalen Verwaltungseinrichtungen, Schulen oder Schwimmbädern etwa hat nicht jede Person jederzeit Zutritt.

Andererseits können auch Räume im Privateigentum öffentlich zugänglich sein, etwa wenn eine Verpflichtung zur Gewährung von Wegerecht vorliegt, wie das zum Beispiel in der Wohnanlage Arkadien zwischen Potsdam und Berlin der Fall ist. Allerdings muss Raumnutzung im öffentlichen Eigentum anderen normativen Prinzipien entsprechen als die private, unter anderem, weil die Umwidmung eines Schwimmbads oder der Bau eines neuen Finanzamts öffentlich rechenschaftspflichtig ist. Normativ ist gegenwärtig immer wieder strittig, an welchen Stellen öffentliches Eigentum notwendig und wo es überflüssig ist, ob man zum Beispiel zentrale Plätze, Schwimmbäder oder Straßen nicht auch privatisieren kann. In Bezug auf Wohnraum wird die seit den 1990-er Jahren verfolgte Privatisierungspolitik der öffentlichen Hand inzwischen eher kritisch gesehen.

Privatisierung in der Kritik

Hinsichtlich des zweiten Kriteriums – Zugangsfreiheit – kann man fragen, wie viel öffentlich zugänglicher Raum notwendig ist und wie er ausgestattet sein soll. Denn natürlich lassen sich Einrichtungen wie Straßen, Plätze, Parks, Bahnhöfe oder Monumente mit Zugangsbeschränkungen versehen und unterschiedlich aufwändig gestalten. Hier geht es dann beispielsweise darum, wie aufwändig Parks ausgestattet, gepflegt



und gereinigt werden, unter welchen Bedingungen sie genutzt werden dürfen und wie man eine faktisch exklusive Nutzung – sei es durch solvente Anwohner, durch Touristengruppen oder etwa gewaltbereite Hooligans – verhindern und eine vielfältig inklusive Nutzung ermöglichen kann.

Im Kontext des öffentlichen Raums als politischer Arena stellen sich drittens die Fragen nach allgemeiner Zugänglichkeit, Zugangsschwellen und Ausstattung noch in anderer Weise: So ist es etwa fraglich, ob eine Einschränkung politischer Grundrechte in öffentlich zugänglichem privatem Raum, zum Beispiel einer Shopping Mall, hingenommen werden muss.

Je nachdem, auf welches Verständnis des öffentlichen Raums man sich bezieht, lässt sich nun auch unter „Gentrifizierung des öffentlichen Raums“ Unterschiedliches verstehen.

Der bekannteste Vorwurf bezieht sich auf den dritten Aspekt des öffentlichen Raums, die demokratische Öffentlichkeit: Zugangsverweigerung schmälere Grundrechte und schränke die demokratische Willensbildung unangemessen ein. Dies zeigt sich etwa bei Konflikten um das Demonstrationsrecht: Ause-

Es ist fraglich, ob eine Einschränkung der Grundrechte in einer Shopping Mall hingenommen werden muss.

inandersetzungen gab es etwa auf dem Frankfurter Flughafen, wo Abschiebungsgegner demonstrieren wollten, von privatem Sicherheitsdienst und Bundesgrenzschutz daran gehindert wurden und Hausverbot erhielten. Sie klagten vor dem Bundesverwaltungsgericht und erhielten Recht, weil das Gericht die öffentliche Mehrheitseigentümerschaft und den Forumscharakter des Flughafens als Schutzbereich der Versammlungsfreiheit des Grundgesetzes wertete. Noch nicht letztlich geklärt ist das Verhältnis von Eigentumsrecht und Versammlungsfreiheit bei Orten in privater Trägerschaft; so behält sich etwa das Sony Center Berlin laut Hausordnung die Genehmigung von Versammlungen und Demonstrationen vor.

Das Etikett der Gentrifizierung kann man aber auch mit dem Vorwurf einer unangemessenen Zugangsbeschränkung verbinden, die den zweiten Aspekt des öffentlichen Raums betrifft. Er bezieht sich nicht zwingend auf Privatisierungen: Auch ein öffentliches Schwimmbad kann – zum Beispiel aufgrund einer extrem aufwändigen Renovierung und Modernisierung – Eintrittsgelder erheben, die nur noch einer Minderheit der Bevölkerung den Zu-

Fotos: dpa



tritt erlauben. Allerdings gewähren Kommunalparlamente und -wahlen hier eine öffentliche Kontrollfunktion, der sich der Betreiber stellen muss. Freilich wird der Vorwurf eher bei der Verwandlung ehemals öffentlicher Plätze in privat organisierte Räume erhoben, die durch private Sicherheitsdienste missliebige Klientel aussperren. Dies hat sich beispielsweise mit der Errichtung von Shopping Malls verbunden: Orte für Funktionen wie Einkauf oder Unterhaltung, die ursprünglich frei zugänglich und vom Gemeinwesen betreut waren, werden in privat betriebene und kontrollierte Räume verlegt. Dort kann dann zum Beispiel Jugendlichen oder Obdachlosen, die keine Konsumabsicht verfolgen, das Verweilen verwehrt werden.

Dass es diese Entwicklung gibt, ist nicht zu bestreiten: Zwischen 1990 und 2015 ist die Zahl solcher Einkaufszentren, die als Galerien auch in den Innenstädten angesiedelt werden, von 100 auf 463 angewachsen. In Deutschland bisher weniger verbreitet ist der Trend, ganze Wohnviertel und Siedlungen zu privatisieren, deren öffentliche Räume, Verkehrswege, Sportanlagen, Plätze oder Parks damit zu exklusiven, privaten Räumen der milieugleichen Intimität werden. Die Bewohner solcher Viertel kaufen sich gleichsam aus den Zusammenhängen der öffentlichen Solidarität heraus. Townhouses und ähnliche Bauvorhaben werben mit genau dieser exklusiven Urbanität des Lebensstils, die mit einer Urbanität des öffentlichen Raums und insofern mit der Zumutung der Begegnung mit Anderen nichts zu tun hat.

Im Zusammenhang mit dem ersten Aspekt des öffentlichen Raums, der Eigentümerschaft des Gemeinwesens, und in einer weiteren Verbindung zum Prozess der Gentrifikation von Wohngebieten kann man unter „Gentrifizierung des öffentlichen Raums“ schließlich auch verstehen, dass ehemaliges Gemeineigentum privatisiert wird, wie dies etwa bei den Wohnungsbaugesellschaften in öffentlicher Hand der Fall war. Die mit der Privatisierung verbundene Hoffnung ist in der Regel, Effizienz und Qualität zu steigern. Mit der Etikettierung als



Gentrifizierung wird dann häufig die Anfrage verbunden, ob die ursprünglich als öffentliche Aufgabe verstandene Dienstleistung in gleicher Qualität für alle Betroffenen zur Verfügung steht – oder letztlich zur Verdrängung kapitalschwächerer Menschen aus dieser Dienstleistung führt.

Während normative Probleme des öffentlichen Eigentums unter dem Aspekt gerechter materieller Teilhabe und angemessener Effizienz diskutiert werden und Konflikte demokratischer Willensbildung an öffentlich zugänglichen Orten den Aspekt politischer Partizipation berühren, lassen sich für die Frage nach dem Recht auf Zugang zu öffentlichem Raum Argumente der angemessenen Partizipation, der gerechten Teilhabe und der geschuldeten Anerkennung anführen.

Gerechte Teilhabe

Ein moralisches Recht auf Zugang zu öffentlichen Plätzen kann man normativ als Implikat von verfassungsmäßig festgeschriebener Religions- und Versammlungsfreiheit erläutern: Um diese Rechte ausüben zu können, ist gerade dann, wenn geeignete private Räume nicht zur Verfügung stehen, der Zugang zu öffentlichem Raum zentral, auch wenn hier natürlich die unterschiedlichen Zugangsinteressen balanciert werden müssen, um fairen Zugang aller sicherzustellen.

Für ein solches moralisches Recht spricht aber auch das Prinzip gerechter Teilhabe. Denn Gesellschaften verstehen sich immer auch als solidarische Zusammenschlüsse zur strukturellen Entlastung der Individuen von Leistungen, deren Sicherung jeden Einzelnen regelmäßig überfordern müsste – und die daher kollektiv organisiert werden. Gerade in Städten zielt die Bereitstellung nicht nur von Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur, sondern auch von Grün- und Erholungsgebieten, Märkten, Schwimmbädern, Spielplätzen oder öffentlichen Bibliotheken auf einen basalen Wohlstand aller, der auch für die wirtschaftliche und politische Beteiligung grundlegend ist. Eine solche

teilhabegerechte Ausstattung der kommunalen Infrastruktur ist auch deswegen zentral, weil die (Stadt-)Gesellschaft darauf angewiesen ist, dass die Bürgerinnen und Bürger sich die Stadt symbolisch aneignen. Das bedeutet, dass alle Bürgerinnen und Bürger die Stadt als ihre Stadt verstehen und sich daher für ihr Wohl engagieren. Werden aber nun ganze Gruppen von Menschen von der Teilhabe an solchem grundlegenden Wohlstand ausgeschlossen, ist dies nicht nur für Teilnahmegerechtigkeit und menschenwürdige Mindestabsicherung, sondern auch für die Identifikation der Bewohner und Bewohnerinnen mit ihrer Stadt und dem sozialen Zusammenhalt problematisch.

Anerkennung schließlich zielt auf die grundlegende Möglichkeit, als Teil der Gesellschaft wahrgenommen und geachtet zu werden und zeigt sich als Achtung vor den Trägern der Menschenwürde, als Respekt vor den Rechtssubjekten und als Wertschätzung der ökonomisch und kulturell produktiven Gesellschaftsglieder – in christlicher Sicht ist sie ein Aspekt des Nächstenliebe-Gebots. Der Ausschluss von Individuen oder ganzen Gruppen von öffentlichen Plätzen, auf denen sie sich als Subjekte inszenieren können, ist mindestens aus zwei Gründen problematisch. Erstens verlieren die Ausgeschlossenen damit ihre Chance, auch gerade in ihrer spezifischen kulturellen Produktivität und Differenz in der Gesellschaft wertschätzend wahrgenommen zu werden. Zweitens laufen sie durch Entzug aus der Wahrnehmung Gefahr, nicht mehr als Träger von Menschenwürde geachtet zu werden.

Wer als Mitglied einer Mehrheitskultur keinen Obdachlosen, keinen Flüchtlingen, keinen von den Kontexten seiner oder ihrer Milieunormalität abweichenden Personen mehr begegnet, muss sich mit der Frage ihrer kulturellen Identität und spezifischen Andersheit, mit ihrer Menschenwürde und deren Konsequenzen genauso wenig auseinandersetzen wie mit ihren Partizipations- und Teilhaberechten: Sie werden zum theoretischen Problem, dem sich erfahrungsgemäß leicht durch Nichtbearbeitung – oder problematischer noch: durch Projektion – begegnen lässt. Eines der Probleme der Gentrifizierung des öffentlichen Raums liegt dabei in der Umwandlung des öffentlichen in einen semi-privaten Raum, in dem die Milieugleichheit und Urbanität als exklusiver Lebensstil der relativ Wohlhabenden gepflegt wird. Das kann letztlich in einer permanenten Segregation münden, in der die unterschiedlichen Milieus, Schichten und Klassen durch den mangelnden Kontakt zu den jeweils Anderen die für den sozialen Zusammenhalt nötige Symbolisierung der Gemeinsamkeit nicht mehr leisten können und wollen.

Im Unterschied zur „Parallelgesellschaft“ der Verdrängten und so zur Segregation Genötigten beruht die Segregation der Wohlhabenden in der Regel auf Wahlfreiheit. In christlichen Kontexten liegt dabei aufgrund der besonderen Aufmerksamkeit für die Peripherie der kritische Fokus auf der Mehrheitskultur; schließlich pflegt die Anerkennung der Mehrheit durch

Die Beispiele des Potsdamer Platzes in Berlin, des Frankfurter Flughafens oder der Spanischen Treppe in Rom zeigen, dass die angemessene Umsetzung eines Rechts auf Zugang zum öffentlichen Raum alles andere als einfach ist.



„Nein – wir sind keine Holländer, auch wenn wir manchmal „die Niederländer“ genannt werden.“

Wir, die **niederländisch-reformierte Gemeinde** sind eine traditionsreiche und gleichzeitig zeitgemäße Gemeinde aktiver, evangelisch-reformierter Christinnen und Christen in **Wuppertal**.

Lebendigkeit und familiäre Atmosphäre zeichnen uns aus; unsere Gottesdienste sind ganzjährig gut besucht. Bei all unseren Aktivitäten stellen wir hohe Anforderungen an uns selbst und möchten uns fortwährend gemeinsam weiterentwickeln.

Ab sofort suchen wir einen:

engagierten ev. Pastor (m/w/d)

Zentral gelegen, befindet sich unser Gemeindezentrum inmitten des wunderschönen Gründerzeitviertels „Brill“ in Wuppertal-Elberfeld. Der denkmalgeschützte Friedhof ist weit über Wuppertals Grenzen hinaus bekannt. Geleitet wird unsere Gemeinde vom Presbyterium, das die Pastorin/den Pastor aktiv unterstützt.

Das sind einige Ihrer Aufgaben:

- ➔ Planung und Gestaltung der Gottesdienste
- ➔ Entwicklung, Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen und Freizeiten
- ➔ Pflege synodaler Verbindungen (Synodalverband und Synode der evangelisch-altreformierten Kirche in Niedersachsen), Vernetzung mit Nachbargemeinden und innerhalb der reformierten Konferenz Bergisch Land und dem ACKG
- ➔ Wahrung der gewachsenen Gemeindefradition sowie Ansprechbarkeit und Seelsorge insbesondere bei Krankheit und Kasualien

Das bringen Sie mit

- ➔ Begeisterung für Gemeindegarbeit
- ➔ Freude an aktuellen Themen und der Gestaltung anspruchsvoller, herausfordernder Predigten und Gottesdienste
- ➔ Mut und engagierten Einsatz, aktuellen Problemstellungen von Kirche konstruktiv zu begegnen grundsätzliche Anstellungsfähigkeit der evangelisch-reformierten Kirche in Deutschland oder der protestantischen Kirche in den Niederlanden

Das bieten wir

- ➔ aktives, familiäres Gemeindeleben im Zentrum von Wuppertal Elberfeld – perfekt eingebunden in die größte Wirtschafts- und Kulturregion Deutschlands
- ➔ intensive Unterstützung durch das Presbyterium und gut besuchte Gottesdienste
- ➔ Stellenumfang: 75%, Besoldung nach den Richtlinien der evangelisch alt-reformierten Kirchen Niedersachsens

Detaillierte Informationen über unser Gemeindeleben finden Sie unter reformierte-gemeinde.de. Falls Sie Fragen haben, können Sie uns gerne unter Tel. (0163) 680 63 25 kontaktieren. Bei gleicher Qualifikation spielen Behinderung oder Geschlecht keine Rolle.

Wir nehmen uns mit Freude Ihrer aussagekräftigen Bewerbung an, inklusive einer aktuellen Predigt. Senden Sie Ihre Unterlagen bitte innerhalb von 6 Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige an die

Niederländisch-reformierte Gemeinde,
Katernberger Str. 61, 42115 Wuppertal, oder per E-Mail an:
kirchmeister@reformierte-gemeinde.de.

Wir freuen uns auf Sie!

die Minderheitskulturen ohnehin durch die schiere Wucht der Verhältnisse erzwungen zu werden. Für die besondere Aufmerksamkeit, die öffentliche Theologie dem Raum der Stadt widmet, lassen sich neben den skizzierten Gerechtigkeitsprinzipien drei Gründe nennen.

Christinnen und Christen haben historisch gelernt, dass ein allgemein zugänglicher öffentlicher Raum als Bedingung sozialer Gestaltung gelten muss, auch wenn sie diese Lernerfahrung als Träger einer Mehrheitskultur nicht immer ernst genommen haben: In der Überlieferung der öffentlichen Verkündigung Jesu am Tor, der pfingstlichen Predigt der Apostel in Jerusalem oder der Rede des Paulus auf dem Areopag drückt sich die Wahrnehmung der Bedeutung der Öffentlichkeit aus. Zu den nachaufklärerischen Lernerfahrungen der Christinnen und Christen gehört die – auch mit der reformatorischen Einsicht in die Rechtfertigung des Sünders verbundene – Notwendigkeit notwendiger menschlicher Selbstbegrenzung, die gerade auch anderen Weltanschauungen und Religionen den öffentlichen Raum in gleichem Maße zugesteht und insofern Religions- und Weltanschauungsfreiheit auch der Anderen impliziert.

Menschliche Selbstbegrenzung

Dass die zivile Öffentlichkeit ihrerseits der Religionen und anderer weltanschaulicher Auffassungen nicht entraten kann, gehört dabei zu den Einsichten einer über sich selbst aufgeklärten Aufklärung, die in der Rede von der postsäkularen Gesellschaft deutlich wird: die Repräsentation von Religion auf öffentlichen Plätzen durch Symbole, Bauwerke oder Menschen, die sie verkörpern, bereichert die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit.

Christliche Religion ihrerseits muss sich – jedenfalls in protestantischer Sicht – als öffentliche Tätigkeit verstehen, die sich in akustischen und visuellen Symbolen, aber auch in öffentlicher Kommunikation kundtut. Dabei nimmt sie das Anerkennungsprinzip auch für sich in Anspruch und geht von dem Sendungsauftrag aus, den sie der Verkündigung der Evangelien entnimmt. Dieser Sendungsauftrag zielt aber nun nicht vorrangig auf die Erweiterung der Organisation, sondern auf die öffentliche Lehre, die etwa in der Gnadenbotschaft und dem Liebesgebot auf Anerkennung, Gerechtigkeit und Befreiung für alle Menschen zielt, von der niemand ausgeschlossen werden darf. Das lässt sich nicht zuletzt an dem Bild illustrieren, das frühe Christinnen und Christen für die von Gott ersehnte Vollendungsgestalt der Welt gefunden haben: Die Tore des aus dem Himmel herabgekommenen Jerusalem, derjenigen Stadt, in der Gott selbst wohnt und die Völker Heimat finden, stehen allen offen.

Dem aber müssen wir im Bereich des Vorletzten unter den Bedingungen menschlicher Grenzen entsprechen: Die Beispiele der Spanischen Treppe in Rom, des Potsdamer Platzes in Berlin oder des Frankfurter Flughafens zeigen, dass die angemessene Umsetzung eines Rechts auf Zugang zum öffentlichen Raum alles andere als einfach ist. Sie zeigen aber auch, dass zur Gewährleistung nicht nur staatliche Agenturen herangezogen werden müssen. Zivilgesellschaftliche Akteure wie die Kirchen werden dazu ihren Beitrag leisten. ◀

„Da berühren sich Himmel und Erde“

Städte als Orte göttlicher Gegenwart
in der Bibel und ihrer Umwelt

JUDITH FILITZ

Jenseits der konkreten Orte wie Babylon oder Jerusalem bleibt die Stadt ein theologisches Thema, denn sie steht nicht nur am Anfang der christlichen Bibel, sondern beschließt sie auch. Die Theologin Judith Filitz gibt einen Überblick.

Is heute gilt die Stadt als Hort von Modernität und Entwicklung, Politik und Verwaltung, Kultur und Wissenschaft, kurz: als Zentrum der Zivilisation. Das Leben in Städten steht zwar nicht ganz, aber doch relativ am Anfang der Menschheitsgeschichte und tritt als eine Folge der neolithischen Revolution (der Sesshaftwerdung) sowie der Arbeitsteilung auf. Größer werdende Siedlungen, hierarchisierte Sozialstrukturen, administrative Institutionen, breitgestreute Handelsbeziehungen, Kunststandards und ein entwickeltes Schrift- und Wissenschaftssystem sind nur einige Aspekte, die eine Stadt als solche definieren. Aus kleinen Siedlungen können so über Jahrhunderte Dörfer und Städte werden: Schon am Ende des vierten/Anfang des dritten Jahrtausends v. Chr. bot das südmesopotamische Uruk rund 40 000 Menschen eine Wohnstatt und gilt als eine der ersten Großstädte.

Auch das Alte Testament verbindet das Städtelieben mit den Anfängen der Menschheit, zeigt dabei aber ein durchaus ambivalentes Bild: Der zweite Schöpfungsbericht (Genesis 2–3) verlagert die Geschichte des ersten Menschenpaares Adam und Eva nicht etwa in den wilden Raum einer unberührten Natur, sondern in die Abgeschlossenheit eines gepflegten Parks, wie er aus antiken Städten bekannt war. Als erster Städtegründer (und zugleich erster Straftäter) erscheint dann allerdings Kain: In Folge der Tötung Abels ist er dazu verdammt, flüchtig und unsetet auf der Erde zu sein, unfähig, selbst Ackerbau zu betreiben. Mit der Gründung der ersten Stadt findet er einen Weg, mit diesen Konsequenzen umzugehen (Genesis 4,17). Das Leben in Städten ist damit – wie im Übrigen auch andere kulturelle Fähigkeiten (Genesis 4,20–22) – Resultat der Sündhaftigkeit der Menschen. Auch Genesis 11,1–9 hat mit dem so genannten Turmbau zu Babel einen eher kritischen Blick auf die Expansion von Städten und das Streben nach dem Höher, Schneller, Weiter.

Die Urgeschichte des Alten Testaments (Genesis 1–11) verdeutlicht, dass die Stadt nicht nur eine Gegebenheit menschlichen Lebens, sondern auch ein theologisches Thema ist. Eine theologische Dimension von Städten ist jedoch kein Alleinstellungsmerkmal der Bibel, sondern altorientalisches Gemeingut: Städte



Foto: alg-images

Gustave Doré (1832–1883): „Der Engel zeigt Johannes Jerusalem“, 1865.

galten im antiken Mesopotamien wie auch im östlichen Mittelmeerraum (Levante) und in Ägypten als Zentrum der Ordnung und damit als Schutz vor Chaos und Gefahr, was ihnen ein positives Image verlieh. Dies lag in der Vorstellung begründet, dass der jeweilige Stadtgott – in Babylon war das beispielsweise Marduk, in Uruk hingegen Anu – in Form einer Kultstatue in seinem Tempel in der Mitte der Stadt wohnte. Diese Kultbilder galten als Körper der Gottheiten, sodass in ihnen die himmlische und die irdische Welt verbunden war. Im Tempel, wo das Bild stand, berührten sich somit Himmel und Erde. Es sind diese Statuen, gegen die sich das Verbot richtet, sich ein Bild von Gott zu machen (Exodus 20,4–5). Die Kultbilder wurden entsprechend verehrt, sie wurden gehegt und gepflegt. Die Ordnung, die ein sicheres Leben in der Stadt erlaubte, strahlte vom Tempel als Wohnstatt der Gottheit in den umgebenden Wohnraum aus, nahm aber an

Die Ordnung strahlte vom Tempel als Wohnstatt der Gottheit in den umgebenden Wohnraum aus.

jeder Schwelle (zum Beispiel am Tempeltor) immer weiter ab. Außerhalb der Stadtmauern – in der Steppe – war diese Ordnung nicht mehr gegeben: Hier wohnten dämonische Wesen, von denen Chaos und Gefahr ausging. Solange der Kult der Gottheit ordnungsgemäß betrieben wurde, beschützte sie die Stadt vor Feinden und Katastrophen. Sollte die Stadt doch erobert werden, ließ sich dies damit erklären, dass die Gottheit vernachlässigt worden war und darüber zornig wurde oder gar ihre Stadt verlassen hatte. Der Tempel als Wohnort einer Gottheit ermöglichte gemäß dieser Vorstellung eine Form der Gottesgegenwart. Leben in der Stadt bedeutete demnach: Leben in Gottesnähe.

Die berühmteste Stadt des Alten Orients ist unbestritten Babylon. Bis heute ist sie bekannt, genießt jedoch dank vieler biblischer Belege einen eher zweifelhaften Ruf. Vom Turmbau zu Babel bis hin zur Hure Babylon (Offenbarung 17) gilt sie als Ursprung von Hochmut, Gotteslästerung und Unzucht. Diese negative Sicht täuscht aber nicht darüber hinweg, dass Babylon eine glänzende und hochangesehene Metropole war. „Babylon, Macht der Himmel, (...) Babylon, Licht der Himmel, (...) Babylon, Band der Himmel, (...) Babylon, ins Leben gerufen von den Himmeln“ – so beschreibt ein mesopotamischer Text aus dem 12. Jahrhundert v. Chr. die Stadt (TINTIR I,4–7).

Berühmtes Babylon

Die Mythosdichtung *Enūma Eliš* berichtet wiederum, wie der Gott Marduk erst das Chaos in Form eines Wasserwesens tötete und anschließend die Welt erschuf. Als ihr Zentrum gründete er Babylon und darin seinen eigenen Tempel, von dem aus er zu herrschen und die Stadt zu beschützen gedachte. Dass Marduk selbst in der Stadt wohnte, bedeutete auch, dass man ihm begegnen konnte. Für die Babylonierinnen und Babylonier war dies im *akītu*-Fest möglich: Zweimal im Jahr – jeweils zur Tag-Nacht-Gleiche – verließ Marduk im Körper seines Kultbildes den Tempel und zog in einer großen Prozession, begleitet von weiteren Kultbildern (und damit aus theologischer Sicht: begleitet von weiteren Gottheiten), dem Kultpersonal und dem König, durch die Stadt. Der Zug begab sich schließlich zu einem Festhaus außerhalb der Stadt, wo die Festgemeinde einige Tage verweilte. Im neuassyrischen Assur, wo das *akītu*-Fest mit dem dortigen Stadtgott gefeiert wurde, trug dieses Haus den Namen „*akītu*-Haus der Steppe“. Dies zeigt an, dass die Gottheiten sich außerhalb der Stadt im Gebiet des Chaos aufhielten und durch ihre Rückkehr in den sicheren Raum der Stadt die Ordnung wieder neu etablierten. In Babylon, wie auch an anderen Orten, konnte die Bevölkerung an dieser Prozession teilnehmen und damit ihrer Stadtgottheit direkt begegnen. Leben in der Stadt ermöglichte so Gottesgegenwart und Gottesbegegnung.

Im Gegenüber zu Babylon ist das antike Jerusalem nicht mehr als eine Provinzstadt gewesen. Die „Stadt auf dem Berg“ (Matthäus 5,14) war etwas abgelegen, was den Vorteil brachte, dass feindliche Heerzüge dort seltener Verwüstungen anrichteten, zugleich aber auch den Nachteil, dass weniger Händler mit ihren Kulturgütern den Ort aufsuchten. Das Zentrum bildete der Tempel auf dem Zion, wo der Stadtgott *Jhwh* residierte. Besonders in den Psalmen wird die Bedeutung Jerusalems besungen (beispielsweise Psalm 46,5–6; 78,68–69). Dass diese Stadt für manche nicht nur das Zentrum des Königsreiches Juda, sondern auch des ganzen Kosmos war, zeigt wiederum die zweite Schöpfungsgeschichte (Genesis 2,10–14): Im Garten Eden entspringt ein Fluss, der sich in vier Ströme teilt, neben Pischon, Tigris und Euphrat auch der Gihon, der die wichtigste Quelle Jerusalems war und die Stadt so mit dem Paradies verband. Die Stadttheologie geriet ins Wanken, als der neubabylonische König Nebukadnezar II. Jerusalem 587 v. Chr. zerstörte. Die biblischen Texte ringen mit der Frage, wie Gottes Gegenwart



Babylonien: Hartmann Schedel, *Weltchronik*, Nürnberg 1493.

jetzt noch denkbar sein könne und geben recht unterschiedliche Antworten: So findet sich in den Texten, in denen die Theologie des biblischen Buches Deuteronomium zentral ist, die Idee, dass die Zerstörung eine Folge des Fehlverhaltens des Volkes sei und damit eine gerechte Strafe. Eine andere Vorstellung besagt, dass Gott eigentlich im Himmel und nicht auf der Erde thronete (Psalm 113,6) oder dass auf der Erde nur der Name Gottes, jedoch nicht er selbst wohne (1 Könige 8,22–53). Texte, die den Propheten Jesaja und Ezechiel zugeschrieben werden, gehen davon aus, dass Gott seine Stadt verlassen habe und sie deswegen schutzlos den Feinden ausgeliefert gewesen sei. Doch geht die Hoffnung nicht verloren, denn Gott komme zurück nach Jerusalem und wolle dort wieder wohnen. Der Bau eines neuen Tempels solle Gott eine neue Wohnstatt schaffen. Die Vision des Ezechiel, die einen neuen Tempel beschreibt, nutzt das Bild einer Quelle (Ezechiel 47,1–12): Das Wasser des Tempelflusses fließt nach Osten und macht das Wasser des Toten Meeres lebendig. Die Verortung des neuen Tempels in der Geographie des jüdischen Berglandes zeichnet so erneut Jerusalem als Ort der göttlichen Gegenwart.

Die Hoffnung, eines Tages nach Jerusalem zurückzukehren und einen neuen Tempel zu errichten, erfüllte sich mit dem Beginn der Perserherrschaft. Den exilierten Judäerinnen und Judäern wurde es nach 539 v. Chr. gestattet, nach Hause zurückzukehren. Diese Möglichkeit ergriffen jedoch längst nicht alle: Viele hatten in Babylonien Familien gegründet, Arbeit gefunden und wollten dort bleiben. Jene, die hingegen nach Jerusalem zurückgingen, bauten Stadt und Tempel wieder auf, und auch der Kult mit seinen Festen, Opfern und Gebeten wurde wieder aufgenommen. Der Tempel wurde so erneut das Zentrum der Stadt und überdauerte die Herrschaft der Perser und der Griechen. Umfassend umgestaltet wurde er noch einmal am Ende des ersten Jahrhunderts vor Chr. unter Herodes dem Großen. Auch für die Jesusüberlieferung ist der Tempel ein wichtiger Ort, denkt man zum Beispiel an die Geschichte vom zwölfjährigen Jesus (Lukas 2,41–52), an die Tempelreinigung (unter anderem Markus 11,15–19) oder ganz



Foto: akg-images

allgemein an sein Leiden und Sterben in Jerusalem. Zerstört wurde der Tempel schließlich im Jahr 70 durch die Römer im ersten Jüdischen Krieg.

Auch im Neuen Testament sind Stadt und Stadtleben von Bedeutung. So erscheint das Verhältnis von Jesus und der mit ihm verbundenen Bewegung zur Stadt ambivalent. Hier ist zu beachten, dass gerade Jerusalem auch ein literarischer Topos sein kann. So bewegt sich zum Beispiel das Markusevangelium zwischen

den Räumen Galiläa und Jerusalem: Während Ersteres, und hier besonders die ländlichen Gebiete, den Beginn von Jesu Lehre und Wirken darstellen (unter anderem Markus 1,14–15 und 1,21–28), so wird Jerusalem wesentlich mit seinen Gegnern assoziiert und schließlich zum Ort seines Leidens. Am Ostermorgen wird dann wiederum den Frauen gesagt, dass sie Jesus nicht in der Stadt, sondern in Galiläa begegnen werden (Markus 16,7). Die Größen Galiläa und Jerusalem dienen hier dazu, die Bedeutung Jesu in der Narration aus verschiedenen Perspektiven zu entfalten.

Himmlisches Jerusalem

Auch die Apostelgeschichte des Lukas', welche die Verbreitung der christlichen Botschaft narrativ ausgestaltet, zeichnet eine räumliche Bewegung: Den Ausgangspunkt bildet das religiöse Zentrum Jerusalem als Ort der Urgemeinde, den Endpunkt Rom als Zentrum der damaligen Welt (Apostelgeschichte 1,8). Auf diesem Weg verbreitet sich der Glaube in zahlreichen Städten und Regionen, angefangen in der Levante über Kleinasien und Griechenland bis nach Rom. Dadurch entsteht in der Erzählung ein Städtenetzwerk, über das die Verkündigung erfolgreich vermittelt wird. Die Bedeutung der Städte des Mittelmeerraumes für die frühchristliche Mission zeigen auch einige der Paulusbriefe: Der Apostel suchte gezielt Ballungszentren wie Thessalonich oder Korinth auf, um immer neue Gemeinden und damit Stützpunkte für die Verbreitung seines Verständnisses der christlichen Botschaft zu schaffen.

Doch auch jenseits der konkreten Orte bleibt die Stadt ein theologisches Thema, denn sie steht nicht nur am Anfang der christlichen Bibel, sondern beschließt sie auch. Dabei sind es die Traditionen rund um Jerusalem, welche die Bilder der Offenbarung des Johannes bestimmen und mit der eschatologischen Vorstellung eines himmlischen Jerusalems die Hoffnung auf umfassende Gottesgegenwart und -nähe wachhalten. Hier schimmert auch noch eine andere alttestamentliche Vorstellung durch: Am Ende der Zeiten werden die Völker zum Zion nach Jerusalem

pilgern, um Gott zu verehren (zum Beispiel Jesaja 2,1–4). Die Beschreibung in der Offenbarung ist aber besonders vor dem Hintergrund der Zerstörung des Tempels durch die Römer zu verstehen, wodurch sich die Katastrophe von 587 v. Chr. mit aller Trauer und allen daraus entstehenden Anfragen an die Theologie gleichsam wiederholte. Im Gegenüber zum dämonischen Babylon, das als Chiffre für Rom zu lesen ist, ist es in der Offenbarung das himmlische Jerusalem, das am Ende der Zeiten einen Lebensraum für Gott und Mensch bereitstellt. Jerusalem erscheint dabei als Braut, der die Hure Babylon entgegengesetzt ist.

Die Beschreibung der himmlischen Stadt, in der auch Ezechiels Vision anklingt, erinnert an den Garten der Schöpfung, überbietet ihn aber (Offenbarung 22,1–4). Am Thron Gottes entspringt ein Fluss lebendigen Wassers, der sich nicht aufteilt, sondern in seiner Einheit bestehen bleibt. An seinen Ufern wachsen Bäume des Lebens, von denen es nicht verboten ist zu essen: Kein Fluch geht mehr von ihnen aus. Der Schöpfungsgarten, der selbst auf das irdische Jerusalem anzuspielen schien, erscheint nun als eine Art (Stadt-)Park in das himmlische Jerusalem integriert zu sein. Einen Tempel wird es nicht geben, und er ist auch nicht nötig, da der Kontakt zu Gott – wie einst im Garten Eden – ohne Grenzen oder (kultische) Vermittlung funktioniert. So wird die Stadt, die vom Himmel herabkommt, zum Ort der ultimativen Gottesnähe, zu dem Ort, wo sich Himmel und Erde berühren. ◀



Nach Ausscheiden der jetzigen Akademiedirektorin aufgrund eines Stellenwechsels ist zum 01.09.2020 die Stelle

einer Akademiedirektorin / eines Akademiedirektors (m/w/d)

in der Evangelischen Landjugendakademie in Altkirchen/Westerwald zu besetzen.

Die Evangelische Landjugendakademie ist eine im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland arbeitende Fortbildungsstätte für Pfarrerinnen und Pfarrer und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugend-, Gemeinde- und Sozialarbeit. In der Fortbildung berücksichtigt sie die spezifischen Herausforderungen des kirchlichen Dienstes in ländlichen Räumen.

Die/der zukünftige Direktorin/Direktor soll Pfarrerin/Pfarrer mit pädagogischer Zusatzqualifikation oder Pädagogin/-Pädagoge mit theologischer Zusatzqualifikation sein und Praxis in der ländlichen Jugend- und Gemeindearbeit haben.

Eine ausführliche Stellenausschreibung finden Sie unter:

<https://www.lja.de/wp-content/uploads/sdf.pdf>

Starker Partner im Quartier

Kirche als Faktor der modernen Stadtentwicklung

PETRA POTZ

Für eine soziale Stadt- und Quartiersentwicklung sind Allianzen notwendig, bei denen die Akteure gewohnte Pfade verlassen, Verantwortung delegieren und sich auf verschiedene Handlungslogiken einlassen. Auch die Kirchengemeinden müssen sich neu erfinden, meint die Berliner Stadtplanerin Petra Potz.

Die christlichen Kirchen sind präsent, flächendeckend und fast selbstverständlich vorhanden: als Ort des Innehaltens und der Begegnung, als Wegmarke oder Dorfmittelpunkt, als ein identitätsstiftender Anker der Erinnerung und Vergewisserung. Aber die Kirchen sind vielerorts zu groß, oder es gibt zu viele von ihnen – so das Bild, das sich abzeichnet. Die Zahlen zu den kirchlichen Liegenschaften belegen drastisch den Bedarf umzudenken: In Nordrhein-Westfalen werden ein-bis zweitausend von sechstausend Kirchengebäuden leer fallen. Thüringen ist „steinreich“: Dort gibt es zweitausend evangelische Kirchen, zu fast hundert Prozent denkmalgeschützt, aber immer mehr Kirchen sind verschlossen.

In den beiden großen christlichen Kirchen finden Pfarrbildprozesse und eine Neuorientierung gemeindlicher Arbeit statt. Angesichts von Mitgliederrückgängen, immer größeren Parochiezuschnitten durch Zusammenlegung und auch Nachfolgeengpässen bei Pfarrern werden Fragen nach der Zukunftsperspektive lauter. Damit verbunden sind neben der Auflistung von Fehlstellen und Defiziten auch ressourcenorientierte auf neue Qualitäten ausgerichtete Ansätze zu finden. In vielen Bistümern und Landeskirchen finden solche Suchprozesse statt. „Gemeinsam auf dem Weg“ ist man in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, wo der Prozess, die „Volkskirche qualitativ weiterzuentwickeln“, bis 2026 angelegt ist (www.ekkw.de/unsere_kirche/reformprozess.html). In der Evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern wird seit 2017 „Profil und Konzentration“ eingefordert. Zum Leitsatz „Kirche im Raum“ wird im Coburger Beschluss ausgeführt: „Raumübergreifende Dienste sind so weit wie möglich vom Bedarf in den Handlungsräumen her definiert.“ (Landessynode Bayern 2017) Diese Selbstwahrnehmung über die Perspektive der Kirchengemeinde hinaus ins Umfeld, ins Quartier und dessen Entwicklung ist für viele Gemeinden neu.

Neu definiertes Kerngeschäft

Auch in den kirchlich-verbandlichen Systemen findet ein Umdenken statt, das Chancen für eine starke Neupositionierung bietet. Orts- und raumbezogene Ansätze sozialen Handelns werden in den Wohlfahrtsverbänden strategisch weiterentwickelt:



Inklusionshotel und Kirche – Philippus in Leipzig.

Die Gemeinwesendiakonie und der Sozialraum-Kongress von EKD und Diakonie Deutschland „Wir und Hier: Gemeinsam Lebensräume gestalten“ im April 2020 in Hamburg (www.wirundhier-kongress.de/) sowie die Sozialraumorientierung in der Caritasarbeit stehen für diese perspektivischen Überlegungen.

Welche Rolle kann Kirche heutzutage in der Stadtentwicklung einnehmen? Die Herausforderung liegt in diesen Diskussionssträngen darin, das etablierte „Kerngeschäft“ neu zu definieren und sich die Frage zu stellen: Was brauchen die Menschen in unserem Stadtteil? Und was können die Kirchengemeinde oder der soziale Dienst im Quartier dazu beitragen? Dazu müssen die eigene Rolle und Haltung reflektiert werden. Die verbandliche Einrichtung wie auch die Kirchengemeinde kann mit ihren Möglichkeiten und Kompetenzen der ortsnahe Wahrnehmung und Beobachtung von sozialen Entwicklungen vor Ort eine Seismografenfunktion einnehmen. Sie kann – in benachteiligten Stadtteilen, in entleerten Ortschaften ohne so-

ziale Infrastruktur oder in anderen Umbruchsituationen – aktiv daran mitarbeiten, funktionierende Sozialräume zu gestalten und Notlagen zu verhindern oder zu überwinden.

Und sie kann Räume öffnen, um konfessionsübergreifend Orte der Begegnung und Integration für sozialen Zusammenhalt und Teilhabe zu ermöglichen und soziale Infrastrukturen zielgruppenübergreifend und inklusiv weiterzuentwickeln.

Ferner kann sie mit der Kommune längerfristig zusammenarbeiten und stabile soziale Netze schaffen, wenn es um gesamtstädtische oder auf den Stadtteil/Bezirk bezogene integrierte Entwicklungsstrategien und Handlungskonzepte geht. Werte und Ziele von Kirchengemeinden sowie ihrer Wohlfahrtsverbände und Träger haben für das Zusammenleben im Quartier große Überschneidungspunkte mit den kommunalen Zielen einer sozialen Stadtentwicklung.

Bedarf an Synergien

Kommunen stehen den immer komplexer werdenden gesellschaftlichen Entwicklungen mit begrenzten Ressourcen und entsprechender Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit gegenüber. Die Rolle der Kommune ist sehr wichtig, ist aber auch für die Komplexität der Aufgaben zu ertüchtigen. Sie muss zunehmend ermöglichen, koordinieren, bündeln, steuern. Integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung ist dabei ein relevantes Handlungsfeld. Neben den demografischen Herausforderungen und dem Aufrechterhalten von Versorgungsstrukturen treffen Handlungsfelder wie Wohnen und Arbeiten, Bildung und Kultur, Engagement und Teilhabe, Klima und Umwelt, Mobilität und Verkehr in ihren Wechselwirkungen alltäglich im Quartier, in der Nachbarschaft zusammen und führen in der Nutzungsvielfalt, manchmal auch Nutzungskonflikten, zu komplexen Abwägungserfordernissen. Es gibt einen steigenden Bedarf an Synergien und verteilten Zuständigkeiten statt parallel verlaufender Doppelstrukturen in verschiedenen Handlungsfeldern und Ressorts.

Ein Nachbarschaftsgefüge kann nur gemeinsam geknüpft werden. Einzelne Akteure können diese Aufgaben nicht allein bewältigen. Mit dem Anspruch einer partizipativen Planung stößt man kommunal auf unterschiedliche Artikulationsfähigkeiten von Einzelinteressen. Einige Bewohnergruppen können ihre individuellen Lebensstile mit umfassenden Bedarfen an zum Beispiel Wohnangeboten, Mobilität, Infrastruktur, Bildungsausstattung mit starker Stimme einfordern. Die Interessen benachteiligter Gruppen, die sich durch Lebenslagen, Generationen oder Herkunft unterscheiden, sind in diesen Partizipationsprozessen eher schwach vertreten und haben auf dem regulären Wohnungsmarkt keine Chance – dies sind keine guten Rahmenbedingungen für den Zusammenhalt im Quartier. Aufgrund mangelnder materieller und sozialer Ressourcen sind diese Zielgruppen nur eingeschränkt mobil und müssen ihre gesellschaftliche Teilhabe in ihrem Quartier umsetzen. Sie sind auf integrationsfähige Quartiere angewiesen, in denen günstiger Wohnraum und eine soziale Infrastruktur mit Bildungseinrichtungen, Gemeinschafts- und Begegnungsstätten als förderliches Umfeld für stabile Nachbarschaften zur Verfügung stehen.

Die bundesweite ökumenische Plattform „Kirche findet Stadt“ wurde ab 2011 als Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik im Bundesbauministerium aufgebaut. Unter dem Titel „Innovations- und Experimentierfelder für eine partnerschaftliche Entwicklung lebenswerter Quartiere“ haben Deutscher Caritasverband und Diakonie Deutschland gemeinsam mit dem Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz und dem Kirchenamt der EKD gute Praxis untersucht und Thesen und Empfehlungen für das Zusammenleben im Quartier abgeleitet.

„Kirche findet Stadt“ hat in vier quartiersrelevanten Handlungsfeldern mit kirchlich-verbandlicher Beteiligung Aktivitäten zusammengeführt und strategisch diskutiert, die für Fragen des sozialen Zusammenhalts und der Förderung selbstbestimmter Teilhabe zentral sind. Dort kommen sozial- und stadtentwicklungspolitisch relevante Ansätze zusammen: Wohnen und Bekämpfung der Folgen von Armut und Ausgrenzung, generationenübergreifendes Zusammenleben, Zentren und Orte der Begegnung und Integration und Gesundheitsförderung, Prävention und Inklusion.

Die Anforderungen an eine als integrierte Querschnittsaufgabe verstandene soziale Daseinsvorsorge werden vor Ort, im Quartier dekliniert. Kirchengemeinden müssen angesichts begrenzter Ressourcen erst lernen, dass dies keine zusätzliche Aufgabe ist, sondern eine andere Aufgabe, die auf sie zukommt. Es gilt, den sozialen Zusammenhalt im Gemeinwesen als Daueraufgabe der Stadtgesellschaft konkret zu gestalten und mit vereinten Kräften auch finanziell zu stemmen. Für eine soziale

Es gilt, den sozialen Zusammenhalt als Daueraufgabe der Stadtgesellschaft konkret zu gestalten.

Stadt- und Quartiersentwicklung sind Allianzen notwendig, bei denen die Akteure gewohnte Pfade verlassen, Verantwortung delegieren und teilen und sich auf verschiedene Handlungslogiken einlassen.

Fragen der Federführung und Spielregeln stellen sich in diesem Kontext neu. Die Akteure im Quartier, darunter auch die Kirchen, „müssen sich neu erfinden“, es bietet sich aber auch eine Chance für eine Stärkung der eigenen Rolle. Die Zeit- und Handlungsfenster für diese bisher ungewohnten Aushandlungsprozesse sind vermutlich größer denn je. Um gemeinsame Arbeitsstrukturen zu installieren, muss man – und das ist alles andere als trivial – voneinander wissen, aufeinander zugehen: Kirchengemeinden, verbandliche Einrichtungen und Kommunen mit ihren relevanten Ressorts wie Stadtentwicklung, Soziales, Jugend, Gesundheit, sowie weitere Akteure. Fachstrukturen in den Verwaltungen folgen meist sektoralen Logiken. Es braucht einen regelmäßigen ressortübergreifenden Austausch und Dialog mit anderen Akteuren zu Schnittmengen und präventiver Quartiersarbeit und ihren Wirkungen – mit Gestaltungsspielräumen auf Umsetzungsebene und bei den Entscheidungsträgern. Die Zusammenarbeit lässt sich dabei nicht nur funktional (Mieter oder Zielgruppe) sehen, sondern viel strategischer als Potenzial ausbauen. Unerlässlich dafür: Verbindlichkeit, Verlässlichkeit, Vertrauen. ◀

Stadt, Land, Lebensräume

Gespräch mit dem Hannoveraner Professor für Raumentwicklung Rainer Danielzyk über lebenswerte Städte und wie die deutschen Metropolen 2050 aussehen werden

zeitzeichen: Herr Professor Danielzyk, was zeichnet eine gute und lebenswerte Stadt aus?

RAINER DANIELZYK: Vielfalt. Eine lebenswerte Stadt ist nicht monostrukturiert und erfüllt vielfältige Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft.

Eine Vielfalt der Räume und der Angebote, die genutzt werden können?

RAINER DANIELZYK: Ja, verschiedene Wohnlagen und -formen für verschiedene Lebensformen wie Alleinerziehende, für allein Lebende, für Familien und Wohngemeinschaften und für Lebensgemeinschaften aller Art, bezahlbare und auch gut erreichbare Wohnungen. Und die wirtschaftliche Seite darf nicht aus dem Blick geraten. Dabei sollte nicht nur auf die Interessen der besonders finanzstarken Großunternehmen geachtet werden. Eine Stadt lebt auch von den Kleinbetrieben, von denen, die im Hinterhof oder als Händler Handwerk, Einzelhandel und Gastronomie betreiben.

Wie passt Ihr Befund zur Realität der deutschen Städte?

RAINER DANIELZYK: Im internationalen Vergleich steht das deutsche Städtesystem relativ gut da. Die Grundanforderungen der Vielfalt sind in den meisten deutschen Städten gegeben. Auch in der nachhaltigen Stadtentwicklung ist man auf einem guten Weg, wengleich der Verkehr ein großes Problem ist. Der aktuelle Hype um den Klimawandel verdeckt, dass schon 1992 178 Mitgliedsstaaten der UNO die Agenda 21 verabschiedet haben, das heißt, ein auf Nachhaltigkeit orientiertes Handlungsprogramm, das auch in Deutschland einen Prozess in Gang gesetzt hat.

Auf dem UN-Klimagipfel in Rio de Janeiro wurde 1992 der erste internationale Vertrag, die Klimarahmenkonvention, formuliert, der den Klimawandel als eine ernsthafte Bedrohung einstuft und das Ziel formuliert, eine gefährliche Störung des Klimas zu vermeiden.

Das alles ist aus Sicht der Stadtplanung jetzt nicht vom Himmel gefallen, auch wenn es uns manchmal so erscheint. Die Geschichte der Stadtplanung hat vor etwa 150 Jahren in den großen Städten in England und auch in Berlin begonnen. Man wollte gesunde Lebensverhältnisse im Interesse der dort lebenden Menschen erreichen. Insofern sind Grundforderungen einer nachhaltigen Stadt der Stadtplanung bestens vertraut. Wir freuen uns natürlich darüber, dass das Thema durch Medien und Politik eine unglaubliche Dynamik entwickelt hat, was uns Rückenwind gibt.

Das eine ist die Nachhaltigkeit. Die Globalisierung ist ein anderer aktueller Trend, der die Städte fordert. Welche Herausforderungen sind Ihrer Meinung nach die dringlichsten?

RAINER DANIELZYK: Das sind sicher Wohnen und Verkehr. Die Fachwelt hat parteiübergreifend immer vor der Privatisierung der Wohnungsbestände gewarnt und auch vor der Aufgabe der kommunalen Wohnungsbau-gesellschaften, die bezahlbaren Wohnraum für alle geschaffen haben. Aber aufgrund von übergeordneten politisch-ideologischen Vorstellungen hat die Politik anders gehandelt. Und sicherlich kam für manche der starke Bevölkerungszuwachs in den großen Städten überraschend. Insofern ist das Wohnen der Engpass. Nicht nur sozialer Wohnungsbau, sondern bezahlbares Wohnen, auch für die Mittelschicht. Es gibt nur einige wenige Städte, in denen die Immobili-

enpreise sinken. Das sind aber echte Problemstädte. Darüber hinaus ist in Deutschland die Verkehrsfrage auf erschütternde Weise ungelöst.

Woran liegt das?

RAINER DANIELZYK: Darüber kann man lange spekulieren. Das Autofahren ist in Deutschland bei vielen Menschen tief verankert. Das zeigt sich auch daran, dass städtische Planungsämter noch heute Kämpfe um Stellplätze führen müssen, weil Bürgerinitiativen mehr Parkplätze bei sich im Quartier fordern. Sicherlich nimmt auch die Autoindustrie Einfluss, gar keine Frage. Dass der heutige Verkehr in den Städten nicht zukunftsfähig ist, wissen wir alle.

Sie haben den enormen Bevölkerungszuwachs in den Städten angesprochen. Trifft das auf alle Städte zu?

RAINER DANIELZYK: Es gibt die großen Dienstleistungszentren wie München, Stuttgart, Frankfurt oder Düsseldorf, wo es einen hohen, auf längere Sicht stabilen Zuwachs an qualifizierten und gut verdienenden Menschen gibt. Diese haben damit eine Nachfragemacht und verdrängen am Wohnungsmarkt Menschen mit weniger Einkommen. Die digitalisierte Wirtschaft ist auf Dienstleistungen orientiert, was auch die großen Städte fördert. Aber auch der immer größere Anteil an höherwertigen Ausbildungen unter jungen Menschen führt zu einem Wachstum der Städte, weil die meisten Hochschulen eben in Städten verortet sind. Universitätsstädte und Dienstleistungszentren haben also ein stabiles Wachstum, aber ebenso eine steigende Wohnnachfrage und Flächenengpässe. Am Nordrand des Ruhrgebietes liegende Städte, die im Saarland oder einzelne Städte im Osten hingegen haben große Wohnungsleerstände.



Wenn es auf Dauer nicht gelingt, die Autos aus den Städten zu verbannen, ist das für deren Zukunftsfähigkeit fatal.

Dort rücken sozial schwache Gruppen nach, weil sie bezahlbar wohnen können und Unterstützungsangebote bekommen. Und diese Städte stehen vor einer schweren Aufgabe. Denn sie können das alles nicht selbstständig schaffen. Da ist dringend staatliche Hilfe erforderlich, etwa bei der Arbeitsmarktförderung.

Können Sie ein Beispiel nennen?

RAINER DANIELZYK: Ein klassisches Beispiel ist die Stadt Gelsenkirchen, die in der Stadtentwicklung seit mindestens 25 Jahren viel leistet, aber vor immer neuen Problemen steht.

Was ist in Gelsenkirchen so besonders?

RAINER DANIELZYK: Die Stadt verbuchte in den vergangenen Jahrzehnten einen starken Bevölkerungsschwund. Nun ziehen niedrige Wohnungsmarktpreise Gruppen mit geringer Kaufkraft an. In Gelsenkirchen sind das vor allem Migranten aus Südosteuropa. Das konnte vor sieben Jahren niemand voraussehen, denn bis dahin hatte Gelsenkirchen viele strukturelle Probleme gut angepackt. In die leerstehenden Wohnungen, die man vielleicht hätte abreißen müssen, ziehen heute Gruppen ein, die Sprach- und Arbeitsmarktprobleme haben. Inzwischen gibt die Stadt fast die Hälfte des Kommunalhaushaltes für Transferleistungen aus, so dass

die eigene Handlungsfähigkeit sehr begrenzt ist. Die Stadt muss wirklich Hilfe von außen bekommen. Denn so viele Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich kann man gar nicht schaffen, wie jetzt Leute da leben.

Und die Vermieter verhalten sich auch nicht immer korrekt?

RAINER DANIELZYK: Im Gegenteil, sie dulden, dass bisweilen zwanzig Leute in einer Wohnung leben. Die Stadt Dortmund greift mittlerweile sehr engagiert die Vermieter an. Sie argumentiert mit Bauordnungsrecht, also mit einer Überbelegung der Häuser oder damit, dass der Brandschutz gewährleistet sein muss. Wenn man will, findet man immer etwas. Nur leider braucht es dazu Personal, und die Mitarbeiter müssen sich von Haus zu Haus durchkämpfen. Die Strafen können von Bußgeldern bis zur Enteignung reichen.

Betrifft das auch die Kleinstädte?

RAINER DANIELZYK: Die Kleinstädte fallen immer in so eine Art Aufmerksamkeitslücke, zwischen den ländlichen Entwicklungsproblemen und denen der großen Städte. Doch zum Glück geraten sie seit einigen Jahren zunehmend in den politischen Fokus. Denn es gibt zwar Kleinstädte, die munter und lebensfähig sind. Aber viele, auch in der Peripherie des Lan-

des, sind von Bevölkerungsschwund und Verkehrsproblemen betroffen. Und durch Rückbaumaßnahmen im ÖPNV ist deren Erreichbarkeit im Laufe der Jahre vielfach schlechter geworden. Kleinstädte sind ein Anker der Entwicklung, denn, auch das ist klar, man wird in einem entwickelten Land wie bei uns nicht alles bis in die letzte Fläche halten können. Die dort lebenden Menschen haben auch Anforderungen an die Dienstleistungen wie den Haus- und Facharzt, an die Schulen und an ein differenziertes Bildungsangebot. All das kann man nur in kleineren Städten gewährleisten.

Ist denn der Trend zum Leben in der Stadt ungebrochen?

RAINER DANIELZYK: Ja, und er betrifft nicht nur die großen Städte. Auch Städte wie Münster und Freiburg wachsen stark und sind für Wohnungssuchende extrem schwierig. Auch auf Städte wie Regensburg und Oldenburg trifft das „Schwarmstadt“-Phänomen zu, sie werden auf mittlere Sicht ein stabiles Wachstum haben.

Nun zeigen Studien, dass die Stadtbevölkerung immer weniger sozial durchmischt ist. Würden Sie dem zustimmen?

RAINER DANIELZYK: Nein. In bestimmten Quartieren nimmt die Mischung ab, das ist richtig. Was etwa für den

Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg nachgewiesen wurde. Aber in der Stadt insgesamt nicht. Es ist für die Funktionsfähigkeit einer Stadt wichtig, dass auch weniger gut verdienende Schichten dort wohnen können. Deshalb denkt man in München zum Beispiel über Werkwohnungsbaunach. Betriebswohnungen zu bauen, war jahrzehntelang verpönt.

Ein erfolgsversprechender Weg?

RAINER DANIELZYK: Kommunale Wohnungsbaugesellschaften sind wichtig. Aber in vielen Städten hat man die über die Jahre abgeschafft. Und um sie wieder aufzubauen, muss man viel Kapital bereitstellen. Zum Glück haben manche Städte sie nicht oder nur halb aufgegeben. Das ist besser als all diese Regeln wie Mietendeckel und Mieten-

Das Beste ist, einen Teil des Wohnungsmarktes dem kapitalistischen Markt zu entziehen.

bremse, denn da verkämpft man sich. Das Beste ist, in großen Städten einen Teil des Wohnungsmarktes dem kapitalistischen Markt zu entziehen. Freilich will ich keinen Sozialismus einführen. Leute, die über ein entsprechendes Einkommen verfügen, sollen ihre schönen Wohnungen aufwendig bauen oder kaufen können. Aber ein Teil des Marktes muss öffentlich sein. Dabei geht es nicht nur um sozialen Wohnungsbau, sondern um bezahlbaren Wohnraum, den kommunale Gesellschaften, die nicht gewinnorientiert arbeiten, besser bereitstellen können. Außerdem sollte man Genossenschaften fördern wie in der Schweiz. Sie stellen dort einen großen Anteil an bezahlbarem Wohnraum bereit. Dazu muss eine Menge Einzelmaßnahmen kommen, zum Beispiel das Erbbaurecht, also öffentliches Bauland wird nicht komplett privatisiert, sondern im Erbbaurecht vergeben und so weiter. Das Instrumentenspektrum ist bekannt.

Und Neubau?

RAINER DANIELZYK: Bei aller Orientierung an Ökologie und Nachhaltigkeit

wird es in der Innenentwicklung großer Städte nicht ohne Neubau gehen. Da gibt es noch viel Potenzial, aber konfliktfrei darf man sich das auch nicht vorstellen. Es gibt viele Industrie- oder Bahnbrachen in Düsseldorf oder Duisburg, alte Post- und Militärgelände zum Beispiel in Mannheim oder Heidelberg. Wenn man Neubauten schafft, darf es eigentlich nur verdichtetes Bauen sein und mit entsprechenden ökologischen Begleitmaßnahmen.

Bleibt das Thema Verkehr. Wie kann man das angehen?

RAINER DANIELZYK: Sicherlich müsste man den öffentlichen Nah- und den Radverkehr stärken. Aber da jahrzehntelang nur Straßen für Autos gebaut wurden, gibt es unendlich viel zu tun. Hinzu kommt, dass man Autofahrern Straßenraum entziehen müsste. Da wird um jeden Quadratmeter gekämpft. Sicherlich ist es eine Geldfrage, aber auch eine der Verhandlung und der politischen Durchsetzung.

Verstehe ich das richtig? Auf der einen Seite erleben wir den Klimahype, auf der anderen Seite will niemand Zugeständnisse machen?

RAINER DANIELZYK: Da haben Sie völlig Recht. Fachlich ist das alles seit langem bekannt. Bürgerentscheide haben aber in den vergangenen Jahren den Ausbau und die Einführung von Straßenbahnen in mehreren Städten verhindert. U-Bahnen zu bauen, ist aber immens teuer. Außerdem schlägt der Energieaufwand wegen der Klimatisierung und der Beleuchtung zu Buche. Straßenbahnen sind mit Abstand das beste Nahverkehrsmittel, sie sind zuverlässig und können viele Menschen transportieren. Trotzdem ist es unglaublich schwer, Straßenbahnnetze auszubauen. Fragen Sie mal Stadtplanungsämter in Bielefeld oder Aachen. Es fällt auf, dass sich alle für den Ausbau des ÖPNV begeistern können, aber der Ausbau nicht folgt. Deshalb sage ich an dieser Stelle, wenn das mit dem notwendigen Bedeutungsgewinn des öffentlichen Nahverkehrs nicht

klappt, ist das nicht nur eine Geldfrage. Da helfen weder die beste Förderung noch Ein-Euro-Tickets, weil Busse und Bahnen mit ihrer Leistungsfähigkeit an der Grenze sind. Man muss dringend die Kapazitäten ausbauen. Ohne einen Ausbau von Straßenbahnen wird das mit der Verkehrswende nichts.

Welche Rolle können Kirchen und ihre Gemeinden in dem Transformationsprozess, in dem wir uns befinden, spielen?

RAINER DANIELZYK: Auf der Quartiersebene kann eine funktionierende Kirchengemeinde immer zur Integration beitragen, gerade auch wenn sie interkulturell, interreligiös orientiert ist. Es gibt großartige Leistungen aus dem Ruhrgebiet, wo das Gemeindehaus als *community center* genutzt wird. Auf einer übergeordneten Ebene wie Landeskirchen oder EKD könnten die Kirchen noch mehr machen. Wenn ein nationaler Städtekongress mit über tausend Teilnehmern stattfindet, kommen die Kirchen kaum vor. Sicherlich könnte sich die Synode mit diesen Fragen beschäftigen. Die evangelischen Akademien nehmen sich des Themas allerdings immer öfter an.

Im öffentlichen Diskurs heißt es oft, die armen ländlichen Räume bedürfen der Förderung. Gerade auch in Zeiten, in denen die Rechtspopulisten erstarken. Aber ich habe den Eindruck, vielen Städten geht es auch nicht besser?

RAINER DANIELZYK: Völlig richtig. Das ist ein großer Mythos des öffentlichen Diskurses und auch mancher Politik, dass es den Städten gut und dem Land schlecht geht. Das würde ich grundsätzlich abstreiten. Schauen Sie sich das nördliche Ruhrgebiet, Bremerhaven oder auch Salzgitter an. Da strahlt nichts. Im Emsland in West-Niedersachsen hingegen oder auch in Süddeutschland, in Baden-Württemberg, am Bodensee, haben die ländlichen Räume eine erstaunliche dynamische Entwicklung in den vergangenen Jahren hingelegt. Mit Beschäftigungszuwächsen, einer Arbeitslosigkeits-

quote von zwei, drei Prozent, mit den besten Steuereinnahmen seit Jahrzehnten und mit Zuzug. Anders ist es in der Westpfalz, im Weserbergland, im Harz oder in Nordvorpommern, in der Uckermark. Aber es ist nicht automatisch so, dass das Land benachteiligt ist.

Und trotzdem schauen viele Städter immer noch mit einer gewissen Arroganz auf die Landbevölkerung hinab.

RAINER DANIELZYK: Das Bild des „armen, ausblutenden Landes“ ist tief verankert in den Medien, in der Politik und in der Öffentlichkeit. Ich bin besonders froh, dass es inzwischen auch einzelne Vertreter ländlicher Räume gibt, die öffentlich beklagen, wie leid sie es sind, so dargestellt zu werden. In Baden-Württemberg beispielsweise gibt es in vielen Regionen ein breites ehrenamtliches kulturelles Engagement und eine relativ krisenfeste mittelständische Wirtschaftsstruktur. Manche ländlichen Räume haben sicherlich ein Infrastrukturproblem, oft im Nahverkehr und im Gesundheitswesen. Aber gerade Ökonomie und Demographie sind nicht überall schlecht. Das ist ein Mythos. Andererseits lebt auch Berlin von Transferleistungen. Sie ist eine der ganz wenigen Metropolen in Europa, wo das städtische Durchschnittseinkommen unter dem nationalen liegt.

Wenn wir einen Blick auf die europäischen Städte werfen, von welcher Stadt könnten wir in Deutschland lernen?

RAINER DANIELZYK: Wien ist eine wachsende Stadt, die eine Schlüsselrolle im Hinblick auf Südosteuropa hat. Die Stadtoberen haben seit den Zwanzigerjahren immer konsequent darauf geachtet, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, so genannter Gemeindewohnungsbau in allen Stadtbezirken. Das ist eine Frage des politischen Willens der Stadtentwicklung, denn Wachstum muss nicht Segregation bedeuten. Auch in der Schweiz, in Basel und Zürich, gibt es viele interessante Ansätze vor allem im Wohnungsbereich. Oslo ist berühmt für seine Verkehrspolitik.

Die Stadtoberen haben Autos mit hoher Maut rabiät aus der Innenstadt verdrängt, es fahren fast nur noch Elektroautos und der öffentliche Nahverkehr. Die hohe City-Maut können sich nur wenige leisten, die anderen Benziner-Autos müssen um die Stadt herumfahren und durch den Tunnel. Das ist eine fühlbare Benachteiligung.

Von Kopenhagen kann man den Ausbau des Radverkehrs lernen. In Stockholm wurde unter die U-Bahn noch einmal eine Pendlerbahn gelegt. Aber insgesamt sind wir doch in der integrativen Stadtentwicklung in Deutschland schon relativ gut.

Haben Sie eine Vision für die deutschen Städte? Wie wird es 2050 in unseren Städten aussehen?

RAINER DANIELZYK: Die Frage zu beantworten, fällt mir schwer, weil mir unklar ist, wie sich das Verkehrs- und Mobilitätsthema weiterentwickelt. Was den Wohnungsbau angeht, bin ich generell optimistisch, wenn das jetzige Erkenntnislevel stabil bleibt, also dass öffentlicher Wohnungsbau und öffentliche Infrastruktur nötig sind. Auch muss man mehr mit dem Umland zusammenarbeiten, gerade in den Wohnungs- und Verkehrsfragen. Zwar gibt es hier und da gemeinsame Gewerbegebiete, aber kaum gemeinsame Wohngebiete. Die Umlandgemeinden wollen die Städter nicht, weil sie sich sorgen, dass nur die sozial Schwachen bei ihnen einziehen.

Und beim Verkehr?

RAINER DANIELZYK: Wenn man auf Elektromobilität umstellt, werden das nicht weniger Autos in der Stadt. Der Verkehr wird vielleicht ökologisch nicht so belastend sein, aber man braucht für die Autos Stellflächen. Manche Wissenschaftler prognostizieren sogar eine Zunahme des Verkehrs, wenn sich das autonome Fahren und die E-Mobilität durchsetzen. Leute, die bisher kein Auto hatten, könnten sich mit Car Sharing und autonomem Fahren auch für kurze Strecken ein Auto nehmen.

Sie gehen vielleicht nicht mehr zu Fuß oder fahren nicht mehr Bahn. Dafür gibt es schon heute Zahlen und Untersuchungen. Die Umstellung des Antriebs auf E-Mobilität wird sicherlich kommen. Allein schon, weil sich Konzerne wie VW umstellen und



Foto: privat

Rainer Danielzyk ist seit 2010 Professor für Landesplanung und Raumforschung am Institut für Umweltplanung der Leibniz Universität Hannover. Als Generalsekretär leitet er seit 2013 die Geschäftsstelle der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL). Die Arbeitsschwerpunkte des studierten Geografen sind Theorie und Empirie der Stadt- und Regionalentwicklung, Raumordnung, Regionale Kooperation und Planungskultur. Rainer Danielzyk ist in verschiedenen Gremien der Politikberatung und Forschungspolitik tätig.

andere Länder auch. Aber das führt nicht zwangsläufig zu einer Reduzierung des Verkehrsaufkommens. Ich wäre sehr dafür, so wie in Oslo, die Autos aus den Städten zu verbannen. Trotzdem: Meine Prognose ist, dass es eine Änderung des Antriebs der Kraftfahrzeuge, aber vorerst keine tief greifende Änderung des Mobilitätsverhaltens geben wird. Das wiederum wäre für die Zukunftsfähigkeit der Städte fatal.

Das Gespräch führte Kathrin Jütte am 17. Oktober in Hannover.

Ein Theologe für Agnostiker

Frank Hofmann findet Karl Barth modern und forscht über das „Wort Gottes“

In seiner theologischen Dissertation rekonstruiert der promovierte Philosoph und Journalist Frank Hofmann die Begriffsgeschichte des „Wort Gottes“ von der Bibel bis zur Kirchlichen Dogmatik Karl Barths mit sprachanalytischen Methoden.

Ich bin in einem evangelikalen Elternhaus aufgewachsen. Die Folge war eine kräftige Gottesvergiftung, die nach der Pubertät in eine radikale Kehrtwende umschlug. Begeistert von den Platon- und Aristoteles-Texten im Griechisch-Unterricht entschied ich mich für ein Philosophiestudium – vor allem deshalb, um meinen Agnostizismus besser begründen zu können.

In meiner ersten philosophischen Dissertation versuchte ich, den Begriff „Wahrheit“ rein sprachlich, ohne Rückgriff auf metaphysische Muster zu definieren.

Natürlich gab es immer mal wieder Annäherungen: Kirchenbesuche, Buchlektüren, Gespräche mit religiösen Menschen. Aber das, was mir da als Religion präsentiert wurde, überzeugte mich nicht. Gott als Sinn des Lebens, Gott in der Naturbetrachtung, Gott in der Selbstversenkung, Gott als Fluchtpunkt von Poesie, Film oder Musik – all das wirkte auf mich doch allzu menschlich.

Gleichwohl gab ich es nie ganz auf, mich mit Theologie zu beschäftigen. Und da ich spürte, dass Theologen die Probleme oft noch gründlicher durchdringen als Philosophen – wohl weil sie unter einem höheren Rechtfertigungsdruck stehen –, begann ich vor ein paar Jahren ein nebenberufliches Studium der evangelischen Theologie in Marburg. Dort wurde ich auch näher mit dem Werk von Karl Barth vertraut, der mir bis dato nur aus dem Klassiker „Die Sache mit Gott“ von Heinz Zahrnt bekannt war. Barth wurde von unseren Marburger Lehrkräften zwar alles andere als unkritisch rezipiert, aber



Foto: Boris Rostami-Rabet

gerade diese skeptische Haltung regte mich zum Lesen der Primärtexte an. Und was ich dort entdeckte, war genau das, was ich lange gesucht hatte. Es gab nicht nur meiner Haltung zu Gott, zum Glauben, zum Christentum ein neues Fundament, sondern begeisterte mich vor allem in seiner philosophischen Modernität.

Da ist zunächst Barths Ansatz, Gott so groß zu denken, dass er nicht mehr fassbar ist. Dieses Bemühen können auch Agnostiker mitgehen. Zumindest kontrafaktisch. Tun wir doch mal so, als habe das Wort „Gott“ einen Sinn. Dann muss damit doch das gemeint sein, was alles Bekannte transzendiert. Bei Martin Walser, einem erklärten Nicht-Gläubigen und Barth-Begeisterten, liest sich das so:

Wenn dieser abwesende Gott überhaupt der Rede wert ist, dann muss er uns etwas zu sagen haben.

„Gott ist nicht tot. Er fehlt. Er hat immer gefehlt ... Er fehlt, weil wir ihn brauchen. Ihn schlicht anzusprechen, als sei er da, vertreibt ihn für alle, die ihn brauchen. Wenn nicht einzelne sein Fehlen zur

Sprache bringen, verschwindet vielleicht seine Dimension aus unserer Welt ...“ Gott muss unkenntlich sein, so hat es Barths Geistesverwandter Sören Kierkegaard einmal gesagt, denn die „direkte Kenntlichkeit ist für Götzen charakteristisch“. Oder denken wir an Paulus, der in Athen inmitten all der Götzenbilder sich den einen Altar herausgreift, auf dem steht: dem unbekanntem Gott (Apostelgeschichte 17,23). Genau das ist auch Barths Ansatz, darüber kann man über Glaubensgrenzen hinweg ins Gespräch kommen. Selbst mit den Agnostikern, die wenigstens die Leerstelle spüren. Noch einmal Walser: „Wer sagt, es gebe Gott nicht, und nicht dazusagen kann, dass Gott fehlt und wie er fehlt, der hat keine Ahnung. Einer Ahnung allerdings bedarf es.“

Das führt zu dem aus meiner Sicht zweiten entscheidenden Gedanken Barths, den ich mit meinen Worten so ausdrücken möchte: Wenn dieser abwesende Gott überhaupt der Rede wert ist, dann muss er uns etwas zu sagen haben. Dann müsste sich in seinem Fehlen eine Mitteilung, eine Botschaft zeigen. Bei Karl Barth heißt das so: „Die Aufgabe der Theologie ist das Wort Gottes“ – also

seine Selbstmitteilung. Dieser Gedanke führt uns geradewegs zur Sprache – dem schlichtweg unhintergehbaren Fundament des reflektierten Nachdenkens über uns, über Gott und die Welt.

Unter der Rubrik „Das Projekt“ berichten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in zeitzeichen über ihre Forschungsarbeiten.

keine supranaturalistische Stimme aus dem Nichts, sondern ein sprachlicher Bestandteil eines realen, empirischen Kommunikationsprozesses.

Das führt zum dritten entscheidenden Gedanken Barths, den er in der Kirchlichen Dogmatik so formuliert: „Das Wort Gottes ist ein rationales Geschehen.“ Es ereignet sich mitten in der Welt, zwischen Menschen. Die Offenbarung ist ein weltliches Phänomen – und bleibt gleichwohl ein Geheimnis, insoweit das Gelingen des kommunikativen Vollzuges nicht planbar ist.

Dass sich Gott in der Sprache zeigt, in kommunikativen Vollzügen, ist keine Erfindung von Karl Barth – es ist bereits der rote Faden durch den christlichen Kanon, der mit einem sprechenden Schöpfer beginnt und mit einem endgültig richtenden Reiter endet, der „Wort Gottes“ heißt (Offenbarung 19). In meiner theologischen Dissertation „Wie redet Gott mit uns?“ zeige ich von den frühesten prophetischen Schriften bis zu den paulinischen Briefen fünf verschiedene Sprachfunktionen auf, die sich mit dem sprechenden Gott beziehungsweise mit dem Begriff „Wort Gottes“ verbinden.

Karl Barth wird diesem exegetischen Ergebnis gerecht, indem er programmatisch das Wort Gottes als alternativen Ausgangspunkt der Theologie bestimmt. Hier ist das „Wort“ nicht metaphorisch gemeint, etwa so, wie einst Emanuel Hirsch spottete: „Dass Gott ... spricht, ist ein ebenso grober Anthropomorphismus, wie dass er mit Pfeilen schießt oder mit Hämmern wirft.“ Das Wort Gottes ist bei Barth aber auch

Der semantische Gehalt des Wortes Gottes ist nach Barth auf eine einfache Formel zu bringen: „Gott wird Mensch“ oder „Gott bei uns“ oder „Gott für uns“. Zum Wort Gottes wird dieser Satz aber erst dann, wenn er als Verheißung gegeben wird, er also „als Gottes Wort“ von Gott selbst durch Menschenmund gesprochen wird und bei den Angeredeten eine Veränderung bewirkt.

Folgerichtig arbeitet Barth das Wort Gottes als eine Sprachhandlung aus – und zwar als eine solche, in der verschiedene Einzelakte ineinandergreifen und deren Gelingen auf den Menschen angewiesen, aber nicht vom Menschen zu garantieren ist.

Das ist weniger ungewöhnlich, als es sich zunächst lesen mag. Letztlich sind alle sprachlichen Handlungen, bei denen es auf die Wirkung im Hörer ankommt, auf so viele Gelingensbedingungen angewiesen, dass sie unmöglich komplett angegeben werden können.

Das Geflecht der das Wort Gottes konstituierenden Sprachhandlungen wird am deutlichsten, wenn die von Barth beschriebene dreifache Gestalt – die Trias Verkündigung, kanonisches Zeugnis und Offenbarung – einerseits, das Anerkennen andererseits mit Hilfe der Sprechakttheorie rekonstruiert wird. Dann zeigt sich das Wort Gottes im Detail als ein Versprechen, das ein Bekenntnis zu einer Bezeugung enthält.

In dieser Konkretisierung ist das Motiv des sprechenden Gottes zu seiner höchsten Reflexionsstufe gekommen. Sie stellt sich dar als ein Ideal nachhaltiger, zwischenmenschlicher Verständigung, die gerade in diesen Zeiten gestörter Kommunikation zwischen Individuen, Gruppen und Nationen neue Impulse geben kann. ◀

Frank Hofmann: *Wie redet Gott mit uns? Der Begriff „Wort Gottes“ bei Augustin, Martin Luther und Karl Barth.* Theologischer Verlag Zürich, Zürich 2019, 274 Seiten, Euro 36,90.

Für Sie reingeschaut

Predigtstudien

Seit einem Jahr gibt bei manchen Pfarrerinnen und Pfarrern mehr Panik vor der Predigt als früher, denn es gilt die neue Perikopenordnung, und so wird es schwierig, auf alte Predigten zurückzugreifen, wenn es eigentlich gilt, neue zu erstellen. Insofern sind Hilfen wie die Predigtstudien wichtig. Der Charme dieser Publikation, die voriges Jahr ihr 50-jähriges Jubiläum feierte, und die im Kreuz-Verlag in Freiburg/Breisgau erscheint, liegt darin, dass ein Autor oder eine Autorin im A-Teil den jeweiligen Predigttext exegetisch beleuchtet und eine oder ein andere dann darauf fußend im B-Teil die Situationshermeneutik liefert. Beide verfassen auch Probeausschnitte einer möglichen Predigt. So entstehen meist Textkorpora, die den eigenen Gedanken solide auf die Sprünge helfen, mit denen sich aber auch im „worst case“ totaler eigener Einfallslosigkeit zumindest eine Predigt der besseren Sorte zusammenwerkeln lässt. Jedes Jahr gibt es zwei Teilbände und die Predigtstudien sind auch einzeln sonntagsweise online erhältlich.

Weitere Infos: www.herder.de/pb-shop/predigtstudien/c-36/c-454/

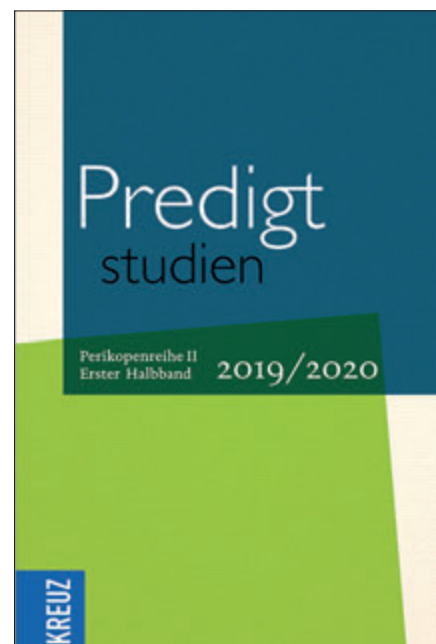




Foto: Walter Amos-Mueller-Waehner

Ende einer Dienstzeit: Der sächsische Landesbischof Carsten Rentzing übergibt sein Amtskreuz am 15. November in der Martin-Luther-Kirche Dresden-Neustadt.

Bedingt versöhnlich

Sachsens zurückgetretener Landesbischof bricht sein Schweigen

REINHARD MAWICK

Direkt nach seiner Verabschiedung in Dresden hält der sächsische Landesbischof a.D. Carsten Rentzing nach wochenlanger Funkstille eine Rede, die teilweise um Versöhnung bemüht scheint, aber auch viel Apologetik in eigener Sache und Vorwürfe gegen seine Gegner enthält. Nun steht die evangelische Kirche in Sachsen vor einem schwierigen Weg zur Versöhnung.

Es gibt ein Sprichwort, dass die Kirche noch nicht aus sei, solange die Orgel spielt. An Freitag vor dem Volkstrauertag ist es in der Martin-Luther-Kirche in Dresden-Neustadt anders. Die Orgel verklingt nach dem Gottesdienst, und es beginnt der spannendste Teil des Vormittags: Der gerade entpflichtete Landesbischof Carsten Rentzing schickt sich an, zu der Synode und der versammelten Gemeinde zu sprechen.

Wochenlang hatte der 52-Jährige geschwiegen, nachdem er am 11. Oktober überraschend seinen Rücktritt angeboten hatte, den die Kirchenleitung zehn Tage später auch annahm. Am Tag nach dem Rücktrittsangebot wurde durch Recherchen der *tagesschau*-Redaktion bekannt, dass Rentzing als junger Mann 1989 bis 1992 nationalistische und demokratiefeindliche Texte in einer rechten Nischenpublikation namens *Fragmente* veröffentlicht hatte.

Unmut hatte es schon in den Wochen zuvor gegeben, als bekannt geworden war, dass Rentzing immer noch Mitglied einer schlagenden Verbindung ist. Aus diesem Grund und weil sie ein klares Wort des Bischofs nach dem Wahlerfolg der AfD bei den sächsischen Landtagswahlen vermisst hatten, war Ende September von zwei Leipziger Pfarrern eine Petition aufgesetzt worden. In dem Aufruf wurde unter anderem gefordert, Rentzing möge sich „öffentlich und deutlich“ von

allen „antidemokratischen und menschenfeindlichen Ideologien“ distanzieren. Und weiter: „Nächstenliebe verlangt Klarheit – das gilt auch und besonders für den Bischof als Repräsentant der Kirche. Diese Klarheit verkörpern Sie für uns nicht.“

Nun war eine verworrene Lage entstanden: Zum einen durch das lange Schweigen des Landesbischofs, der zwischenzeitlich selbst für das Landeskirchenamt nicht erreichbar war, und zum anderen durch eine weitere Petition. Diesmal von Befürwortern Rentzings, die seinen Verbleib im Amt wünschten und einen Rücktritt vom Rücktritt forderten.

„Suche nach dem Angelhaken“

An diesem Freitag vor dem Volkstrauertag aber redet Rentzing. Endlich! Er bleibt konziliant im Ton, aber sieht sich vordringlich als Opfer lang geplanter Machenschaften: „Man“ sei, so Rentzing, schon „seit langem auf der Suche

nach einem Angelhaken in meinem Leben (...). Man hat gesucht und schließlich hat man gefunden.“ Auch eigene Fehler räumt Rentzing ein: Er sei mit der Situation „überfordert“ gewesen und „bitte um Verzeihung für alle falsche beziehungsweise unzulängliche Kommunikation nach innen und nach außen.“

Recht ausführlich stellt Rentzing seine jugendliche Politisierung im West-Berlin vor 1989 dar, seine Verzweiflung an der fehlenden deutschen Einheit und seine politischen Gedanken in den Jahren um 1990, die dann Eingang in seine jüngst enthüllten *Fragmente*-Texte fanden. Rechtfertigung, ja Reue für seine damaligen Texte hält Rentzing nicht für nötig: „Warum sollte ich auch? Gott ist seinen Weg mit mir damals weitergegangen.“ Als er sich Mitte der 1990-er-Jahre entschlossen habe, in den landeskirchlichen Dienst zu gehen, habe seine Loyalität „nicht mehr einer Nation, nicht einer Philosophie oder politischen Anschauung“ gegolten, sondern: „Von da ab galt meine Loyalität Jesus Christus und der Familie

„Als ich las, dass mein Vater rechtsextrem sei, brach für mich eine Welt zusammen.“

Gottes aus vielen Völkern und Nationen.“ Dass er bisher von seiner früheren Vergangenheit öffentlich nichts erzählt habe, habe einen „einfachen Grund“. Er sei dem Wort des Apostels Paulus gefolgt „das Alte ist vergangen, siehe, Neues ist geworden“ (2.Korinther 5,17) und dem Worte Jesu „wer seine Hand an den Pflug legt und sieht zurück, der ist nicht geschickt für das Reich Gottes.“ (Lukas 9,62).“

Bitter beklagt sich Rentzing über Anfeindungen. In der öffentlichen Bedeutung des Amtes des Landesbischofs liege „ein zerstörerisches, sogar vernichtendes Potential, das ich bisher nur vom Hörensagen her kannte. Nun haben es meine Augen gesehen und meine Familie und ich haben es am eigenen Leibe erfahren. Was meiner Familie aufgrund der Art und Weise der öffentlichen Diskussion über meine Person angetan wurde, das kann wohl nur sie selbst ermessen.“ Dann zitiert Rentzing seine Tochter, unter anderem mit diesen Worten: „In dem Moment, als ich in der Tagesschau las, dass mein

Vater rechtsextrem sei, brach für mich eine Welt zusammen. Wie können Mitglieder der Kirche, Nachfolger von Jesus so etwas initiieren? Das ist Rufmord, Verleumdung.“

Hier brandet Applaus auf, obwohl in der *tagesschau*-Veröffentlichung immer nur von „rechtsextremen Texten“ die Rede war und nicht etwa, dass Rentzing selbst rechtsextrem sei. Für seine Anhängerschaft aber und für Rentzing selbst scheinen solche Differenzierungen unwichtig. Ob es geschmackvoll ist, die eigenen Kinder in dieser Sache vorzuschicken, kann bezweifelt werden.

Ein Korn Wahrheit

Zumindest stellt der Landesbischof a.D. klar, dass er nicht zum Rücktritt gedrängt worden sei, sondern von sich aus das Amt niedergelegt habe, da er seiner Kirche eine Diskussion um einen vermeintlich rechtslastigen Bischof nicht habe zumuten wollen. Damit dürfte er mancher Legendenbildung, die in den Wochen zuvor aufgekommen war, den Boden entzogen haben. Auch sichert Rentzing zu: „Meiner Nachfolgerin oder meinem Nachfolger möchte ich schon jetzt zurufen, dass sie meiner unbedingten Loyalität gewiss sein können.“

Dann kommt er zum Schluss: „Ich gehe heute nicht im Zorn. Ich gehe heute im Frieden.“ Doch danach teilt er nochmal aus: „Von Anfang an“ sei das knappe Ergebnis der Wahl von 2015 „von einer kleinen Gruppe in der Landeskirche nicht akzeptiert und unter die Hermeneutik des Verdachts gestellt worden. Formen der politischen Agitation und des politischen Kampfes sind dabei zur Anwendung gekommen, die schon im Bereich der Politik verderbliche Wirkung entfalten können. Im Bereich der Kirche aber zerstören sie das Entscheidende: Die kirchliche Gemeinschaft.“

Ein Korn Wahrheit mag darin stecken, wenn Rentzing sagt, „es gibt keine progressive, keine liberale und auch keine konservative Kirche. Es gibt nur die Kirche unseres Herrn Jesus Christus. Diesem Christus nähern wir uns von verschiedenen Seiten und bilden doch durch Ihn eine Gemeinschaft“. Beschreibt der Landesbischof a.D. damit doch eine Herausforderung, vor der die real existierende Volkskirche der zwanzig Landeskirchen

im Verbund der EKD zurzeit vielerorts steht. Die kirchlich Verantwortlichen in Sachsen stehen nun vor der Aufgabe, die Grabenkämpfe in der Landeskirche zu befrieden – darum sind sie nicht zu beneiden.

Keine leichte Aufgabe ist es auch, eine geeignete neue Person für das Amt des Landesbischofs oder der Landesbischofin zu finden. Schnell muss es gehen, denn bereits am 1. März 2020 soll auf einer außerordentlichen Tagung der Landes-synode die Wahl stattfinden.

Nur eine Woche danach wird eine neue Landessynode gewählt. Wahlberechtigt sind alle Kirchenvorsteher und Kirchenvorsteherinnen der Landeskirche, sowie alle ordinierten Theologinnen und Theologen – auch jene, die sich schon im Ruhestand befinden.

Drei Tage nach dem Abschiedsgottesdienst verabschiedet die sächsische Synode eine Erklärung, in der es unter anderem heißt: „Die Landessynode hat den Rücktritt von Dr. Carsten Rentzing als Landesbischof und die damit verbundenen Diskussionen mit Betroffenheit zur Kenntnis genommen. Nicht alles wird sich klären lassen. Vieles wird offen bleiben. Als Landessynodale nehmen wir auch unter uns keine einmütige Beurteilung der Ereignisse der letzten Wochen wahr. Wir klagen über die entstandenen Verwerfungen. Mit unseren Fragen treten wir vor Gott, erkennen unsere Unvollkommenheit und bitten um Vergebung.“

Der sächsischen Landeskirche ist auf ihrem weiteren Weg alles Gute zu wünschen. Möge wahr werden, was in der allerersten Liedstrophe des Dresdner Gottesdienstes klang: „Herr Jesu Christ, dich zu uns wend, / dein' heiligen Geist du zu uns send, / mit Hilf und Gnad er uns regier / und uns den Weg zur Wahrheit führ.“ (Evangelisches Gesangbuch, Lied 155,1). ◀

INFORMATION

Einen ausführlicheren Artikel, der auch die Vorgeschichte des Konfliktes um den Landesbischof schildert, finden Sie unter www.zeitzeichen.net/node/7942. Dort steht auch die Rede Carsten Rentzings sowie die Erklärung der Sächsischen Landessynode im Wortlaut.

Abendmahl für alle?

Lutheraner setzten in der Friedensfrage eigene Akzente

JÜRGEN WANDEL

Die Synode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), die der EKD-Synode in Dresden unmittelbar vorausging, fragte auch nach dem Beitrag des Gottesdienstes für den Frieden.

Dresden ist besonders geeignet, um darüber zu diskutieren, wie Frieden geschaffen und erhalten werden kann. Wenn die Synodalen der VELKD, die auch der EKD-Synode angehören, aus der Fensterfront des Kongresszentrums schauten, blickten sie über die Elbe auf den 88 Meter hohen Turm der Dreikönigskirche. Er war stehengeblieben, während das Kirchenschiff zerstört wurde, als Elbflorenz im Februar vor 75 Jahren in Schutt und Asche sank. Den barocken Gottesdienstraum hatte George Bähr (1666–1738) fertiggestellt, der Erbauer der Frauenkirche.

Ein Arbeitsschwerpunkt der VELKD, die sieben der zwanzig Mitgliedskirchen der EKD umfasst, ist der Gottesdienst. Deswegen richtete sie vor 25 Jahren an der Universität Leipzig ein Liturgiewissenschaftliches Institut ein. Sein Leiter

Alexander Deeg (47), Professor für Praktische Theologie, zeigt in Dresden, wie Gottesdienste Frieden befördern können. „Es gibt Gottesdienste, die in besonderer Weise Frieden hervorbringen.“ Deeg spielt auf die Friedensgebete an, die in der Leipziger Nikolaikirche stattfanden und am 9. Oktober vor dreißig Jahren den Auftakt zu der Demonstration bildeten, bei der rund 70000 Menschen mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ über den Ring zogen.

Luther und Luthertum

Professor Deeg erinnert daran, dass das Wort „Friede“ die Liturgie der Messe, auch der lutherischen, und viele Abschnitte der Bibel (Perikopen) durchzieht, die in den Sonntagsgottesdiensten der deutschen Landeskirchen ausgelegt werden. Deeg warnt davor, den Gottesdienst als Mittel der Friedenserziehung zu instrumentalisieren. Er zitiert den evangelischen Theologieprofessor Stefan Heuser (48), der an der TU Braunschweig Ethik lehrt. Für ihn dient der Gottesdienst dazu, „Gottes Frieden zu empfangen, zu bezeugen und zu tun, nicht Frieden zu produzieren“.

Deeg betont in Dresden, dass die Friedensandachten in der DDR und Ost-Berlin „Ritualgemeinschaften von Christen und Nichtchristen“ waren. Für ihn stellt sich die Frage, ob dies ein Vorbild dafür sein kann, das Abendmahl „aus der Logik der Exklusion zu befreien“. Offiziell laden evangelische Landeskirchen ja nur Getaufte zum Abendmahl ein.

Hans-Richard Reuter (72), der an der Evangelisch-Theologischen Fakultät Münster das Institut für Ethik leitete, betont den Unterschied zwischen Martin Luthers Sicht auf Krieg und Frieden und dem nationalistischen deutschen Luthertum vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Der Professor sieht eine Verbindung von Luthers Überzeugung, dass „niemand Richter in eigener Sache“ sein dürfe, zur Lösung zwischenstaatlicher Konflikte durch internationale Gerichte. Der hannoversche Landesbischof und Leitende Bischof der VELKD Ralf Meister (57) widmet seinen Bericht dem Beitrag der Sprache zum Frieden. Er beleuchtet verschiedene Aspekte, von der „Hate Speech“ bis zur „Sprache der Kirche“.

Ein Arbeitsschwerpunkt der VELKD sind auch die Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche. Der Catholica-Beauftragte der VELKD Karl-Hinrich Mancke (61), Bischof der schaumburg-lippischen Landeskirche, weist in seinem Bericht darauf hin, dass es beim „Synodalen Weg“, den die katholische Kirche Deutschlands beschreitet, wie bei der Amazonassynode Spannungen gebe zwischen „pastoralen Bedürfnissen einer einzelnen Region“ und „der Weltebene“. Aber aus Deutschland könnten „Anregungen kommen“, die „die Diskussion in der Weltkirche“ beeinflussen.

Die Synode der VELKD hat in Dresden einen Impuls des Lutherischen Weltbundes aufgenommen, in kirchlichen Gremien rund zwanzig Prozent der Sitze mit jungen Erwachsenen zu besetzen. So müssen ab der 2021 beginnenden Legislaturperiode acht der fünfzig Synodalen zwischen 18 und 26 Jahre alt sein. ▽



Foto: dpa/Matthias Hiekel

Der barocke Hochaltar überstand beschädigt die Zerstörung der Dresdner Dreikönigskirche am 13. Februar 1945.

Kein Sprint, ein Marathon

Die EKD-Synode zieht in Dresden Zwischenbilanz bei der Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt

KATHRIN JÜTTE

Während der Synodaltagung in Dresden tauschen sich Mitglieder des EKD-Beauftragtenrates, Synodale und von sexualisierter Gewalt Betroffene aus. Ihre Bilanz: „Wir stehen erst am Beginn.“

Die anstrengenden Wochen, die hinter ihr liegen, sieht man Kerstin Claus nicht an. Sie ist Mitglied des Betroffenenrates des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs. Die Vorbereitung ihrer Rede vor den EKD-Synodalen in Dresden kostete sie Kraft und Ausdauer, musste sie doch die Quadratur des Kreises schaffen. Einerseits die Forderungen der Betroffenen von sexualisierter Gewalt gegenüber der evangelischen Kirche deutlich machen, Versäumnisse benennen und andererseits in den Dialog mit der EKD und ihren Synodalen treten. Die 50-Jährige war in den 1980-er Jahren von einem evangelischen Pfarrer in Bayern missbraucht worden. Unter den Folgen leidet sie bis heute. Sie hat lange gekämpft, um gehört zu werden, und nun erfüllt sie dieser Tag auch „mit Stolz“, wie sie in Dresden vor der Presse sagt.

Den Synodalen allerdings hält sie den Spiegel vor und erinnert an das Zitat des EKD-Ratsvorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm aus dem vergangenen Jahr. Er hatte gesagt: „Null Toleranz mit Tätern und Mitwissern“. „Das haben sie in Ihren Landeskirchen noch nicht eingelöst“, mahnt Kerstin Claus. Dass Täter, die Missbrauch begangen haben, noch immer im kirchlichen Dienst tätig sind, weiß auch sie aus eigener leidvoller Erfahrung. Deshalb fordert sie in ihrer Rede nachdrücklich, dass diese nicht weiter in der Verkündigung eingesetzt werden und auch Kirchengemeinden von ihnen erfahren müssten.

Sie ruft die Synodalen dazu auf, eine Haltung zu entwickeln: „Jenseits aller Verfahren muss Täterschaft ausgesprochen und darf nicht hinter Aktendeckeln versteckt werden.“ Und sie fragt weiter:

„Wo bleibt der Satz, der uns Betroffene in den Mittelpunkt stellt?“ Deutlich ist: Ohne klare Haltung wird der anstehende Prozess nicht gelingen. Und: Es wird die Kirche etwas kosten, da ist sich Kerstin Claus sicher: „Sie werden ihren Wesenskern aufgeben, ihre Deutungshoheit.“

Dass institutionelle Aufarbeitung nur gelingen kann, wenn die evangelische Kirche und Betroffene auf Augenhöhe sprechen, wird in Dresden deutlich. Das ist auch die Lehre aus der Auseinandersetzung mit dem Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig. Er hatte kurz zuvor in seiner Rede vor den EKD-Synodalen „die große Entschlossenheit“ der evangelischen Kirche gelobt, den Kampf gegen sexualisierte Gewalt zu führen und die nötige Aufarbeitung zu leisten.


Neuer Betroffenenbeirat

Daraus ergibt sich: Bevor die Kirche handelt, muss sie an die Betroffenen herantreten, sie muss deren Geschichten hören, sie muss sie ernst nehmen, Wut, Trauer und Verbitterung aushalten. Vor allem muss sie ihr Handeln danach ausrichten. Deshalb ist richtig, dass die evangelische Kirche einen Betroffenenbeirat einrichten will. Er soll als „kritisches Gegenüber zur EKD“ die Betroffenenperspektive in die verschiedenen Arbeitsprozesse einbringen. Ab sofort können sich Betroffene für den Rat bewerben, der aus zwölf Personen für die Dauer einer Amtszeit von vier Jahren gewählt wird.

Aber das ist nur ein Punkt der Zwischenbilanz, die die Hamburger Bischöfin und Sprecherin des Beauftragtenrates zum Schutz vor sexualisierter Gewalt Kirsten Fehrs und der bayerische Kirchenjurist Nikolaus Blum in Dresden liefern. Zur Erinnerung: Während der Synodaltagung in Würzburg vor einem Jahr hatten die Synodalen einen Elf-Punkte-Plan zur Aufarbeitung der sexualisierten Gewalt in der evangelischen Kirche verabschiedet.

Einiges ist seitdem geschehen: Die „Zentrale Anlaufstelle.help!“ hat vor fünf Monaten ihre Arbeit aufgenommen. Und eine neue Gewaltschutzrichtlinie legt verbindliche Standards in der Prävention, aber auch für die Intervention fest. Bemerkenswert ist, dass der Begriff der sexualisierten Gewalt noch weiter definiert wird, als es das Strafrecht vorsieht. Das heißt: „Sexuell bestimmtes Verhalten bei Kindern ist immer und ohne Ausnahme sexualisierte Gewalt.“ Ansprech- und Meldestellen sowie Unabhängige Kommissionen in mittlerweile 18 von 20 Landeskirchen bilden den Grundstein für professionelle Unterstützung. Das auch von Kerstin Claus angemahnte Ziel, einheitliche Standards in den Landeskirchen zu etablieren sowie Transparenz und „allgemein gültige Kriterien für die Bewilligung von Leistungen“ zu definieren, ist allerdings noch in weiter Ferne.

Der bayerische Kirchenjurist Nikolaus Blum, neben Fehrs auch Mitglied im Beauftragtenrat, macht in Dresden deutlich, dass die evangelische Kirche weiter auf individuelle Lösungen setzt, die auch „nach Verjährung und ohne strenge Nachweispflicht ihre Wirksamkeit entfalten“. Im Gegensatz zur katholischen Kirche, in der derzeit Entschädigungszahlungen in Höhe von bis zu 400 000 Euro diskutiert werden. Er verweist darauf, dass Forderungen in diesen Größenordnungen zwangsläufig zu Auseinandersetzungen über die Beweisbarkeit von Sachverhalten führen würden, „also genau zu den Verfahren, welche die Betroffenen über lange Zeit stark belasten und retraumatisieren würden“.

Fest steht: „Aufarbeitung ist kein Sprint, Aufarbeitung ist ein Marathon“, sagt Kerstin Claus in Dresden. Und bei aller Kritik formuliert sie am Ende ihre Vision: einer Kirche, die Sprechräume schafft, in der Täter immer machtloser werden, weil sie nicht mehr auf das Schweigen setzen können. Und einer Kirche, in der Kinder und Jugendliche sprechfähig sind und in der ihr Schutz tatsächlich Priorität hat. 

Höfliche Schlacht um den Frieden

Zwei Jahre Arbeit – alles für die Katz? Fast. Die Friedenskundgebung der EKD-Synode

PHILIPP GESSLER

Auf der EKD-Synode in Dresden wurde um das Thema Frieden gerungen. Einen zwei Jahre lang aufwändig erarbeiteten Entwurf für eine Kundgebung zum Thema werteten einige Synodale als wenig gelungen. Aber nach heftiger Redaktionsarbeit hinter den Kulissen fand ein neuer Text dann doch die Zustimmung des Kirchenparlaments.

Matthias Rogg, geboren 1963 im niedersächsischen Wittmund, ist eine schillernde Gestalt. Der Bundeswehroffizier hat über das Bild des Soldaten im 16. Jahrhundert eine prämierte Dissertation geschrieben, leitete einige Jahre das Militärhistorische Museum der Bundeswehr in Dresden und arbeitet seit zwei Jahren an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Daneben ist er Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der dortigen Bundeswehr-Universität – und zusätzlich Mitglied der derzeitigen Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Und in dieser Funktion ließ er am Dienstag Nachmittag auf der Sitzung des Kirchenparlaments in Dresden eine – hier passt das Bild – Bombe platzen: Der Oberst forderte vor den 120 Synodalen, den Kundgebungsentwurf zum Schwerpunkt-Thema „Frieden“ auf der Kirchenversammlung grundlegend zu überarbeiten. Auf Deutsch: in die Tonne mit dem Papier!

Nun kann man jedes Papier überarbeiten und verbessern, auch grundlegend. Aber an diesem Entwurf haben mehrere Evangelische Akademien, elf Landeskirchen und fast alle Friedensfachleute im Raum der EKD zwei Jahre lang intensiv gearbeitet – so lange wie noch an keiner anderen Kundgebung in der viele Jahrzehnte alten Geschichte der EKD-Synoden. Die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) hat zur Vorbereitung des Schwerpunkt-Themas der Synode „Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens“ nicht weniger als zwanzig

Bände zu Fragen der Friedens-Problematik herausgegeben. Und dennoch soll nach dem Willen von Oberst Rogg, der in Uniform vor den Synodalen stand, die Kundgebung noch mal grundlegend überarbeitet werden?

So schnell schossen die Preußen und Nicht-Preußen nicht. Der Kundgebungsentwurf wurde von den Synodalen erst einmal nur an den Themenausschuss verwiesen, der innerhalb weniger Stunden einen neuen Text erarbeiten musste, der dann von der Synode doch noch abgenickt werden sollte. Um diese Aufgabe war das Redaktionsgremium nicht zu beneiden. Denn die Synodalen übten teilweise massive Kritik an dem Kundgebungsentwurf. Und hinter der höflichen Sprache, die üblicherweise auf Synoden gepflegt wird, war in Zwischentönen ein oft grundsätzlicher Zwiespalt untereinander heraus zu hören.

Das hat übrigens Tradition. So wie man sich zu Zeiten des NATO-Doppelbeschlusses Anfang der 1980-er-Jahre in der alten Bundesrepublik und in den 1990-er-Jahren zur Frage der Militärseelsorge in den der EKD beitretenden Kirchen Ostdeutschland gefetzt hat, ging es auf den Synoden meistens rund, wenn das Friedenthema aufgerufen wurde. Erst die große EKD-Denkschrift von 2007 „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ hat zu einer gewissen Befriedung in dieser Frage beigetragen.

In ihr hatte sich die EKD klar für den Vorrang gewaltfreier, ziviler Instrumente der Konfliktbearbeitung ausgesprochen. Unter dem Leitbild eines „Gerechten Friedens“ (im Gegensatz zur alten Lehre vom „Gerechten Krieg“) wurde der Einsatz militärischer Mittel ausschließlich als „rechtserhaltende Gewalt“, als ultima ratio, akzeptiert, und das nach sehr engen und strengen Kriterien. Der Friedensbeauftragter des Rates der EKD, Renke Brehms, sagte auf der Synode in Dresden, das Leitbild der zwölf Jahre alten Denkschrift vom „Gerechten Frieden“ habe sich bewährt.

Neue Gefährdungen

Seitdem ist aber viel Wasser die Elbe hinab geflossen – und es gibt ganz neue Gefährdungen des Friedens in der Welt: Der Klimawandel, der in der Denkschrift von 2007 als Konfliktursache kaum vorkommt, ist immer deutlicher geworden. Hinzu kommt, dass die Folgen des Klimawandels tatsächlich die Zahl der Konflikte in der Welt ansteigen lässt, wie Kira Vinke vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung auf der Synode eindrucksvoll darstellte. Die Forscherin sitzt zugleich im *Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung* der Bundesregierung.

Die geplante Kundgebung der Dresdner Synode sollte das alles auffangen – und man sah dem sechseinhalb-seitigen



Foto: Philipp Gessler

Papier an, dass darin viel Expertise, aber auch viele Kompromisse Eingang gefunden hatten. Das lag auch daran, dass die Kundgebung neben dem äußeren Frieden auch dem inneren, also gesellschaftlichen Frieden viel Platz einräumte. Und wer wollte bestreiten, dass beides am Ende zusammenhängt? Nur machte es die Fülle an unfriedlichen Situationen weltweit und hierzulande schwer, daraus einen knackigen Text zu formulieren.

Oberst Rogg erklärte zudem auf der Synode, die völkerrechtliche Ächtung von Atomwaffen (Stichwort: „Global Zero“) sei nicht zu anzuraten, denn wäre die Welt ohne Atomwaffen wirklich sicherer? Dem hielt der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm entgegen, dass sich die Kirche für einen Beitritt der Bundesrepublik zum Atomwaffenverbotvertrag aussprechen solle – ihn haben schon 122 Staaten unterschrieben. Und dies war nur eine Kritik am Papier auf der Synode.

Aber es half nichts. So wurde eben der Entwurf der Kundgebung zum Frieden in Dresden anderthalb Tage lang hinter den Kulissen noch massiv redigiert – und am Ende von den Synodalen verabschiedet. Eine besonders umstrittene Passage zum Atomwaffenverbotvertrag lautet nun: „Politisches Ziel bleibt deshalb ein Global Zero: eine Welt ohne Atomwaffen. Während dieses Ziel breiter Konsens ist, ist der Weg dorthin umstritten. Dennoch erscheint uns heute angesichts einer mangelnden Abrüstung, der Modernisierung und der Verbreitung der Atomwaffen die Einsicht unausweichlich, dass nur die völkerrechtliche Ächtung und das Verbot von Atomwaffen den notwendigen Druck aufbaut, diese Waffen gänzlich aus der Welt zu verbannen.“

So landeten insgesamt weichere Formulierungen als im ursprünglichen Entwurf in der Schlussfassung der Kundgebung, was gerade den Friedensfachleuten und -gruppen im Raum der EKD aufstieß. Der EKD-Friedensbeauftragte Brahm zeigte Verständnis für Kritik an der schließlich verabschiedeten Kundgebung. „Ich kann verstehen, dass manche hier deutlichere Worte erhofft haben“, erklärte er. Aber: „Die EKD hat sich klar für die Ächtung dieser Massenvernichtungswaffen ausgesprochen, ebenso wird der Atomwaffenverbotvertrag unterstützt.“ Klar sei, dass dies ein langer Weg sei. Er müsse eben mit Geduld gegangen werden. ◀

Vom Osten lernen

Die kleiner werdende Kirche der Zukunft wirft große Schatten

STEPHAN KOSCH

Chronos war kein Sympathieträger. In der griechischen Mythologie stand er, später oft dargestellt mit Stundenglas und Sichel, für das unbarmherzige Fortschreiten der Zeit. So gesehen war es ganz passend, dass die Synodalen in Dresden dieser Figur in der Rede des Ratsvorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm begegneten. Denn die Zeit der Kirche, zumindest so, wie wir sie kennen, läuft ab. Bis 2060 wird die Zahl der Kirchenmitglieder um die Hälfte sinken.

Heinrich Bedford-Strohm setzte dem Prinzip des Chronos das der mythologischen Figur Kairos entgegen, der Jüngling mit Flügeln, der nicht zu fassen und doch so wirkungsvoll ist. Er zündet „göttliche Funken“, die in Gang bringen, was sonst nicht gelingen will. „Für uns als Kirche heißt das: Warten lernen auf solche Kairos-Momente“, mahnte Bedford-Strohm. Denn die größte Herausforderung für die Kirche sei ja nicht, dass sie zu wenig tue, sondern, „dass wir zu wenig hören, auf Gott hören, seinen Wegen nachspüren und unser Tun darauf ausrichten, den Erfolg unseres Tuns in seine Hand legen“. Was aber nicht bedeute, die Hände in den Schoß zu legen. „Niemand sollte Aktivität und Kontemplation gegeneinander ausspielen.“

Der Ratsvorsitzende verwies rhetorisch geschickt auf das Beispiel der Kirchen in der DDR und ihre Rolle bei der politischen Wende vor dreißig Jahren. Die „enge Verbindung von Frömmigkeit und gesellschaftlichem Engagement“ sei eine der wichtigsten Erfahrungen, die die EKD von der Kirche der DDR aufnehmen könne. Eine kleiner werdende Kirche muss nicht an Bedeutung verlieren, so die Botschaft an die Synodalen. Die Präses der Synode, Irmgard

Schwaetzer, nahm den Ball in ihrer Rede auf. „Unsere Kirche wird in zwanzig oder vierzig Jahren sehr anders aussehen. Und wir haben die Möglichkeit, diese Veränderung zu

gestalten.“ Das werde zu schwierigen Abschieden führen, denn es betreffe auch „die Strukturen, Gesetze und Formate, die nur noch für einen sehr kleinen Kreis sinnvoll erscheinen, jedoch auf das Ganze des kirchlichen Lebens gesehen keine Resonanz hervorrufen. Wir brauchen Kraft, um uns

davon zu trennen und Freiraum für Neues, Anderes zu schaffen.“

Was das genau bedeutet, soll im kommenden Jahr unter anderem gemeinsam mit dem sogenannten „Z-Team“ erarbeitet werden, das die Erfahrungen aus dem Reformationsjubiläum aufnimmt und in Dresden Grundüberlegungen zur „kleiner werdenden Kirche der Zukunft“ mit den Synodalen teilt. Noch blieb der Bericht schlagwortartig, forderte eine stärkere Vernetzung der kirchlichen Arbeit, ein dynamisches Mitgliedschaftsrecht mit unterschiedlichen finanziellen Belastungen und den „Rückbau von gewachsenen, aber verbrauchten Routinen und resonanzlosen kirchlichen Aktivitäten“. Dem ist schwer zu widersprechen, die Konkretisierung wird aber gewiss zu Konflikten führen. Zumal es ja auch um Geld geht. Die EKD will ihre Ausgaben um ein Drittel bis 2030 senken. Das bedeutet, dass bestimmte Arbeitsbereiche künftig mit deutlich weniger Geld auskommen müssen oder ganz aufgegeben werden. Welche das sein werden, wird schon bald klar gesagt werden müssen. Denn die kommende Synode 2020 in Berlin soll ganz im Zeichen dieser Debatte stehen. ◀



Foto: Rolf Zellner

Geht es auch ohne?

Der Sonntagsgottesdienst scheint zum Auslaufmodell zu werden

THOMAS KLATT

Nur drei bis vier Prozent aller evangelischen Kirchenmitglieder gehen regelmäßig in den Sonntagsgottesdienst.

Ist er deswegen verzichtbar und sollte durch zielgruppenorientierte Gottesdienste ersetzt werden? Darüber wird unter Gemeindemitgliedern und Theologen diskutiert. Der Journalist Thomas Klatt beschreibt die unterschiedlichen Positionen.

Die so genannte Kirchgangsstudie der EKD hat es an den Tag gebracht: Die allermeisten Christen spricht der Sonntagsgottesdienst schon lange nicht mehr an. Er dient vor allem der Selbstbestätigung derjenigen, die zum harten Kern der Gemeinde gehören, also höchstens drei bis vier Prozent aller Kirchensteuerzahler. Zudem findet eine immer größere Ausdifferenzierung der Gottesdienste statt, vom Krabbel-Familiengottesdienst bis zum Motorrad- oder Ebaygottesdienst mit zuvor online versteigertem Predigtthema irgendwann in der Woche. Wenn Menschen in eine Kirche gehen, dann suchen sie vor allem die Ruhe des sakralen Raumes und den Genuss der Musik. Wozu sollte eine Gemeinde dann aber überhaupt noch regelmäßig jeden Sonntag Gottesdienste anbieten?

In der Evangelischen Kirchengemeinde Prenzlauer Berg Nord in Berlin etwa wird derzeit darüber nachgedacht, an zwei von drei Predigtstandorten keine regelmäßigen Sonntagsgottesdienste mehr anzubieten. Das sorgt für Unruhe unter den Gemeindemitgliedern: „Ohne Gottesdienste merkt man vom christlichen Glauben in unserer Gesellschaft relativ wenig. Du sollst den Feiertag heiligen, und dazu zählt für mich der Sonntag“, sagt etwa Hansjürg Schößler. Und Martin Gagel ergänzt: „Sonntagsgottesdienste sind Anfang und Ende der Woche. Sie sind Sammelort für alle unterschiedlichen Gruppen in der Gemeinde. Und sie sind Schutzraum für Leute, die einsam sind,

die suchen. Es ist der einzige Tag, an dem die Kirche sicher offen ist.“

Aber von mehreren Tausend Gemeindegliedern gehen kaum mehr als einhundert Menschen in den allsonntäglichen Gottesdienst, manchmal nur wenige Dutzend. Ist es da nicht sinnvoll, die Frequenz an den schwächer besuchten Gottesdienststandorten auszudünnen? „Ich finde es einfach wichtig. Ob es sich lohnt, sei dahingestellt. Ich finde das muss bleiben“, zeigt sich Dorothee Börtzler hartnäckig.

In Hannover bei der Evangelischen Kirche in Deutschland denkt man da schon anders. Cheftheologe Thies Gundlach, Vizepräsident des EKD-Kirchenamtes, hält nichts davon, auf Biegen und Brechen am Sonntagsgottesdienst festzuhalten. „Der Sonntagsgottesdienst ist eine zentrale Veranstaltung, aber nicht die einzige. Das soll man in großer evangelischer Freiheit vor Ort reflektieren. Wir sollten den Kollegen nicht aufs Auge drücken, dass sie unbedingt jeden Sonntag einen Gottesdienst anbieten müssen, egal ob jemand kommt. Das ist eine Ideologie, die ich nicht teilen kann“, erklärt Gundlach.

Für Engagierte

Die aktuelle EKD-Studie der Liturgischen Konferenz hebt hervor, dass der Sonntagsgottesdienst insbesondere für Mitarbeitende und ehrenamtlich Engagierte wichtig ist. Er diene vor allem der Selbstvergewisserung. Wolle man aber die große Mehrheit der Kirchensteuerzahler erreichen, vielleicht sogar kirchenferne Menschen missionieren, müsste sich das Pfarrpersonal etwas anderes einfallen lassen, sagt Thies Gundlach weiter: „Andere Gottesdienstformen haben auch hohe Bedeutung. Prüft alles und behaltet das Gute! Schaut, ob die Gottesdienste, die ihr mit Liebe und Intensität und Qualität macht, auch noch andere erreichen als die schon Engagierten.“

Der aktuelle Trend heißt „Thematische Zielgruppengottesdienste“, also

spirituelle Angebote für bestimmte Personengruppen statt einen Sonntagsgottesdienst für alle. Zukünftig wird es wohl vermehrt Spezialpredigten und -liturgien geben für Paare mit Kinderwunsch, Schwangere, Krabbelkinder, Vor-Kita, Kita-, Vorschul-, Grundschul- und Hochbegabtenkinder... Von der Wiege bis zur

*Von der Wiege
bis zur Bahre
für jede
Lebenslage?*

Bahre für jede Lebenslage? Die Menschen gehen nicht mehr in die Kirche, sondern die Kirche kommt zu den Menschen?

Für den Vizepräsidenten des EKD-Kirchenamtes ist das grundsätzlich der richtige Weg. „Das ist eine kluge Reaktion unserer Kirche auf die Ausdifferenzierung unserer Gesellschaft. Der Sonntagsmorgengottesdienst steht in der geistlichen Tradition einer ländlichen, von Bauern geprägten Gesellschaft. Aber viele Menschen haben heute einen anderen Biorhythmus“, sagt Thies Gundlach.

Die Mitte der Gemeinde sei zwar weiterhin der geglaubte Jesus Christus, nur der sei an verschiedenen Orten. Die Gesamtgemeinde komme auch in Familiengottesdiensten oder Konzerten zusammen. Die Gemeinde sei eben pluraler geworden, und darauf müsse das Pfarrpersonal mit flexiblen Angeboten reagieren.

Doch da gibt es Widerspruch, nicht nur bei treuen Gottesdienstbesuchern. Für die Berliner Kirchenhistorikerin Dorothea Wendebourg etwa sind die neuesten EKD-Überlegungen zur Relativierung des Sonntagsgottesdienstes eine geradezu unevangelische Entwicklung. „Es gibt keine Kirche als Gemeinschaft, wenn sie sich nicht im regelmäßigen Zusammenkommen um Wort, Sakrament, Gebet definiert und auch vollzieht“, sagt Wendebourg. Und weiter: „Der Laden fällt sonst vollends auseinander. Wir brauchen dann keine studierten Theologen mehr, keine



Keine Ausnahme: Leere Bankreihen prägen so manchen Sonntagsgottesdienst.

wissenschaftliche Bibelauslegung. Wir könnten ein Sozialverein werden. Wir können uns bei Greenpeace anketten oder beim Paritätischen Wohlfahrtsverband. Aber Kirche definiert sich als *communio sanctorum*, als Gemeinschaft der Heiligen.“ Und das nicht immer wieder zu speziellen Kinder-, Jugend-, Eltern- oder Seniorengewebten, sondern in der zentralen Zusammenkunft aller Christen der Gemeinde und ihrer Gäste am Sonntag.

Allerdings mache es das Pfarrpersonal dabei den Gläubigen allzu oft schwer. „Wir haben viel zu viele Gottesdienste, die Leerlauf bieten, die anöden, die den Menschen verdummen. Wir haben zu

viele Pastoren, die einem Sachen zumuten, die man sich als denkender Mensch nicht zumuten lassen muss. Der Gottesdienst ist weitgehend leer, weil er schlecht ist, und hat natürlich keine Ausstrahlung, weil er leer ist. Das ist eine schlimme Zirkelbewegung“, sagt die evangelische Kirchenhistorikerin. Nur weil Gottesdienste schlecht gemacht seien, heiße das aber nicht, dass sie nicht mehr wichtig seien. Für Dorothea Wendebourg ist der Sonntagsgottesdienst unaufgebbar, gerade auch um der Professionellen willen: „Wir haben eine Entwicklung, in der viele Pfarrer Aktivitäten ohne Ende entwickeln. Die haben dann einen Burnout, und was

es noch so gibt, aber sie haben kein Zentrum ihrer Aktivität. Das Zentrum kann nur ein geistliches sein.“

Auch für Pfarrer Steffen Reiche aus der evangelischen Kirche Berlin-Nikolassee bleibt der Sonntagsgottesdienst Zentrum der Gemeinde. Die mangelnde Akzeptanz bei den Gläubigen habe vor allem etwas mit seinem eigenen Berufsstand zu tun. „Die meisten Gemeinden sind doch leer gepredigt von Pfarrern, die nichts zu sagen haben. Von Pfarrern, die sich nicht genügend gut vorbereiten. Von Pfarrern, die keinen Glauben mehr haben“, schimpft der ehemalige brandenburgische Landesminister.

Kollegenschelte

Allzu oft jammerten Pfarrer, sie hätten keine Zeit. Wenn, dann nur, um spezielle Gottesdienste für bestimmte Gemeinde- und Gesellschaftsgruppen vorzubereiten, vom Krabbelgottesdienst bis zu Andachten im Altenheim. Das aber sei Unsinn, kritisiert der evangelische Theologe seine eigenen Kollegen:

„Der Pfarrberuf ist der freieste Beruf, den es in Deutschland gibt. Wenn man ein wenig im Studium oder im Leben gelernt hat, sich selbst zu organisieren, bleibt genug Zeit, auch diese Sondergottesdienste als Angebot für Menschen in besonderen Situationen zu machen. Aber die Argumentation, dass man dafür das Zentrum vergessen sollte, das ist schlicht absurd.“

Steffen Reiche bringt seine Kollegenschelte auf den Punkt. Im Grunde seien viele Theologinnen und Theologen auf ihrer Stelle falsch, wenn sie die Predigt und die Zuwendung zur Gemeinde lediglich als Job auffassen: „Ich habe noch nie am Sonntag gearbeitet. Wer als Pfarrer am Sonntag arbeitet, der hat nichts vom Evangelium verstanden. Der hat seine Aufgabe, seine Rolle im Gottesdienst nicht verstanden. Ich feiere mit der Gemeinde gleichberechtigt Gottesdienst, habe zwar eine besondere Rolle, die ich aber gerne übernehme und die mir selber auch Freude macht und die mir Kraft gibt und nicht Kraft nimmt.“

Wer jedoch seine eigene Predigt nicht ernst nehme, den würden auch die Menschen nicht ernst nehmen. Von daher sei jeder Sonntagsgottesdienst ein lebendiger Prozess. Reiche selbst beschäftigt sich die

ganze Woche über mit der Predigtperikope, macht sich Notizen und denkt nach über das, worüber er am Sonntag reden will. Der Bibeltext müsse vom lebendigen Glauben her durchdacht, durchbetet, durchknetet werden. „So dass Menschen merken, da gibt jemand keine vorgeplanten Antworten, sondern da kommt jemand am Sonntag aus dem Gespräch mit Gott, aus dem Gespräch mit der Gemeinde und gibt seine eigenen Erfahrungen wieder“, sagt Reiche.

Das bedeute nicht, dass man nicht auch mit neuen Formen experimentieren könne. Die Gottesdienstnachbesprechung heißt in Nikolassee etwa „Predigt und Pasta“: ein einfaches aber leckeres Mittagessen im Tennis-Club vis-à-vis, zu dem viele Predigthörer gerne kämen

Die Kirchgangsstudie der EKD hat hervorgebracht, dass viele Menschen neben der Musik besonders die Architektur und die Atmosphäre des sakralen Raumes schätzten. Wäre es da nicht sinnvoll, den Gläubigen genau das zu bieten? Eine Aufsichtsperson hält die Kirche permanent offen. Musik wird vom Band abgespielt. An Audiostationen können sich Interessierte per Kopfhörer die besten Predigten der letzten Jahre als Podcast anhören. Sollte es wirklich mal eine Taufe oder eine Beerdigung geben, so könnten das auch Bestattungs-Redner oder freie Theologen

übernehmen. Wäre das nicht alles wesentlich effektiver und kostengünstiger als das in der Regel A13-Gehalt beziehende Pfarrpersonal?

Nein, sagt Steffen Reiche. Er sieht sich als lebendiger Hirte und Begleiter seiner Gemeinde. Kein Beruf, eher eine Berufung, die nicht mal eben von Teilzeit- oder Honorarkräften übernommen werden kann. Und: „Predigt ist keine Konserve. Predigen heißt doch in eine Gemeinschaft, die sich an diesem Ort, an diesem Tag trifft, so hineinzureden, dass die Menschen merken, sie sind gemeint. Dass ein Pfarrer nicht neben seiner Gemeinde, sondern mit seiner Gemeinde, in seiner Gemeinde lebt.“

Unaufgebbarer Pfarrerberuf

Da ist dann auch Thies Gundlach von der EKD ganz bei seinem evangelischen Kollegen aus Berlin. Der Pfarrberuf sei unaufgebbar. Und damit eben auch die direkte und lebendige Auslegung des Wortes Gottes in der Kirche. „Jede Predigttheorie beginnt damit, dass die Performance, die Ansprache, das direkte Wort nicht vergleichbar ist mit einem vorgelesenen Text oder gar einer aufgenommenen Predigt. Die Erzeugung einer Atmosphäre, auch Emotion, das kann man nie ganz ersetzen“, erklärt Gundlach.

Nur muss das unbedingt an jedem Sonntagmorgen sein? Wenn die EKD alle Sonntagsgottesdienste aufgäbe, würden das doch nur drei bis vier Prozent der evangelischen Christen merken, also die regelmäßigen Besucher. Zwar gäbe es dann eine gewisse Einbuße bei den Kollekten, aber der Großteil der Kirchensteuereinnahmen würde weiter sprudeln. Denn die allermeisten Kirchensteuerzahler liegen am Sonntagmorgen im Bett, arbeiten oder gehen Hobbys nach. Dieses Gedankenspiel ist dann selbst für Thies Gundlach zu viel: „Ich bezweifle die These, dass das keiner merkt von den 96 Prozent. Weil es schon den Grundgedanken gibt, dass sich am Sonntag die Christen auch stellvertretend für viele andere treffen und beten. Das ist eine emotionale Wahrnehmung für die, die da nicht hingehen. Es ist eine relativ wichtige Dimension zu wissen, da wird geläutet, da gehen Menschen hin, die beten. Ich selbst zwar nicht, aber ich bin froh, dass das gemacht wird.“

Sollte der regelmäßige Sonntagsgottesdienst also doch nicht aufgegeben werden? Anscheinend hat sich die EKD noch nicht festgelegt, welcher Linie sie folgen soll, der Tradition oder der individualistischen Moderne. Angesichts dieser eindeutigen Uneindeutigkeit scheint eines sicher: Die innerevangelische Diskussion wird weiter gehen. ◀



Foto: epd/ Andreas Schoelzel

Es geht auch anders: Familiengottesdienste sind in vielen Gemeinden gut besucht.

Tot und lebendig zugleich

Was Schrödingers Katze mit der Suche nach dem Supercomputer zu tun hat

REINHARD LASSEK

Vor einigen Wochen meldete Google, dass erstmals ein vom Konzern entwickelter Quantencomputer eine Aufgabe erledigt hat, an der herkömmliche Rechner scheitern würden. Aber welche physikalischen Gesetze stecken hinter der so genannten Quantenüberlegenheit? Der Wissenschaftsjournalist Reinhard Lassek führt ein in die verwirrende subatomare Welt.

Falls die Quantenmechanik recht habe, so Albert Einsteins berühmter Einwurf, müsse die Welt „verrückt“ sein. Und in der Tat, Quanten sind das Verrückteste, was es in der Physik zu beobachten gibt. Sie gleichen nämlich keineswegs winzigen kleinen Billardkugeln. Sie sind „Teilchen“ der ganz anderen Art und verhalten sich dementsprechend auch alles andere als „klassisch“. Sie sind Botschafter einer anderen Welt als der, die wir alltäglich erleben. In der Quantenwelt wird möglich, was „normalerweise“ unmöglich ist: Gewissheiten mutieren zu Wahrscheinlichkeiten, Ursache und Wirkung verschwimmen, Kausalitäten werden auf den Kopf gestellt.

Um zwei Absurditäten der Quantenwelt – die so genannte Superposition und die Verschränkung – beispielhaft vor Augen zu führen, entwickelte der österreichische Physiknobelpreisträger Erwin Schrödinger 1935 ein Gedankenexperiment: In einer verschlossenen Kiste befinden sich eine Katze, eine Ampulle tödlichen Gifts sowie eine radioaktive Strahlungsquelle. Aufgrund der Quantensuperposition und Verschränkung ist die Katze nun gleichzeitig tot und lebendig – solange jedenfalls wie die Kiste verschlossen bleibt. Wie ist das möglich? Nun, wem das Schicksal der Katze nicht gleichgültig ist, dem sei der folgende Quanten-Crashkurs empfohlen. Denn „Schrödingers Katze“ hat nichts an Aktualität eingebüßt. Die Katze lässt das Mäusen nicht. Dazu später mehr.



Foto: dpa/Alessandra Schnellnegger

Veranschaulichung von Schrödingers Gedankenexperiment im Deutschen Museum München.

Zur Begrifflichkeit: In der Quantenmechanik treten physikalische Größen nur in ganz bestimmten, diskreten Portionen (Quanten) auf. Das Quantum ist eine Einheit, die nicht weiter zerlegt werden kann. Nicht nur alle Materie unterliegt der Quantelung, sondern auch die Energie. Quanten definieren zudem mehr als nur die jeweils kleinste Mengeneinheit. Sie bezeichnen auch Zustände oder den Wechsel von Zuständen.

Überforderter Verstand

Bereits Einsteins Relativitätstheorie stellt die menschliche Vorstellungskraft nachhaltig auf die Probe. In der Quantenmechanik kommt alles noch viel schlimmer: Sie überfordert per se den menschlichen Verstand. Da wundern sich nicht nur Laien. Auch Physiknobelpreisträger kommen aus dem Staunen nicht mehr heraus. Daher zunächst ein Quantum Trost für all diejenigen, denen die moderne

Physik ohnehin wie ein Buch mit sieben Siegeln vorkommt: „Wen die Quantenphysik nicht verwirrt“, so der Atomphysiker Niels Bohr, „der hat sie nicht wirklich verstanden.“

Was da so „verwirrend“ ist, versteht nur, wer weiß, was eigentlich „normal“ ist. Rund dreihundert Jahre lang stand jedenfalls die klassische Mechanik für unangreifbare Normalität. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts kamen sodann mit der Relativitätstheorie und mit der Quantenmechanik gleich zwei bahnbrechende physikalische Theorien auf, die der klassischen Mechanik ihre Grenzen aufzeigten. Sie machten Isaak Newtons Physik quasi im Doppelschlag zum Grenzfall. Mehr noch, sie überwandern deren Grenzen und entwickelten – obwohl auf der klassischen Mechanik fußend – völlig neue physikalische Konzepte.

Einsteins Relativitätstheorie beschreibt die äußere Struktur des Universums. Quasi ein Reich der Riesen, in dem

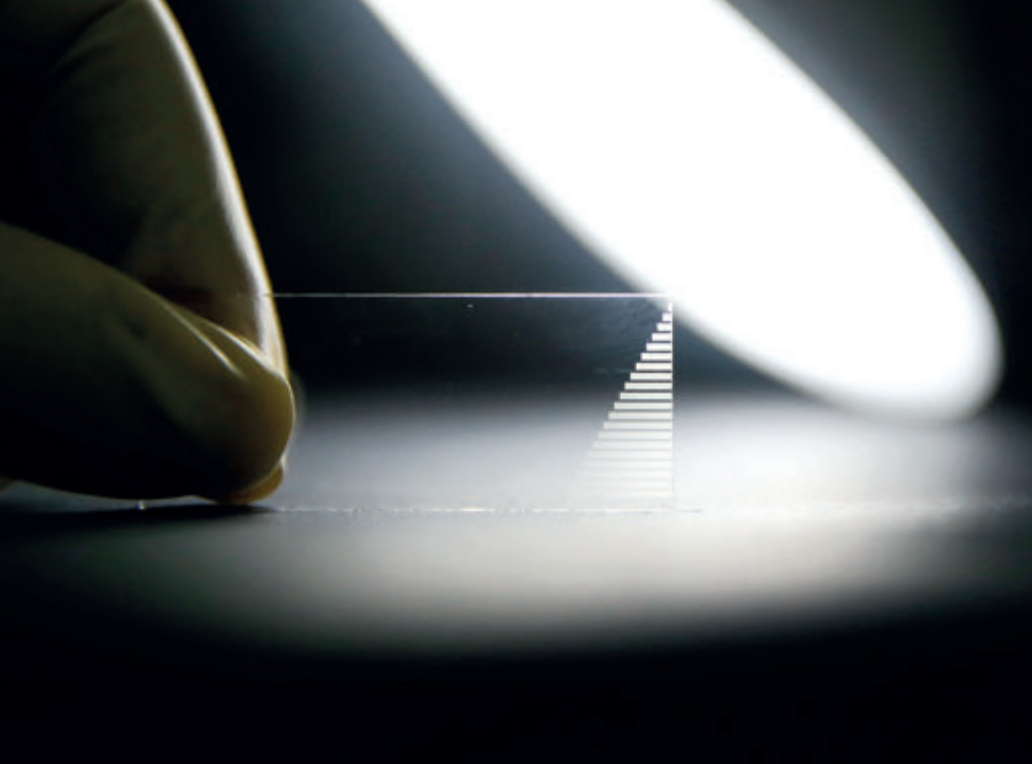


Foto: dpa/Ding Ting

Ein photonischer Quantenchip, der 2018 in Shanghai präsentiert wurde.

mit Größen von Milliarden von Lichtjahren zu rechnen ist. Die Quantentheorie hingegen beschreibt die innere Struktur der Materie. Ein Reich der Zwerge, in dem es auf den milliardstel Teil eines milliardstel Meters ankommt. Nils Bohr und Arnold Sommerfeld sind die wichtigsten Wegbereiter für die hernach vor allem von Werner Heisenberg und Erwin Schrödinger ausformulierte Quantenmechanik.

Neben der Dimension – Makro- oder Mikrokosmos – gibt es noch einen weiteren fundamentalen Unterschied: Einstein räumt zwar ein und für allemal mit dem

zum kopernikanischen Sonnensystem. Das Wasserstoffatom besteht aus einem positiv geladenen Kern (Proton), der vom negativ geladenen Elektron – wie die Sonne von der Erde – umkreist wird. Werner Heisenberg jedoch erkennt, dass Proton und Elektron in Wirklichkeit gar keine Bahnen einnehmen, sondern lediglich Bereiche, in denen sie sich mit allerdings exakt berechenbarer Wahrscheinlichkeit aufhalten. Nach Heisenbergs „Unbestimmtheits-Relation“ verändert jede Ortsmessung etwa eines Elektrons unweigerlich dessen Impuls – also die Geschwindigkeit des gerade anvisierten Teilchens. Das heißt, der Impuls wird durch die Ortsbestimmung „ganz unbestimmt“. Umgekehrt verändert eine Impulsmessung den Ort, so dass der Ort „ganz unbestimmt“ wird. Ort und Impuls des Elektrons können demnach zwar jeweils für sich genommen „beliebig genau“ bestimmt werden, sind aber niemals gleichzeitig „beliebig genau“ zu ermitteln. Denn die Messung der einen Größe verhindert stets die Bestimmung der anderen – komplementären – Größe.

Präzise Ungenauigkeit

Millionenfach und mit schier unfassbarer Präzision ist Heisenbergs Relation experimentell bestätigt worden. Denn „Unbestimmtheit“ heißt nicht etwa „Ungenauigkeit“ oder „Unschärfe“ der physikalischen Messungen – wie oftmals kolportiert wird. Es geht vielmehr um die Aufkündigung des herkömmlichen Kausalitätsprinzips. Mit „Unschärfe“ ist eigentlich „Unsicherheit“

gemeint. Denn die entscheidenden Prozesse im Innersten der Materie beruhen nicht auf linearen Ursache-Wirkungs-Ketten, sondern auf Wechselwirkungen. Es gibt zwar einen berechenbaren Wahrscheinlichkeitsrahmen für Zustandsänderungen, doch zur zweiwertigen Logik des „Sein“ oder „Nichtsein“ tritt als Drittes das „Möglichsein“ hinzu.

Sind physikalische Prozesse nun vom Anfang her – also durch Ursachen – definiert? Oder werden sie gar vom Ende her bestimmt – nämlich durch ihre größtmögliche Wirkung? Letzteres legt die Quantenmechanik nahe. Denn in der Welt der Quanten ist die zeitliche Abfolge zweier physikalischer Zustände oftmals gar nicht feststellbar. Ob ein Ereignis „A“ zu „B“ führt oder ob nicht „B“ vielmehr „A“ verursacht, bleibt unbestimmt. Und das liegt eben gerade nicht daran, dass diese Information noch irgendwo im Verborgenen liegt. Dann ließe sich ja eine geeignete Apparatur ersinnen, um diese Information herauszulesen. Nein, der wahre Grund ist: Es gibt diese Information gar nicht. Niemand weiß, wer eigentlich wen beeinflusst und wie. Die Quantenwelt ist quasi ein Reich ohne Reihenfolge. Und die Abläufe überlagern einander so, dass Ursache und Wirkung verschwimmen.

Die Quantenphysik feigt somit nicht nur das klassische Bild von „Realität“ hinweg, sondern sie zerstört auch das Präzisionsideal der Physik. Es ist nicht mehr länger sinnvoll, nach der „Weltformel“ zu suchen. Die Gesetze der Quantenwelt verhindern prinzipiell, dass wir jemals in der Lage sein werden, alles über die physikalischen Gegebenheiten der Welt zu erfahren. Carl-Friedrich von Weizsäcker hat diese prekäre Lage so zusammengefasst: „Die Physik erklärt die Geheimnisse der Natur nicht, sie führt sie auf tiefer liegende Geheimnisse zurück!“

Superposition und Verschränkung – jene beiden Quantenphänomene, die „Schrödingers Katze“ gleichzeitig tot und lebendig erscheinen lassen – sind nicht nur theoretisch von besonderer Bedeutung. Sie sind in realen Experimenten – wobei die Rolle der Katze von einem Quant übernommen wird – zweifelsfrei darstellbar. Dies macht den Spuk zwar nicht erklärlich, aber immerhin für praktische Anwendungen nutzbar. Schrödingers Gedankenexperiment hilft die Implikationen zu veranschaulichen.

Ein Reich der Zwerge, in dem es auf den milliardstel Teil eines milliardstel Meters ankommt.

Konzept eines absoluten und universellen Raum-Zeit-Begriffs auf, doch seine Theorien der Relativität verlassen insofern nicht den Boden der klassischen Physik, als bei jeder mathematischen Formulierung eines physikalischen Problems noch von „real“ in der Außenwelt existierenden Größen ausgegangen wird. Quantenmechanische Gesetze und Gleichungen handeln indes im Grunde genommen nicht mehr von der „Welt“, sondern „nur“ noch von dem, was die Wissenschaft von der „Welt“ in Erfahrung bringen kann. Die grundlegenden Naturgesetze stehen nunmehr in Abhängigkeit von Größen, die es in der sinnlich zugänglichen Natur gar nicht gibt.

Zur Erinnerung: Nils Bohr konstruiert sein Atommodell noch in Analogie

Zur Superposition: Befindet sich ein Quantenteilchen in einem Zustand mit zwei möglichen Werten, so hat es keinen tatsächlichen Wert, sondern lediglich das Potenzial dazu. Dieser Zustand wird Superposition genannt, da es eine Vielzahl von Wahrscheinlichkeiten gibt, den einen oder anderen der beiden möglichen Zustände einzunehmen. Der Unterschied etwa zum Münzwurf ist also, dass Quanten im Zustand der Superposition eigentlich noch gar keinen Wert wie „Kopf“ oder „Zahl“ besitzen, sondern lediglich Wahrscheinlichkeiten. Das Teilchen kollabiert gewissermaßen erst im Moment der Messung zu einem konkreten Wert.

Katze in der Kiste

Zur Quantenverschränkung: Zwei oder auch mehr Teilchen, die bei ein und demselben Vorgang entstehen, können für immer miteinander verbunden sein. Diese Verschränkung bleibt selbst dann wirksam, wenn die Teilchen räumlich getrennt werden. Jede Zustandsänderung, die in dem einen Teilchen stattfindet, wird sogleich auch vom anderen Teilchen gespiegelt. Und zwar instantan, also ohne jeglichen Zeitverzug und zudem auch noch unabhängig davon, wie weit die Teilchen voneinander entfernt sind. Einstein hielt dies für unmöglich, da die Teilchen ja mit Über-Lichtgeschwindigkeit kommunizieren müssten.

Um Skeptiker wie Einstein, von der absurden Realität der Quantenmechanik zu

überzeugen, brachte Schrödinger folgendes Gedankenexperiment in die Diskussion: In einer verschlossenen Kiste befinden sich ein mikroskopisches Quantensystem (radioaktive Strahlungsquelle) sowie zwei makroskopische Objekte – nämlich jene Ampulle mit tödlichem Gift sowie eine Katze. Leben und Tod der Katze hängen nun davon ab, ob ein Quantenereignis – nämlich der radioaktive Zerfall eines Atoms – über einen Mechanismus das Gift der Ampulle freigibt. Der radioaktive Zerfall eines Atoms ist jedoch ein von der Wahrscheinlichkeit beherrschtes Quantenereignis. Und Quanten wie ein zerfallendes Atom sind durch Superposition charakterisiert – also durch verschiedene sich überlagernde Zustände, die einander nicht behindern. Das bedeutet, die Katze kann gleichzeitig tot und nicht tot sein. Vor dem Öffnen der Kiste wissen wir also nichts über den Zustand der Katze, da beide Möglichkeiten in Superposition sind. Welchen Zustand die Katze einnimmt, erfahren wir erst in dem Moment, wenn die Kiste geöffnet wird. Denn die Quantensuperposition wird grundsätzlich erst durch die Messung aufgelöst bzw. zerstört.

Bei „Schrödingers Katze“ spielt zudem auch die Quantenverschränkung eine Rolle. Denn in der Kiste nehmen ja sowohl der Atomkern als auch die Katze jeweils zeitgleich zwei Zustände ein. Wird die Kiste geöffnet, ist also der Atomkern unversehrt oder zerfallen und die Katze tot oder lebendig. Quantenterminologisch ausgedrückt sind also Atomkern

und Katze oder deren Superpositionen miteinander verschränkt.

Erstaunlicherweise müssen derart spukhafte Erscheinungen wie Superposition und Verschränkung gar nicht kausal verstanden sein, um Anwendungen zu kreieren. Zur Entwicklung revolutionärer Techniken genügen messbare Realitäten mit einem exakt berechenbaren Wahrscheinlichkeitsrahmen. Daher sind wir auch nur einen Katzen- bzw. Quantensprung von den ersten Anwendungen entfernt.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden vor allem kollektive Quanteneffekte genutzt. Etwa das Zusammenspiel von vielen Atomen, Elektronen oder Photonen (Lichtteilchen) im Laserstrahl oder im Halbleiterkristall. Inzwischen können jedoch auch Einzel-Quantenzustände gezielt hergestellt, präpariert, kontrolliert und für bestimmte Zwecke eingesetzt werden. In der sich nunmehr anbahnende „zweiten Quantenrevolution“ wird also vieles, was bislang Quantentheoretiker für ihre Modellrechnungen und Gedankenexperimente nutzten, zur Herstellung neuartiger Produkte führen. Anwendungsfelder sind vor allem die Datenverarbeitung, Kommunikation, Messtechnik und Bildgebung. Es geht um Quantencomputer, Quantensensoren, Quantenverschlüsselung und Mikroskope auf Quantenbasis.

Jene „Verrücktheiten“ der Quantenteilchen werden somit nach und nach Teil unseres Alltags. Ob wir angesichts solch ungeheuerlicher Möglichkeiten nicht selbst „verrückt“ werden, bleibt abzuwarten. ◀



Neuerscheinung

Dorothee Sölle
Poesie als Gebet
 Gedichte
 und Interviewauszüge

Herausgegeben
 und kommentiert von
Barbara Zillmann

192 Seiten, mit zahlreichen
 Abbildungen, 20 Euro
 ISBN 978-3-88981-450-0

wichern

Kontrast zur Gegenwart

KATHRIN OXEN

Sanfter Vorbote

3. ADVENT, 15. DEZEMBER

Und die Menge fragte ihn (Johannes den Täufer) und sprach: Was sollen wir nun tun? Er antwortete aber und sprach zu ihnen: Wer zwei Hemden hat, der gebe dem, der keines hat; und wer Speise hat, tue ebenso... Und mit vielem andern mehr ermahnte er das Volk und predigte ihm. (Lukas 3,10+18)

Johannes der Täufer ist eine der ungemütlichsten Figuren des Neuen Testaments. Denn er verkündigt ethische Maßstäbe nicht nur, sondern legt sie zuerst an sich selbst an und lebt so glaubwürdig.

Aus pädagogischen Gründen mag Lukas – im Unterschied zu den anderen Evangelisten – auf eine detaillierte Beschreibung von Johannes' Äußerem und seinen Lebensgewohnheiten verzichten haben. Aber viel geschmeidiger stellt sich der Täufer auch ohne die Erwähnung seines Kamelhaargewands nicht dar. Von einem, der Tag für Tag, ohne mit der Wimper zu zucken, Heuschrecken verspeist, ist wahrscheinlich wenig diplomatischer Honig bei der Beurteilung anderer Menschen zu erwarten. Aber Johannes ist ein glaubwürdiger Bußprediger und darf daher das sagen, was anderen im Halse stecken bleiben müsste: Ändert euer Leben! Und seid euch nicht zu sicher, dass ihr das Verhältnis zu Gott ins Reine bringen könnt. Eure Taufe ist höchstens ein Anfang, um dieses klären zu können.

Die Nachfragen, mit denen sich die durchaus umkehrwilligen Menschen bei Johannes erkundigen, wie sie richtig leben sollen, haben einen leicht verzweifelten Unterton: So wie du, Johannes, das

werden wir nicht schaffen. Das müsst ihr auch nicht, lautet seine überraschend sanfte Antwort. Behaltet von mir aus Hemd und Brot, aber gebt anderen davon ab. Ihr müsst nicht einmal wie die Zöllner euren fragwürdigen Beruf aufgeben. Aber verhaltet euch wenigstens korrekt statt korrupt, und nutzt eure Macht nicht aus.

Honigsüß sind diese Worte nicht. Aber Johannes weiß ja, dass nach ihm noch Jesus kommt. Und dessen Forderungen werden noch um einiges kompromissloser sein: Besitzverzicht, Machtlosigkeit, Feindesliebe. Wer schon bei Johannes schlucken musste, der wird dann erst recht zu kauen haben – bis heute.

Erfüllte Sehnsucht

4. ADVENT, 22. DEZEMBER

Bei der Treue Gottes, unser Wort an euch ist nicht Ja und Nein zugleich. Denn der Sohn Gottes, Jesus Christus, der unter euch durch uns gepredigt worden ist, durch mich und Silvanus und Timotheus, der war nicht Ja und Nein, sondern das Ja war in ihm. (2. Korinther 1,18–19)

Jetzt ist die schönste Zeit des Jahres – und der Enttäuschungen. Auch wer aus dem Alter heraus ist, in dem man angesichts unerfüllter Wünsche unter dem Weihnachtsbaum in Tränen ausbrach oder sich zu Boden warf, die Dynamik von Erwartung und Enttäuschung bestimmt wie eine Unterströmung die gesamte Advents- und Weihnachtszeit. Und das macht sich nicht nur an den Geschenken fest. Wenn sie uns nicht gefallen, tauschen wir sie um oder suchen



Foto: privat

Kathrin Oxen,
Pfarrerin in Berlin

mit Hilfe eines Geschenkgutscheins nach Weihnachten selbst etwas aus. Viel schwieriger ist dagegen der Umgang mit den emotionalen Enttäuschungen. Dass Advent und Weihnachten doch nicht so schön waren, wie erhofft. Oder wieder einmal zu spüren war, wie wenig man sich in der Familie eigentlich zu sagen hat, trotz der mühsam arrangierten und inszenierten Festlichkeit.

Auch die Beziehung zwischen Paulus und seiner Gemeinde ist nicht frei von Enttäuschungen. Anders als geplant, ist er zusammen mit Silvanus und Timotheus nicht persönlich angereist. Paulus hat seine Reisepläne geändert. Was immer der Grund dafür war. Nun sind sie in Korinth zum wiederholten Male von ihm enttäuscht worden, ausgerechnet die Gemeinde, mit der es Paulus noch nie leicht gehabt hat. Ihre Beziehung ist offenbar sehr zerbrechlich, und die emotionalen Reaktionen sind heftig.

Die Hilflosigkeit des Apostels ist deutlich zu spüren. Wie nachvollziehbar ist seine Erfahrung, dass gerade die am leichtesten zu enttäuschen sind, mit denen uns am meisten verbindet.

Im Ton der Beschwörung erinnert Paulus die korinthischen Mitchristen an die Treue Gottes. Auf der menschlichen Ebene bleiben Enttäuschungen unausweichlich und sind auch mit den allerbesten Absichten und Vorsätzen nicht zu vermeiden. Aber Christinnen und Christen teilen eine andere Erfahrung: Die des Ja ohne ein Nein. In Jesus Christus sind alle die Erwartungen und Sehnsüchte, angenommen und verstanden zu werden, endgültig erfüllt. Er ist das Ja – ohne Naja und Na gut.

Ewiger Wunsch

HEILIGABEND, 24. DEZEMBER

Meine Wohnung soll unter ihnen sein, und ich will ihr Gott sein, und sie sollen mein Volk sein, damit auch die Völker erfahren, dass ich der Herr bin, der Israel heilig macht, wenn mein Heiligtum für immer unter ihnen sein wird.
(Hesekiel 37,27+28)

Der Mann feiert seit Jahren jeden Tag Weihnachten. Jeden Tag kommt er nach Hause, wo der stets geschmückte Tannenbaum wartet, packt ein kleines Geschenk aus und verspeist das Weihnachtessen, einen Truthahn mit Beilagen. So ein Exzentriker kann natürlich nur in einem Land zuhause sein, in Großbritannien nämlich.

Für immer Weihnachten? Es ist schon schade, dass wir uns nur kurz im Jahr so zeigen, wie wir auch sind, liebevoll, großzügig, friedfertig. Die Sehnsucht nach dem „Für immer“ von Weihnachten, einer helleren, wärmeren, friedlicheren Welt, ist alt. Sie ist schon immer in hartem Kontrast zur Gegenwart gestanden: Zu Hesekiels Zeit saßen die Israeliten fern von ihrer Heimat in Gefangenschaft, während diese von einer fremden Macht besetzt war.

Zu der Zeit, als ein Gebot von dem Kaiser Augustus ausging, lebten Juden zwar wieder im eigenen Land, aber unter fremder Herrschaft. Und heute werden die Felder um Bethlehem nicht vom Schein eines Sterns beleuchtet, sondern von Suchscheinwerfern. Im Heiligen Land dürfte auch in dieser Heiligen Nacht kein Frieden herrschen.

Die Sehnsucht danach spricht Hesekiel aus. Es ist die Hoffnung Israels, in der wir uns wiederfinden können: Frieden und ein Herrscher, der ein Hirte ist.

Das Kind, dessen Geburt wir heute feiern, hat später von sich gesagt: „Ich bin der gute Hirte.“ Seine Option für die Armen und Schwachen, seine Kritik an den Reichen, seine Forderung nach Gewaltverzicht und Feindesliebe waren und sind

politische Forderungen. Aber weil Jesus darauf verzichtete, sie mit Gewalt durchzusetzen, weil sein Regierungsantritt eine dürftige Geburt in einem Stall war, ist das Wesen seiner Herrschaft bis heute schwer zu erkennen. Der Herrscher ein Hirte – bleibt das ein Wunsch für immer?

Großes Ziel

SILVESTER, 31. DEZEMBER

Jesus Christus gestern und heute und derselbe auch in Ewigkeit. Lasst euch nicht durch mancherlei und fremde Lehren umtreiben, denn es ist ein köstlich Ding, dass das Herz fest werde, welches geschieht durch Gnade. (Hebräer 13,8–9)

Über den Jahreswechsel kommt man am besten mit dem Herzen. In der Logik der Bibel ist es Sitz des Verstandes, nach unserer Auffassung eher des Gefühls. Aber oft verrät das Herz dem Kopf, was der Bauch schon viel länger weiß.

Im letzten Kapitel des Hebräerbriefes, dieser langen und mitunter merkwürdigen Beschreibung menschlicher Wege auf der Suche nach dem großen Ziel, gibt es am Ende eine Art Zusammenfassung, Orientierungshilfe auf dem Weg zum rechten, guten Leben. Auch als Einspruch gegen das, was einen täglich neu umtreiben könnte. Denn dass es von Jahr zu Jahr neue und fremde Lehren gibt, hat sich über die Zeiten nicht geändert.

Aber auch das Gute ist zeitlos: gastfreundlich sein, Mitleid haben, ehrlich sein in Beziehungen, zufrieden, mit dem, was man hat, sich klarmachen, dass man nicht alles aus eigener Kraft erreicht hat, bereit sein, anderen Gutes zu tun. Damit das Herz fest wird statt hart. Und man seinen Lebensweg weitergehen kann, Schritt für Schritt gehen, im Rhythmus des eigenen Herzschlags, ohne Rasen oder Stolpern. In der Gewissheit, dass einer da war, ist und sein wird, der alle Wege meines Lebens mitgeht.

Gnädiges Jahr

2. SONNTAG NACH WEIHNACHTEN,
5. JANUAR

Ich freue mich im Herrn, und meine Seele ist fröhlich in meinem Gott; denn er hat mir die Kleider des Heils angezogen und mich mit dem Mantel der Gerechtigkeit gekleidet, wie einen Bräutigam mit priesterlichem Kopfschmuck geziert und wie eine Braut, die in ihrem Geschmeide prangt. (Jesaja 61,10)

In einigen Bundesländern ist morgen „Dreikönig“, ein staatlicher Feiertag. Anderswo muss man dagegen schon wieder in die Schule und den Betrieb. Und die Drei Könige oder Weisen aus dem Morgenland ziehen sich dahin zurück, wo sie hergekommen sind. Mit Glanz und Herrlichkeit ist es vorerst vorbei. Die festliche Kleidung kommt in den Schrank oder in die Reinigung. Jetzt sind wieder Alltagsklamotten gefragt.

Auf dem Weg zur Reinigung ein Gedankenspiel: Wie wäre es, würde man das Glitzerkleid oder den schicken Anzug einfach zur Arbeit mitnehmen, sich auf der Toilette umziehen, vollkommen *overdressed* am Schreibtisch sitzen oder – noch besser – an der Kasse oder der Maschine? „Ist doch noch kein Fasching“ wäre der gutwilligste Kommentar. Der würde aber gleich in die richtige Richtung führen. Auch Masken und Verkleidungen inszenieren ja ein Leben jenseits des Alltags, Rollen werden nach Belieben getauscht, und wer will, kann Prinz oder Prinzessin sein.

Fasching ist noch nicht – aber Jesaja schmeißt mit Hoffnungsbildern nur so um sich. Die festlichen Kleider, die er entwirft, sind wohl kaum die passende Bekleidung für den dürftigen Alltag seiner Zeit. Diese fühlte sich eher nach Sack und Asche an. Aber noch über den Trümmern kleidet Jesaja die Sehnsucht nach dem anderen Leben in Worte. Jede und jeder kann sie sich anziehen. Damit es ein gnädiges Jahr wird – schon in der ersten Arbeitswoche im Januar. ◀



Der Osten des Westens

Ein Blick auf die Nordseestadt Wilhelmshaven, die immer kleiner wurde

REINHARD MAWICK (TEXT) · UWE WOHLMACHER (FOTOS)

Bevölkerungsschwund gibt es nicht nur in Ostdeutschland. Auch in Wilhelmshaven an der Nordseeküste ist die Einwohnerzahl in den vergangenen Jahrzehnten um fast ein Drittel zurückgegangen. *zeitzeichen*-Chefredakteur Reinhard Mawick wirft als Beifang zum Schwerpunktthema einen Blick auf seine Heimatstadt, in der es allem Schrumpfen zum Trotz auch Grund zur Hoffnung gibt.

Wer in Wilhelmshaven aus dem Zug steigt, läuft in Fahrtrichtung weiter, es gibt nur diese Richtung, denn Wilhelmshaven ist ein Sackbahnhof. Als ich neulich dort ausstieg, fiel mein Blick in die andere Richtung, dahin, wo die Schranken sind. Oft stand ich als Kind vor diesen Schranken, denn über die Bahnlinie, die zwischen Luisen- und Mitscherlichstraße mitten in der Stadt verläuft, musste ich hinüber, um zur Schule zu kommen.

Das hintere gute Drittel des Bahnsteigs in Richtung Schranken ist grün

bewachsen, Gras und Sträucher wuchern aus dem Asphalt, ein Absperrschild warnt vorm Weitergehen. Dieses letzte Drittel des Perrons wird schon lange nicht mehr gebraucht. Früher, in den 1980-er-Jahren, war das anders. Da konnten wir in Wilhelmshaven in den Nachtzug nach Basel steigen, und ein paar Jahre lang hielten hier sogar Intercitys. Die waren deutlich länger als die zwei, drei Triebwagen der *Nordwestbahn*, die heute im Stundentakt die Linie über Oldenburg nach Osnabrück bedienen und dreimal am Tag bis



Blick auf den „Fliegerdeich“ am westlichen Südstrand von Wilhelmshaven. Hier finden sich Relikte eines ehemaligen Seefliegerhorstes der Reichsmarine.

Bremen. Seit Jahren werden die Gleise von Oldenburg nach Wilhelmshaven saniert. Seitdem gibt es am Wochenende Schienenersatzverkehr mit Bussen. 2025 soll alles fertig sein. Dann werden die ICs, die von Dresden über Berlin, Hannover und Bremen nach Norddeich Mole fahren, in Oldenburg „geflügelt“, und die eine Zughälfte fährt dann nach Wilhelmshaven.

Trutziges Germania

So hofft es jedenfalls Ursula Aljets. Sie war jahrzehntelang Diakonin in der Kirchengemeinde Wilhelmshaven-Bant und bis 2011 als engagierte SPD-Kommunalpolitikerin Mitglied im Rat der Stadt, zuletzt einige Jahre zweite

Bürgermeisterin. Sie sagt: „Wilhelmshaven muss sich in jeder Generation neu erfinden.“ Geboren wurde die heute 75-Jährige noch im Zweiten Weltkrieg. Da gab es für Wilhelmshaven monströse Pläne: Die Nazis wollten die 1869 als preußischen Kriegshafen am Jadebusen gegründete Stadt zur „Stadt der 500 000“ ausbauen. Satellitenstädte rund herum waren schon geplant, ein trutziges Germania an der Nordseeküste.

Es kam anders. 1945 dachte die britische Besatzungsmacht sogar darüber nach, südlich der Wilhelmshavener Stadtgrenze einen Deich zu errichten, die bestehenden Deiche zu zerstören und die Kriegshafenstadt zu fluten. Glücklicherweise starb der britische Kommandeur, der diese Pläne favorisierte, bald nach

Kriegsende. Sein Nachfolger versuchte es anders. Er sagte: „Wir verbieten Euch, seewärts zu blicken!“

Wilhelmshaven sollte ein Zentrum der Textilindustrie werden. Ein vielversprechender Gedanke, denn große Teile des zuvor im polnischen Lodz angesiedelten Textilgewerbes waren 1945 nach Wilhelmshaven gekommen, hier gab es genug leerstehende Marinebauten, die zivil umgenutzt werden konnten: Müller und Raschig, die Kammgarnspinnerei Wilhelmshaven – kurz KSW, alles vertraute Namen meiner Kindheit. Dazu aus Erfurt die Schreibmaschinenfirma Olympia, die rasch expandierte. 1961 stammte jede

Nach einem euphorischen Jahrzehnt wurde die Luft dünn.

zweite Schreibmaschine in Deutschland von Olympia, und die meisten wurden in dem Werk in Roffhausen vor den Toren Wilhelmshaven produziert. 1970 arbeiteten dort 13 000 Menschen!

Auch das Verbot der britischen Besatzungsmacht, seewärts zu blicken, hielt nicht lange, denn die Welt entwickelte sich anders als gedacht. 1956 gab es die Marine wieder, und die 1949 gesprengte vierte Einfahrt des Kriegshafens wurde wieder aufgebaut. Bis heute ist Wilhelmshaven der größte Marinestandort in Deutschland. Anfang der 1970-er-Jahre besiedelten dann noch Chemiekonzerne den riesigen Voslapper Groden im Norden der Stadt. Da Wilhelmshaven über den einzigen Tiefwasserhafen Deutschlands verfügte, entluden dort Öltanker ihre Fracht – ein Fünftel der deutschen Ölversorgung lief über die Stadt am Jadebusen. Eine Stadt auf dem Weg nach oben!

Als ich 1972 eingeschult wurde, hatten wir 104 000 Einwohner. Wir waren Großstadt. Als ich 1985 dort Abitur machte, lagen wir schon wieder knapp unter 100 000. Aufgrund der Rezession ab 1980 mussten die Wilhelmshavener Unternehmen immer wieder Leute entlassen. Auch hielten die Chemiefirmen auf den Voslapper Groden nicht ihre großspurigen Beschäftigungsversprechen, die sie abgegeben hatten, um hohe Subventionen zu kassieren.

Nach einem euphorischen Jahrzehnt wurde die Luft Anfang der 1980-er-Jahre

dünnere. Unser damaliger dynamischer Oberstadtdirektor geriet unter Verdacht unlauterer Machenschaften im Zusammenhang mit der Industrieansiedlung. Er strengte, von Enthüllungen in die Enge getrieben, schließlich ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst an und musste sein Amt aufgeben. Aufregende Zeiten, die uns als Schüler politisierten. Begierig warteten wir darauf, was im alternativen Blättchen *Gegenwind* oder in der Juso-Postille *Rotdorn* für Lokalskandale aufgedeckt wurde.

Gescheiterte Kooperation

1991 kam der große Knall: Die Olympiawerke mussten schließen! Tausende verloren ihre Jobs, und die Arbeitslosenquote betrug mehr als 15 Prozent. Auch die deutsche Einheit brachte Wilhelmshaven kein Glück, da angestrebte Kooperationen mit ostdeutschen Betrieben scheiterten und weitere Arbeitsplätze verloren gingen. Auch die Marine musste Federn lassen. Die Einwohnerzahlen rauschten in den Keller, viele Wohnungen standen leer. Als dies geschah, war ich längst nicht

Schon vor 1989 wurde die Stadt scherzhaft als „Zonenrandgebiet“ bezeichnet.

mehr da, denn 1987 hatte ich die Stadt zum Studium verlassen. Irgendwann, so Mitte der 2000-er-Jahre, erschreckten uns Nachrichten, dass in Wilhelmshaven rostende Straßenlaternen abgesägt werden mussten, weil es kein Geld mehr gab, sie zu erneuern. Ja, Wilhelmshaven, das aufgrund seiner Randlage am Meer schon vor 1989 manchmal scherzhaft als Zonenrandgebiet bezeichnet wurde, war gefühlt der Osten des Westens.

1994 begann Pastor Frank Morgenstern seinen Dienst in der Christus- und Garnisonkirche in Wilhelmshaven. Der heute 57-Jährige begründete die Gottesdienstreihe *Passionspunkte* – das heißt, es wurden in den sieben Wochen vor Ostern Andachten an wunden Punkten der Stadt abgehalten. 2001 hielt Morgenstern so eine Andacht vor einem viergeschossigen Miethaus in der Südstadt in Wilhelmshaven, weil es komplett leerstand, nachdem die letzten Mieter ausgezogen waren. Heute, knapp zwanzig Jahre später ist die



Seite 56: Weltkriegsbunker im Stadtpark Wilhelmshaven.

Seite 57 oben: Blick auf den JadeWeserPort. Früher war hier der beliebte Geniusstrand (kleines Bild). Seite 57 unten: Die Konzertmuschel im Kurpark Wilhelmshaven – meist verlassen.

Seite 58: Sonnenaufgang am Banter See, ehemals ein Hafenbecken, dessen Verbindung zur Nordsee nach 1945 getrennt wurde.





Ecke saniert und wieder bewohnt, auch wenn die Einwohnerzahl Wilhelmshaven sich seit einiger Zeit bei gut 70 000 Menschen eingependelt hat – fast ein Drittel weniger als Mitte der 1970-er-Jahre!

„In Bewegung geraten“

Was ist los? Frank Morgenstern hat in den vergangenen zehn, fünfzehn Jahren erlebt, dass städtebauliche Projekte die Schrumpfung der Stadt klug auffangen. Anders als früher arbeiten heute viele Akteure in der Stadt zusammen, weil sie einsehen, dass Gegeneinander keinen Sinn hat. So ist eine alternative Kunst- und Musikszene entstanden, und – auch wenn die Zahlen noch bescheiden sind – der Tourismus in Wilhelmshaven ist spürbar angestiegen. Morgenstern ist überzeugt: „Unsere Stadt ist in Bewegung geraten.“ Das lohnt sich, denn Wilhelmshaven ist wunderschön und verfügt mit dem Südstrand über den einzigen deutschen Strand „mit Südblick“, wie die ehemalige Ratsfrau Ursula Aljets sagt.

Pastor Morgenstern hofft auch, dass sich auf Sicht noch einige der über 7 000 Studierenden der Fachhochschule Wilhelmshaven dauerhaft als Wohnbürger nach Wilhelmshaven locken lassen. Bisher pendeln die meisten aus dem weiteren Umland nach Wilhelmshaven, viele leben lieber in der attraktiven Universitätsstadt Oldenburg, die nur fünfzig Kilometer ent-

„Du bietest etwas an für junge Leute, und es kommen alte Leute.“

fernt ist. Wenn die Studierenden in Wilhelmshaven sesshafter würden, dann hätte im Kulturleben die „Oberherrschaft der Grauköpfe“ ein Ende. Zurzeit sei es noch so: „Du bietest etwas an für junge Leute, und es kommen alte Leute.“

Ursula Aljets macht der neue Hafen Hoffnung, der *JadeWeserPort*, der 2012 eröffnet wurde. In Wilhelmshaven können ja die ganz großen Pötte anlegen, riesige

Containerschiffe, die für Bremerhaven und Hamburg zu groß sind. Der Betrieb lief zunächst schleppend an, doch seit ein paar Jahren wird es besser. Bisher sind nur ein paar hundert Arbeitsplätze entstanden, aber wenn der Hafen mit der Zeit mehr verarbeitende Industrie anzieht, werden es mehr werden. Ursula Aljets, die Ur-Wilhelmshavenerin: „Wenn man die Sache mit dem Hafen in den Griff kriegt, dann bin ich zuversichtlich.“

Und dann, so hoffe ich, der Exilant, für meine Heimatstadt, wird man auch auf dem Bahnsteig wieder Unkraut jäten müssen... ◀

Die Fotos entstammen dem Projekt „150 Bilder einer Stadt“ des Fotografen und Journalisten Uwe Wohlmacher. Eine Ausstellung der Bilder ist bis zum 31. Mai 2020 im Ratrium, Rathausplatz 10, 26382 Wilhelmshaven, zu sehen. Die Bilder sind mit begleitenden Texten 2019 als Buch erschienen (150 Fotos, 168 Seiten, Wilhelmshaven, 2019, ISBN: 978-3-9819128-4-4, Euro: 24,95,-).

Immanenter Gott

Michael Henoch aus Bad Mergentheim zu Peter Scherle „Gottes Design“ (zz 6/2019):

Vorweg: Ein hoher Grad von Intellektualität, der dem Artikel von Scherle eigen ist, sagt grundsätzlich wenig aus über die Tiefendimension theologischer Erkenntnis. Die von Scherle konstatierten Brüchigkeiten des menschlichen Selbstbewusstseins (die „vier Kränkungen“ der Neuzeit) sowie der Zivilisation (planetarische Bedrohung durch Nukleartechnologie und Klimawandel) beeinflussen sicherlich das Weltbild der Menschheit wie auch deren Rede von Gott. In der vom Menschen designten und zunehmend als Simulation erlebten Welt habe Gott keinen Platz mehr, sein „Fehlen“ solle ernst genommen werden, seine „Lebensmächtigkeit und Lebendigkeit“ seien „fraglich“. Welches Gottesbild liegt solch einer Diagnose zugrunde? Eine „Gotteserkenntnis aus der Natur, der Geschichte oder dem Menschen zu gewinnen“, verbiete sich nach den Erschütterungen durch die „vier Kränkungen“. Jedoch: Wie anders soll Gott erkannt werden als auf diesem Wege? Schon Paulus schärft ein: „Seit Erschaffung der Welt wird seine unsichtbare Wirklichkeit an den Werken der Schöpfung mit der Vernunft wahrgenommen, seine ewige Macht und Gottheit“ (Römer 1,20). Gottes Präsenz ist demzufolge nicht verborgen, sondern in der Natur offenbar. Gleichermassen lokalisiert der Mystiker Paulus das Göttliche (nämlich den Heiligen Geist) im Menschenherzen. Warum tut sich die Theologie so schwer mit dem immanenten Gott und konstruiert beharrlich ein transzendentes Gegenüber, das keinerlei Erfahrungswert besitzt und

Leserbriefe geben die Meinungen der Leserinnen und Leser wieder – nicht die der Redaktion. Kürzungen müssen wir uns vorbehalten – und leider können wir nur einen Teil der Zuschriften veröffentlichen.

Leserbriefe@zeitzeichen.net

ausschließlich der spekulativen Gedankenwelt entspringt?
Michael Hennoch

Einfach unverständlich

Rudolf Kremers aus Lörrach zu Stefan Werner „Unterwegs im Neuland“ (zz 7/2019):

Den oben genannten Artikel habe ich zweimal zu lesen versucht. Danach war ich aber ebenso ratlos wie zornig. Denn ich stieß darin auf mehrere Ausdrücke, die mir einfach unverständlich waren. Ich zähle einige davon auf: „Digitale Roadmap“, „Einübung agiler Methoden“, „Start-up-Strukturen“, „etablierte Innovationsmethoden“, „parziptative digitale Plattformen“, „digitale tools für die Gemeindearbeit“, „Netzwerk-kommunikation“. Zu all diesen Bezeichnungen müsste ich fragen: Was ist das? Wie funktioniert das? Ich weiß wohl, dass Erklärungen von digitaler Kommunikation schwierig sind. Aber wenn ein Fachmann der Digitalisierung nicht in der Lage ist, die damit zusammenhängenden Probleme Nichtfachleuten zu erklären, dann kann er ja in entsprechenden Fachzeitschriften dazu etwas schreiben, aber bitte nicht in den *zeitzeichen*, die ja für einfache Gemeindeglieder lesbar sein sollen.
Rudolf Kremers

Zu Recht geklatscht

Dr. Gerd Schwieger aus Osterholz-Scharmbeck zu Michael Weinrich „Eigene Untätigkeit beklatschen“ (zz 8/2019):

Auch Professoren dürfen offenbar vergessen, dass wissenschaftliches Denken und Argumentieren Differenzierung voraussetzt. Wie sonst könnte es sonst zu einem Kommentar kommen wie dem von Michael Weinrich zu den „standing ovation“ für eine Fridays-For-Future-Aktivistin: „Es saß oder stand da doch im Wesentlichen die Generation, die längst die Chance hatte, etwas zu tun, und nun beklatscht, dass ihr ihre eigene

Untätigkeit so schonungslos vor Augen gestellt wird.“ Hier wird pauschal „diese Generation“ als „unfähig“, „untätig“ abqualifiziert. Unter den dort Klatschenden dürften hingegen nicht Wenige gewesen sein, die sich für gesellschaftlichen Wandel engagiert, die sich ehrenamtlich eingesetzt und die durch ihr Verhalten versucht haben, zum Beispiel umweltgerecht und ökologisch zu handeln oder unsere Welt menschlich zu gestalten. Ohne Etliche aus „dieser Generation“ würde unsere Gesellschaft noch im „Mief“ der 1960-er- und 1970-er-Jahre stehen geblieben sein. Und dass es auch seit langem einsetzfreudige ökologische und grüne Bewegungen aus „dieser Generation“ heraus gibt, entgeht Herrn Weinrich offensichtlich auch. Mit Menschen, die es zumindest versucht haben. Wenn manche Ziele bisher nicht erreicht wurden, ist dies ja nicht unbedingt auf „Untätigkeit“ zurückzuführen. Deshalb darf also getrost jeder Beifall klatschen, der sieht, dass andere diese Ziele engagiert verfolgen, ohne damit die „eigene Untätigkeit“ zu beklatschen.
Gerd Schwieger

Zauberlehrling

Dr. Axel Denecke aus Isenbagen zu Ralph Charbonnier „Computer lernen nicht“ (zz 9/2019):

Der Autor kämpft gegen Windmühlen und berührt das eigentliche Problem der KI gar nicht. Kein auch noch einigermaßen vernünftiger Mensch wird den digitalen Systemen (KI) „denken“, „lernen“, „entscheiden“, „handeln“ oder gar „Vertrauenswürdigkeit“ (so alles Charbonnier) zuschreiben. Wenn davon geredet wird, so ist das natürlich metaphorische Sprache, so wie wir umgangssprachlich zum Beispiel auch von der „Weisheit“ der Gestirne/Natur sprechen, menschliche Wert-Begriffe also auf nicht-menschliche „Wirklichkeiten“ übertragen. Natürlich können digitale Systeme (KI) nicht „denken“, „handeln“ und so weiter. Sie sind künstliche von Menschen geschaffene Maschinen, nichts als das und bleiben es, Konstrukte also aus der wissenschaftlichen Intelligenz der Menschen heraus.

Das ist so selbstverständlich, wie sich die Sonne nicht um die Erde dreht. Aber das eigentliche Problem, das bei Charbonnier nicht einmal von Ferne in den Blick kommt, liegt da, wo der stets endlich bleibende Mensch ein zunächst auch endliches System geschaffen hat, das sich aber durch die unermessliche Fülle an Quantifizierungen (Zahlenvolumen) sich selbst zu einem quasi unendlichen System erweitert, also eine neue eigenen „Qualität“ gewinnt, das in seiner Unendlichkeit der bleibend endliche Mensch per definitionem nicht mehr beherrschen kann. Also: Der endliche Mensch schafft ein System, das durch seine nicht mehr messbare Quantität quasi unendliche Größe erreicht, das Erkenntnis- und Aufnahmevermögen des endlichen Menschen übersteigt und zum – metaphorisch gesprochen – „Über-Menschen“ wird. Nietzsche hat ja einst davon geträumt, nun aber scheint es, ganz anders, als er wollte, in merkwürdige Erfüllung zu gehen. Goethes alte Erzählung vom Zauberlehrling, der seinen Zauber nicht mehr beherrschen kann („Die ich rief, die Geister....“) scheint sich hier zu bewahrheiten. Wir können als endliche Wesen das zwar endlich Geschaffene, das sich aber qua faktisch endlicher Quantifizierung zu einer neuen „Qualität“ erweitert (es ist wirklich ein Quantensprung von der Quantität in eine neue Qualität), einfach nicht mehr im Griff haben. Da liegt das Problem der KI, auf die ich bisher noch keine Antwort gehört habe.

Axel Denecke

Schiene nach Auschwitz

Michael Maschke aus Geestland zu Rainer Clos „Kaiser ohne Land“ (zz 9/2019):

„Haus Doorn war und ist eine Art Mausoleum seiner (Wilhelm II.) Träume“, wird Ian Buruma im Artikel „Kaiser ohne Land“ zitiert. Doch wurden dort in Doorn tatsächlich die Träume Wilhelm II. begraben? Zumindest einer gewann doch erst später Gestalt: „Die Presse, Juden und Mücken sind eine Pest, von der sich die Menschheit so oder so be-

freien muss. Das Beste wäre wohl Gas“, so sagte er schon 1927. Wäre es deshalb vielleicht nicht besser, Haus Doorn zu schließen und stattdessen eine Tafel zu errichten mit den Worten „Auch hier wurden (ideologische) Schienen verlegt, die an der Rampe in Auschwitz endeten“?

Michael Maschke

Würdiges Sterben

Hans-Martin Fischer aus Rastenberg zu Störfall Valerie Fickert „Ebrfurcht vor dem Sterben“ (zz 9/2019):

Es ist allerhöchste Zeit, dass die evangelische Kirche neu über den Themenkomplex Organspende und Sterben nachdenkt. Dabei sollte endlich akzeptiert werden, dass es Mitmenschen gibt, die sehr bewusst eine Organspende ablehnen. Es ist absurd, wenn führende Kirchenvertreter behaupten: „Organspende ist praktizierte christliche Nächstenliebe.“ Und dabei die Behauptung mit einschließen: „Verweigerte Organspende ist verweigerte Nächstenliebe.“ Ich fände es angemessener, wenn sich Kirchenvertreter mit der gleichen Energie für ein würdiges Sterben einsetzen würden. Dabei denke ich an den Einsatz für Hospize, insbesondere für Kinderhospize.

Hans-Martin Fischer

Pfannkuchen

Klaus Wöhrmann aus Castrop-Rauxel zum Pro und Contra „Kopftuch für Grundschülerinnen?“ (zz 9/2019):

Es ist wohltuend, dass Frau Schwarzer in ihrem Votum zu diesem immer wieder aktualisierten Thema mit ihrer Argumentation klar Stellung bezieht. Bei Herrn Schweitzer vermisste ich aber genau dies. Ich lese nur ein ja – aber! Ein Kopftuchverbot sieht Herr Schweitzer negativ, da die „abträglichen Folgen die möglichen positiven bei weitem überwiegen. Das gilt auch dann, wenn man – wie ich selbst (sc. F. Sch.) – das Tragen von Kopftüchern bei Grund-

schülerinnen keineswegs befürwortet.“ Ich erlaube mir eine durchaus deutliche Anmerkung: Einen Pfannkuchen kann man eben nicht an die Wand nageln. Klaus Wöhrmann

Kontraproduktiv

Dr. Egbert Jöhrens aus Erfurt zu Ulrike Herrmann „Wir müssen Schulden machen, weil Sparen nichts mehr nützt“ (zz 10/2019):

Ergänzend möchte ich drei Punkte erwähnen. Erstens: Das oft gehörte Argument, staatliche Haushaltsdefizite widersprechen dem Gebot der Generationengerechtigkeit, ist ökonomisch nicht aufrechtzuhalten, wenn der Staat sich bei seinen eigenen Bürgern verschuldet. Denn dann kommt der Schuldendienst, der von den Steuerzahlern in der Zukunft aufzubringen ist, den Gläubigern derselben Generation in der Zukunft zugute. Werden Haushaltsdefizite jetzt zur Finanzierung von Investitionen in eine verbesserte Infrastruktur und nicht für erhöhte Sozialleistungen verwendet, profitieren künftige Generationen hiervon sogar. Zweitens: Eine Folge der exzessiven inländischen Ersparnisse in Deutschland sind unsere erheblichen Leistungsbilanzüberschüsse, die unzureichende inländische Nachfrage wird durch Nachfrage aus dem Ausland ersetzt. Das Spiegelbild dieser Überschüsse von Deutschland sind Defizite in anderen Ländern innerhalb der Eurozone und außerhalb der Eurozone. Diese außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte führen wiederum zu handels- und währungspolitischen Spannungen, die allen schaden. Drittens: Angelsächsische Beobachter kritisieren gelegentlich den moralischen Unterton der Diskussion zu Sparen und Schulden in Deutschland. Symptomatisch für die kulturellen Wurzeln der moralischen Verwerflichkeit, mit der Schulden in Deutschland belegt sind, ist die sprachliche Verwandtschaft von Schulden und Schuld im Deutschen. Dagegen verwendet die englische Sprache hierfür mit *debt* und *guilt* zwei völlig unterschiedliche Begriffe. Egbert Jöhrens

Herausragend

Jugend singt Beethoven



Deutscher Jugendkammerchor/Leitung: Tilman Benfer
Beethoven für Chor.
Carus-CD
83,502 und edition
chrison, 2019.

Stell Dir vor, es ist Beethoven-Jubiläum und niemand singt ... Beethoven. Schon kürzlich konstatierten wir an dieser Stelle, dass es zumindest für Chor kaum etwas von jenem Klassik-Titan gibt, an dessen 250. Geburtstag im nächsten Jahr weltweit gedacht wird (vergleiche z. B. *10/2019*). Da kommt diese Carus-Veröffentlichung gerade recht: „BEETHOVEN für Chor“ enthält Arrangements von bekannten Werken des Großmeisters, darunter Einrichtungen aus Beethovens Sololiedern, von denen es ja doch einige gibt, aber auch anderer berühmter Werke. Der erste langsame Satz der Mondschein-sonate (Opus 57, Nr. 2 begegnet einem hier in einem „Kyrie“-Satz für Chor und Klavier. Ein bisschen kitschig, aber prinzipiell berührend!

Also, liebe Kirchenmusikerinnen und Kirchenmusiker, wenn Sie das mal in den Gottesdienst einfließen lassen, würde die Gemeinde aufhorchen. Und überhaupt, liebe EKD, wie wäre es denn mit einer musikalisch-inhaltlichen Vorlage für einen Beethoven-Gottesdienst 2020 – wäre der Hit und sicher nicht nur in spacig-elitären Citykirchen! Dieses „Mondschein-Kyrie“ hätte sicherlich einen herausgehobenen Platz darin verdient. Es ist ein Arrangement, das bereits wenige Jahre nach Beethovens Tod entstand, erstellt von Gottlob Benedict Bierer (1772–1840). Schon damals verspürte man den Drang, die unsterbliche Musik Beethovens in verschiedene Formen zu gießen. Auch die Übertragung des Liedes nach Goethes „Nur wer die Sehnsucht kennt“ könnte in einem solchen Gottesdienst seinen Platz finden. Das Arrangement erstellte mit Christoph JK Müller (Jahrgang 1989) der jüngste Arrangeur der Sammlung. Und *sub communione* käme die „Hymne an die Nacht“ in Frage, angelehnt an Beethovens

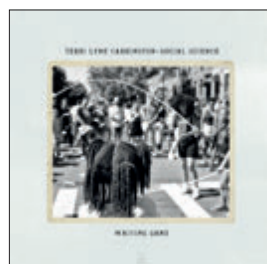
Appassionata-Klaviersonate. Aber genug davon, natürlich gäben die zahlreichen Arrangements (darunter zwei vom Chorsatz-Altmeister Clytus Gottwald) unter denen das Goethe-Lied „Erlkönig“ des finnischen Komponisten Jaakko Mäntyjärvi hervorsteicht, auch einen passablen Konzertabend „Beethovens meets Chor“. Der Fantasie sind hier keine Grenzen gesetzt, und Carus wäre nicht Carus, wenn nicht das Chorbuch zur CD gleich miter-schienen wäre.

Nun ist noch kein Wort zur Interpretation gefallen, aber jetzt: Mit dieser CD setzt sich der Deutsche Jugendkammerchor ein wunderbar klingendes Denkmal! Die 28 Sängerinnen und Sänger (Alter: 16 bis 27 Jahre) unter der Leitung von Deutschlands Chordirigenten-Jungstar Tilman Benfer lassen einen speziellen, herrlich-kraftvollen Chorklang erstehen, der nur der Jugend aneignet. Ein Klang, in dem die Klasse der sängerisch Hochbegabten in besonderer Weise das Potential schon mitschwingen lässt, was noch der Vollkommenheit harret. Aber schon das ist herausragend!

REINHARD MAWICK

Geniale Bande

Sound at its best



Terri Lyne Carrington + Social Science:
Waiting Game.
2 CDs,
Motéma Music/
PIAS 2019.

Sinnhaft ganz und gar nicht, aber auch nicht sinnlos: Die *mass incarceration*, das massenweise Wegsperrn von US-Bürgern ist echte Perversion, schickt die seit den 1980-ern etablierte Praxis doch vor allem Schwarze hinter Gitter, sehr oft für Bagatelldelikte. Dass dies Rassendiskriminierung und -trennung, mithin also die Sklavereigesellschaft fortschreibt, ist eine Binse. Immerhin, mag man da zynisch einwenden, wurden die Eingesperreten nicht gleich von Polizisten oder besorgten Bürgern erschossen, siehe *#BlackLivesMatter*.

Himmelschreiendes Unrecht, das trotz inzwischen lautem Protest auf den im Nil-schilf versteckten Mose zu warten scheint, der dem Pharao-System, wenn schon nicht das Haupt abschlägt, so doch den Weg zum Ersaufen weist.

Die Ohnmacht jedenfalls ist groß, aber die Reihen werden breiter: Mit *Trapped in the American Dream*, einem Song, der bereits in der melancholischen, dann dramatisch gesteigerten Musik und noch mehr in den Rap-Lyrics von *Kassa Overall* ergreifend das Lauern von Polizei, Gerichten und Stigma spürbar macht, beginnt *Waiting Game* von Terri Lyne Carrington und ihrer Band Social Science insofern emblematisch. Zwar war die Trommel-Ikone, Komponistin und Produzentin („Von mir ist überliefert, dass ich als Kind immer gesagt haben soll: Jazz macht mich glücklich.“) schon zuvor markant politisch – aber *Waiting Game* hebt das auf eine neue Ebene. Den Ausschlag gab, sagt sie, der Tag danach, nach Trumps Wahl. Und sie wollte in einer Band sein. Sie tat sich mit Musikern verschiedener Pigmentverteilung zusammen, mit denen sie bereits arbeitete und die mit ihr die Ansicht teilen, der Kampf gelte allen Aspekten der Ungleichheitspolitik zugleich. Sie haben denselben Nenner. Neben *mass incarceration* haben die Songs von CD 1 nun Homophobie, Genozid an US-Ureinwohnern, Polizeigewalt, politische Häftlinge und Gendergleichheit als Themen, je mit Rappern und Spoken Words-Künstlern als Gastinterpreteten. Musikalisch, wie die Band, zwischen HipHop, Jazz, freier Improvisation, World- und Indie-Music.

Das Ergebnis frappiert, mal eingängig, swingend, poppig, gewöhnungsaffin schräg oder erstaunlich, in der Summe beeindruckend: Ein Gegenpart zum herrschend konformen Mainstream. Stark. Hinzu kommt CD 2 mit der Suite *Dreams and Desperate Measures*, in veränderter Besetzung eingespielter Beweis dafür, dass Jazzkomposition auf Basis freier Improvisation in Räume führt, die dem Pharao-System den Zahn ziehen. Man muss, nein, darf bloß hinhören. Wer da Sorge hat, sei beruhigt: Das Album hat zwar *politically explicit lyrics*, ist aber weder militant noch biblisch. Doch den Kampf erspart es nicht. Jazz als Musik und soziale Praxis *at its best*.

UDO FEIST

Ein Coup

TV-Star liest Karl Barth



Johannes Voigtländer (Hg.): **Karl Barth.** Theologischer Verlag Zürich, Zürich 2019. Euro 14,90.

Nein, es ist nicht Charlotte von Kirschbaum und auch nicht Nelly Barth, die so frisch und freundlich auf dem Cover dieses Hörbuches prangt, sondern die bekannte Film-, Theater- und TV-Schauspielerin Claudia Michelsen („Der Turm“, „Polizeiruf 110“), und sie liest Karl Barth. Die Audio-CD ist außerordentlich reizvoll zu hören, ist es doch eine gelungene Verfremdung, wenn eben nicht die eigentümlich hohe Stimme des weisen, älteren Barths im Schwyzerdütsch-Färbung erklingt, die aus einigen Tonaufnahmen von Predigten und Vorträgen bekannt ist, sondern die klare, nördlich-hochdeutsche Diktion Michelsens – eine Objektivierung der besonderen Art!

Den Vortrag „Die Menschlichkeit Gottes“, den Claudia Michelsen – leicht gekürzt – liest, hielt Barth einst 1956 auf der Tagung des Schweizerischen Reformierten Pfarrvereins in Aarau. Der damals 70-Jährige zog eine Bilanz seines Wirkens und blickt gewiss, aber keineswegs selbstgewiss, auf den Beginn der dialektischen Theologie der Krise am Ende des Ersten Weltkrieges zurück. Barth entfaltet in diesem Vortrag, dass sein Aufbruch als junger Theologe und die Absage an seine liberalen Lehrer auf jeden Fall richtig, aber eben nicht frei von Einseitigkeiten gewesen sei, denn die „Menschlichkeit Gottes“, die habe er vernachlässigt.

Der Text vereint in der ausgefeilten, wunderschönen Theologiesprache Barths wichtige Grundeinsichten, ja, die Summa seiner Theologie. Das alles kühl und kompetent gelesen von Claudia Michelsen – zweifelsohne ein Coup zum Abschluss des Karl-Barth-Jahres, der unter keinem – zumindest reformierten – Weihnachtsbaum fehlen sollte!

REINHARD MAWICK

Gute Ideen

Kulturkirchen in Stadt und Land



Julia Koll/ Albert Drews/ Christoph Dahling-Sander (Hg.): **Kulturkirchen.** Kohlhammer-Verlag Stuttgart 2019, 256 Seiten, Euro 37,99.

Bei der anregenden Lektüre der Aufsätze in diesem Band wird deutlich: Es geht beim Thema Kulturkirchen um die öffentliche Relevanz von Kirche und Gemeinden und um die Frage, wie diese sich im Gemeinwesen wirkungsvoll vernetzen können. Durch ihre bloße Existenz sind Kirchen Teil der Kultur. Aber es gibt auch Profilkirchen, die sich der Kulturarbeit speziell verschrieben haben beziehungsweise Kulturkirchen in säkularer Trägerschaft.

Die ganze Bandbreite der Phänomene findet in dem Band *Kulturkirchen* Erwähnung. Der Akzent allerdings liegt auf Kirchen, die eine Begegnung von Religion und Gegenwartskultur als ihr Kerngeschäft betreiben. So wird zum Beispiel das Literaturhaus St. Jakobi in Hildesheim von seinem Initiator und Leiter Dirk Brall vorgestellt, von Julia Koll als ein spezieller kirchlicher Ort kirchentheoretisch reflektiert und schließlich die Reichweite seiner Angebote durch eine empirische Studie von Kim Langer untersucht.

Das Buch führt interdisziplinäre Perspektiven zusammen: Es bietet Beschreibungen von Projekten aus ganz Deutschland, kirchentheoretische und eher systematisch angelegte theologische Beiträge zum Verhältnis von Kunst, Kultur und Religion sowie Beiträge aus Kulturpolitik und Kulturforschung.

Viele der Beiträge gehen auf eine Tagung der Evangelischen Akademie Loccum zurück, zu der die Synode der Hannoverschen Landeskirche Anlass gegeben hatte. Sie hatte nämlich beschlossen, so Christoph Dahling-Sander, neue Fördermittel für Kulturarbeit nicht in der

kirchlichen Fläche zu verteilen, sondern diese in einem Fonds in Obhut der Hanns-Lilje-Stiftung zu konzentrieren. Initiativen und Gemeinden können sich jetzt um die Finanzierung ihrer Arbeit bewerben.

Auf diese Weise werden vier spezielle Kulturkirchen sowie zwölf kleinerer Projekte in Gemeinden jeweils einige Jahre gefördert. Das Modell bietet einen Spielraum für Initiativen und Ideen an. Unterstützt werden der Wille und die Fähigkeit, mit Akteuren im Gemeinwesen zu kooperieren und dabei die geistliche Dimension des Kirchrums produktiv zu machen. Beides ist nötig, um Kulturkirchen erfolgreich zu bespielen.

Neben Dialogbereitschaft ist die Offenheit des Kulturverständnisses für den Erfolg der Arbeit eine Bedingung. Aber es ist alles andere als selbstverständlich, so zeigt es sich in verschiedenen Beiträgen, die traditionelle Identifikation von Kultur und Hochkultur hinter sich zu lassen und Kontakt zu suchen zu popkulturellen Phänomenen, die über bildungsbürgerliche Kreise hinaus Menschen anzusprechen vermögen. Dies aber wird als theologischer Anspruch formuliert: Die Kulturarbeit der Kirchen darf nicht nur den ohnehin privilegierten Menschen in der Gesellschaft gelten, sie soll besonders auch Kinder und Jugendliche ansprechen und das friedliche Miteinander im jeweiligen Sozialraum fördern.

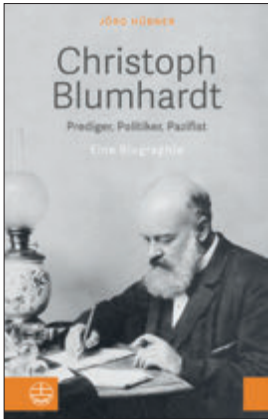
„Durch die Arbeit als Kulturkirche hat Kirche insgesamt in der Stadt eine höhere Aufmerksamkeit erzielt (...). Zunehmend werde ich zu neu entstehenden Netzwerken im Stadtteil und in der Stadt eingeladen“, schreibt Andrea Schridde, Pastorin in Bremerhaven. Sie kooperiert mit örtlichen Tangotanzschulen, Theaterprojekten, Künstlerinnen und Filmemachern. Dabei gelingt es ihr oft, Jugendliche mit diversem religiösen Hintergrund aktiv zu beteiligen. Wichtig ist aber auch die Aufmerksamkeit für die ländlichen Sozialräume, die der Beitrag von Wolfgang Schneider akzentuiert; denn dort ist die Kirche oft der letzte öffentliche Kulturträger überhaupt. Wenn sie ihre Ressourcen phantasievoll ins Gemeinwesen einbringt, kann sie auf positive Resonanz rechnen.

Insgesamt ein sehr lesenswertes Buch, das einen auf gute Ideen für die kirchliche Arbeit im jeweiligen Kontext bringen kann – auch über Kulturkirchenarbeit im engeren Sinn hinaus.

ULRIKE WAGNER-RAU

Schutt abgeräumt

Blumhardt neu entdeckt



Jörg Hübner:
Christoph Blumhardt – Prediger, Politiker, Pazifist.
Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2019, 376 Seiten, Euro 25,-.

Christoph Blumhardt wird in der heutigen Theologie und neueren Kirchengeschichte so gut wie nicht wahrgenommen. Er hat Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer inspiriert, das wissen nur Dogmatiker. Zu Unrecht. Denn seine Bedeutung liegt unter dreifachem Schutt begraben. Jörg Hübner, Direktor der Evangelischen Akademie Bad Boll, hat nun diesen Schutt der Geschichte wie ein Archäologe Schicht für Schicht abgetragen und den Kern des schwäbischen Predigers, Politikers und Pazifisten freigelegt.

Von seinem Vater Christoph Blumhardt dem Älteren (1805–1880) übernahm der 1842 geborene Sohn das Kurhaus Bad Boll. Im pietistischen Geiste des Vaters betrieb er zunächst die Einrichtung und den Seelsorgebetrieb. Doch arbeitete er sich an seinem Vater ab, ging ab 1888 durch eine tiefe Krise, die er theologisch reflektierend durchlebte. Das kommende Reich Gottes jetzt schon auf Erden mit aufzubauen, war sein Ziel, nicht die konfessionellen Bedingungen der verfassten Kirchen zu leben. So brach er mit diesen: „Der Zeit der Kirchen ist vorbei!“ Es galt nun, das Weltchristentum zu leben: „Suche nicht Christen, suche Leben!“ Das führte ihn auch dazu, das wilhelminische Deutschland mit seinem „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!“ als „Nationenhumbug“ zu bezeichnen.

Krieg und Militarismus empfand er als Sünde, die christlichen Missionsbewegungen als „Beschmutzen“ der Völker Afrikas und Asiens. Auch sonst ist er nicht gerade zimperlich. Die Französische

Revolution bezeichnet er als die eigentliche Reformationszeit der Menschheit. Er spricht allen Menschen, auch den Heiden und den Nicht-Europäern, die gleichen Menschenrechte zu. Deshalb setzt er sich für die Friedensbewegung und Gerechtigkeit ein.

Aus diesen Entdeckungen, die er ständig in seinen täglichen Morgen- und Abendandachten im Bad Boller Kurhaus ventiliert, befasst er sich mit dem Sozialismus und der erstarkten Sozialdemokratie. Die war nach Bismarcks Abgang gerade aus der Illegalität aufgetaucht. In ganz Deutschland bekannt, geächtet, berüchtigt und berühmt wurde er durch seine Zuspitzung in einem Vortrag: „Jesus ist ein Sozialist – umgeben von zwölf Proletariern.“

Kurz: Er musste seine Titel als Pfarrer abgeben, wurde SPD-Abgeordneter im württembergischen Landtag, später von der SPD als Revisionist verschrien – er war Pragmatiker, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wollten etwas Anderes –, zog sich von der SPD zurück, verurteilte den Weltkrieg, war weiterhin gegen christliche Mission. Und er war immer Guru einer Gemeinschaft in Bad Boll, die international dachte und zu leben versuchte.

Schutt? Ja, weil so sein Leben und Werk nicht überliefert wurde. In der Weimarer Republik wurde seine spätere Entfremdung von der SPD als ein Fehltritt ausgelegt. Er wurde auf einen persönlichen Frömmigkeitsstil reduziert. Zum anderen bemühten sich seine Freunde nach seinem Tod, ihn sehr kirchlich zu interpretieren. Die dritte Schicht schließlich war die Bearbeitung seiner Werke durch seine Tochter. Sie strich alles, was sie für falsch hielt. Das war nicht wenig.

Die Akademie Bad Boll hat vor wenigen Jahren den vollständigen Nachlass von Christoph Blumhardt erhalten. Jörg Hübner hat ihn gesichtet und seine neue, überraschende Biographie daraus verfertigt. Die ist gut zu lesen, trennt in allen Kapiteln Biographisches und „theologische Wegmarken“ und lässt so tief blicken. Vom Schutt der Interpretationen befreit, eröffnet sich eine neue lesenswerte Sichtweise und offenbart einen erfrischenden, modernen Querdenker, der die verfassten konfessionellen Kirchen von heute schon damals uralt aussehen lässt.

JÜRGEN KAISER

Umfangreich

Geschichte von Reformierten



Hans-Georg Ulrichs:
Reformierter Protestantismus im 20. Jahrhundert.
Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2018, 838 Seiten, Euro 70,-.

Hier liegt eine Geschichte von Reformierten in Deutschland in den vergangenen hundert Jahren vor. Geschrieben hat sie Hans-Georg Ulrichs (Jahrgang 1966), der derzeit Referent im Nationalen Koordinationsbüro für die ÖRK-Vollversammlung 2021 in Karlsruhe ist. Sein Buch umfasst achthundert Seiten und mehr als zweieinhalbtausend Fußnoten. Die vorgelegten 25 historischen Studien sind allermeist von 1994 bis 2018 an anderen Stellen veröffentlicht worden. Sie werden hier für eine kumulative Habilitation in Osnabrück miteinander verbunden.

Der Verfasser muss mehrere Jahre an seinen Studien gearbeitet und unzählige Stunden verbracht haben in Konsistorien und Landeskirchenämtern, in Archiven, Bibliotheken und in Universitäten mit Erkundigungen und Gesprächen und der Arbeit am Schreibtisch.

Das Gewicht der Ausführungen des Autors liegt bei reformierten Einzelpersonlichkeiten des Reformierten Bundes in Westdeutschland. Es sind vornehmlich Kirchenleiter, also „Moderatoren“, die in den Blick kommen. Aber auch zwei Frauen werden geehrt. Eine von ihnen ist Susanna Pfannschmidt (1895–1989) deren Bericht über die Barmer Synode 1934 dokumentiert wird. Dieser Text ist das Zeugnis einer jungen Frau, die die Aktivitäten der Männer-Bekennerschar bilderreich und eindringlich zu schildern vermag. Zu danken ist dem Verfasser, dass er das Dokument zitierfähig untergebracht hat.

Susanna Pfannschmidt wurde später die Frau Wilhelm Niesels, des seit den 1950-er-Jahren in der weltweiten

Vater und Sohn

Daniel Mendelsohn: Eine Odysee. Siedler Verlag, München 2019, 352 Seiten, Euro 26,-.

Der amerikanische Altphilologe Daniel Mendelsohn verquickt in seinem neuen überwältigenden Roman seine autobiographische Familiengeschichte mit einem Reisebericht angelehnt an Homers *Odysee*. Und so ist das intensive Buch vor allem eins, das über ihn und seinen Vater Auskunft gibt, einem über 80-jährigen Mathematikprofessor, der ein Seminar seines Sohnes zum Thema *Odysee* besucht und sich mit ihm auf Kreuzfahrt über das Mittelmeer macht. Ein anrührender und zugleich lehrreicher neuer Roman.

Triumph der Angst?

Martha Nussbaum: Königreich der Angst. Theiss Verlag, Stuttgart 2019, 304 Seiten, Euro 28,-.

Die 1947 geborene Martha Nussbaum zählt als Emotionsphilosophin zu den profiliertesten Intellektuellen der Vereinigten Staaten. In ihrem neuen Buch widmet sie sich dem Thema Angst, also einem Urgefühl, das niemand abschüttelt, das immer wieder hochkommt. Sie zeigt, wie politische Stimmungsfänger Kapital aus Ängsten schlagen. Sie belegt ihre Thesen anhand von Literatur und Politik. Ihre Analyse: Die Globalisierung hat bei vielen Bürgerinnen und Bürgern ein Gefühl der Machtlosigkeit hervorgerufen, das sich nun in Feindseligkeit und Hass Bann bricht. Wie nun die Spaltung der Gesellschaften in der westlichen Welt und die Krise der Demokratien überwunden werden können, darüber gibt die renommierte Philosophin zahlreiche geistreiche Anregungen.

Im Winter

Anton Čechov. Wintergeschichten. Diogenes Verlag, Zürich 2019, 265 Seiten, Euro 22,-.

Mehr als 25 Geschichten des russischen Schriftstellers Anton Čechov (1860–1904) sind in diesem Band versammelt. Sie erzählen von kalten, klirrenden Wintertagen, von einem hohen, immergrünen Tannenbaum des Schicksals, der die Güter des Lebens verteilt, einer einsamen Frau am Meer, dem Kirchdiener Matvej und von Neujahr. Anton Čechovs wunderbare Weihnachts- und Winterklassiker sind alle in diesem Band erstmalig vereint.

Ökumene bekanntesten und reformiertesten Reformierten aus Deutschland. Mit ihm befasst sich der Verfasser vielseitig und mannigfach in mehr als der Hälfte seiner Studien. Hier gibt es Wiederholungen und Textüberschneidungen.

Exemplarisch in der Einordnung und Wertung von Kirchenleitern ist Ulrichs' Referat über den Alttestamentler und Systematiker, den späteren Moderator der 1980-er-Jahre, Hans Joachim Kraus (1918–2000). Es heißt, er habe eine verderbliche „Sozialismus-Affinität“ gehabt und sein Wirken als „Kirchenpolitiker“ sei desaströs gewesen. Gleichwohl gönnt der Verfasser ihm ein gutes Wort.

Der Autor erschien als unnachsichtiger Kritiker der von 1968 geprägten Linken im Reformierten Bund. So hätten jene eine Resolution zugunsten mosambikanischer Flüchtlinge auf der Hauptversammlung 1972 zu Hamburg eingebracht: „Das war bereits die Tonlage des neuen Linksprotestantismus, der durchaus stille Sympathien für diejenigen hatte, die auch mit Waffengewalt die politischen Verhältnisse ändern wollten.“ Am Ende seiner Studie über die Reformierte Friedenserklärung („Nein ohne Ja zu den Atomwaffen“ 1982), die recht eigentlich nur das Ergebnis linksradikaler Unterwanderung des Reformierten Bundes gewesen sei, dokumentiert Ulrichs einen bei der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen gefundenen, sehr peinlichen und untertänigen Briefes. Diesen Brief hat 1984 der Vorsitzende des Reformierten Generalkonvents (DDR) aus Anlass des 35. Jahrestages der DDR verfasst. Er ist gerichtet an den Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi – und leider abgeschickt worden. Die Veröffentlichung dieses Briefes ist in Hans-Georg Ulrichs Werk die einzige und einzigartige brüderliche Berücksichtigung der Reformierten aus Ostdeutschland. Sie soll beim Leser den Eindruck erwecken: Die Friedenserklärung des Reformierten Bundes und die Reformierten in der DDR haben zugunsten der Diktatur wohlfeile Lippendienste geleistet und willfährig Erich Honecker zu Diensten gestanden.

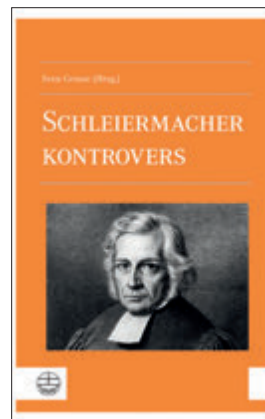
Was wollen wir nun (nicht nur) hierzu sagen? Georges Casalis, französisch-reformierter Pfarrer, Widerstandskämpfer, nach dem Krieg kurzzeitig Militärpfarrer der Franzosen in Berlin, Ikone aller senkrechten Calvinisten hüben und drüben

schreibt 1983: „Ein Kommilitone sagt einem Freund von mir auf dem Kasernenhof: ‚Du bist reformiert, nicht wahr?‘ – ‚Wieso?‘ antwortete mein Freund. – ‚Klarer Fall: Du richtest mich und die ganze Welt ständig‘!!!“

ROLF WISCHNATH

Auf der Streckbank

Schleiermacher kontrovers



Sven Grosse (Hg.): **Schleiermacher kontrovers.** Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2019, 196 Seiten, Euro 34,-.

Schleiermacher konnten wir nicht mehr „Sglauben“: So hat Karl Barth rückblickend die Initialzündung der „Dialektischen Theologie“ charakterisiert. Unter dem Katastropheneindruck des Ersten Weltkriegs, des moralischen Bankrotts der europäischen Kulturnationen, des empfundenen Endes aller humanen Gesittung, musste „Härteres“ her, damit Kirche und Theologie vor erfahrener Realität bestehen konnten. Daraus entwickelte sich im „Barthianismus“ eine wirkmächtige „steile“ Schultheologie, der manch Heutiger den gesellschaftlichen Bedeutungsverlust der Kirche anlasten will. Seit rund drei Jahrzehnten ist Schleiermacher konzeptionell wieder in der Offensive. Theologiegeschichte vollzieht sich gruppenspezifisch-dialektisch.

Angebracht ist heute sicher, Schleiermacher erneut „kontrovers“ zu lesen; allein schon, weil der Protestantismus aus geistiger Auseinandersetzung lebt und es „die“ zeitlose kirchliche Lehre von vornherein nicht gibt.

Was Sven Grosse, Professor an der evangelikal geprägten Staatsunabhängigen Theologischen Hochschule Basel, herausgegeben hat – eine Reihung von je

drei „Pro-“ und „Contra-Schleiermacher“-Artikeln, deren inhaltlicher Leitfaden sich kaum auffinden lässt –, enttäuscht indes gerade den, der als Seelsorger nach der Tauglichkeit akademischer Theologie fragt. Nicht in pastoraler Praxis fokussierte Trost- und Glaubensnot arbeitet sich hier am tradierten Lehrsystem ab; vielmehr findet sich die Theologie Schleiermachers auf der Streckbank hochnotpeinlicher dogmatischer Untersuchung wieder. Das von dem in Liechtenstein lehrenden Philosophen Daniel von Wachter dekretierte Urteil: „Der originale christliche Glaube ist, wenn die christliche Lehre wahr ist, viel erstrebenswerter als die schleiermachersche Frömmigkeit“, bringt in seiner besitzerischen Hybris die Schwäche des Buches auf den Punkt. Herausgeber Grosse gefällt sich als Agent einer „orthodoxen evangelischen Theologie“ und klappert mit Schubladen des „Kanonischen“, schlankweg auch einem Eberhard Jüngel „tiefe Verkennung reformatorischer Theologie“ attestierend. Den inhaltlich stärksten Beitrag liefert Notger Slenczka aus der „Pro-Schleiermacher“-Fraktion, indem er die Lehre vom frommen Selbstbewusstsein und deren inhärentem Gottesverständnis als essentiell christlich erweist.

Der Streit verbleibt im lehrmäßig Rechthaberischen, eine gegenwärtiger Praxis verpflichtete Auseinandersetzung mit Schleiermachers Schule kommt nicht zu Stande. Dabei sollte die zitierte Behauptung Ulrich Barths, Schleiermacher sei den gegebenen „normaleren“ gesellschaftlichen Bedingungen angemessener als die in der Konfrontation mit Krieg und Totalitarismus geprägten „Dialektiker“, angesichts global zugespitzter Herausforderungen christlicher Existenz doch Rückfragen provozieren. Wirken Schleiermachers Zurücksetzung der Kreuzbotschaft zugunsten der „Kräftigkeit des Gottesbewusstseins“ Jesu und sein Unverständnis für das Alte Testament mit dessen skeptischer Anthropologie vor gegenwärtigen Erfahrungen mit Bosheit, Tod und Unrecht nicht allzu prekär? Ist es kirchlich nicht geradezu fahrlässig, eine Theologie der bürgerlichen Zeitgenossenschaft des 19. Jahrhunderts zum Eichmaß des heute Normalen zu erheben?

Was Schleiermacher bei allen Unterschieden mit Karl Barth und den

Reformatoren eint, ist die kirchliche Erdung der Theologie. Genau diese solidarische Bindung an Verkündigung und Seelsorge, die Bereitschaft, Glaube und Zweifel zeitgenössischer Menschen auszuhalten, lässt der Band insbesondere bei den „Contra“-Beiträgen vermissen. Weder erreicht solche Kritik den Kern von Schleiermachers Erbe noch verdient dieses eine solche Behandlung.

KLAUS BECKMANN

Mosaiksteine

Über glaubwürdiges Reden



Wolfgang Greive:
Glaubwürdig von Mensch und von Gott reden.
Radius-Verlag, Stuttgart 2018, 183 Seiten, Euro 16,-.

Der habilitierte Theologe Wolfgang Greive (Jahrgang 1943) ist Schüler des Systematischen Theologen Wolfhart Pannenberg (1928–2014). Er war von 1972 bis 1975 dessen Assistent. Zuletzt arbeitete er als Ökumenebeauftragter in der Hannoverschen Landeskirche. Das vorliegende allgemeinverständlich gehaltene, autobiografisch angereicherte Buch geht in zwölf locker aneinander gereihten Essay-artigen Kapiteln (man kann überall mit der Lektüre einsetzen) den in der Einleitung angerührten Fragen nach „Naturalismus und Fundamentalismus“ nach. Faktisch kommt der Fundamentalismus nur am Rand vor. Greive setzt sich intensiv mit dem weit verbreiteten Atheismus in Form eines materialistischen Naturalismus auseinander, als einer das Christentum bis ins Mark treffenden Herausforderung. Greive liefert Mosaiksteine einer niveauvollen „apologetischen Theologie“, im Sinn des dem Buch vorangestellten biblischen Mottos 1. Petrus 3,15: „Seid allezeit bereit zur Verantwortung gegen

Erinnerungen

Jana Hensel: **Der Weihnachtsmann und ich.** Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2019, 110 Seiten, Euro 12,40.

Während sich die Erzählerin Melanie auf ihren Auftritt als Weihnachtsmann im Kindergarten ihres Sohnes vorbereitet, taucht sie ein in ihre eigene Kindheit. In die Zeit, als sie mit ihrem Vater in Leipzig als Wichtel umherzog, ihn als Weihnachtsmann begleitete, zu den Häusern, Straßen und Plätze ihrer Kindheit und Jugend. Und sie erzählt von einem ganz besonderen Weihnachtsfest 1989. „Das Erinnern selbst schuf einen Raum, in dem sich Vergangenheit und Gegenwart begegnen konnten und eine Verbindung zwischen ihnen entstand“, schreibt Hensel. Und doch ist der kleine empfindsam geschriebene Band viel mehr als ein Erinnerungsbuch, denn durch seine präzisen Beschreibungen widersetzt er sich einfachen Deutungen.

Neue Bilder der Mark

Gisela Holfter/Godela Weiss-Sussex: **Wandern und Plaudern mit Fontane.** Verlag für Berlin-Brandenburg, Berlin 2019, 192 Seiten, Euro 19,90.

Das Fontane-Jahr neigt sich dem Ende zu. In diesem vielseitigen Band haben sich ihm, der seiner heimatlichen Mark ein literarisches Denkmal gesetzt hat, zeitgenössische deutschsprachige Autorinnen und Autoren an die Fersen geheftet, sind auf seinen Spuren gereist, um Landschaften und Orte in neuen literarischen Texten zusammenzuziehen. Vom Oderbruch bis Rathenow von der Uckermark bis zum Spreewald. Mit Beiträgen vertreten sind unter anderen Ursula Krechel, Saša Stanišić, Kerstin Hensel, Sabine Peters und Annett Gröschner. Sie alle zeigen, wie anregend und beflügelnd Theodor Fontane noch heute ist.

Tübinger Lokalkolorit

Erich Witschke: **Hegel, Hölderlin, Schelling. Klöpfer, Narr, Tübingen** 2019, 422 Seiten, Euro 28,-.

Sie teilen sich fast drei Jahre ein Zimmer im Tübinger Stift: Friedrich Hölderlin, Georg Wilhelm Friedrich Hegel und Friedrich Wilhelm Schelling. Diesem Dreierbund widmet sich der 1940 geborene evangelische Theologe Erich Witschke. Er liefert neben einer kleinen Philosophiegeschichte auch ordentlich Tübinger Lokalkolorit und Theologiegeschichte dazu.

jeden, der von euch Rechenschaft fordert über die Hoffnung, die in euch ist.“

Der „praktische Atheismus“ fragt nicht mehr nach Gott. Da aber Religion als „der Bezug auf Gott“, mindestens aber als „Frage nach dem Ganzen, nach dem Wozu und Wohin des Menschen“, wesentlich zum Menschsein gehört, zur „Offenheit“ und „Angewiesenheit“, erfährt jemand, der sich nicht mehr um das „Geheimnis der Wirklichkeit“ schert, Sinnlosigkeit und betreibt geistigen Selbstmord. An die Stelle Gottes treten Ersatzgötter. Es kommt zur „Vergötterung“ des Menschen, der „sich selbst absolut setzt und seine Leere überspielt“. Menschen „spielen Gott“ und machen „sich zum Zentrum“. Schließlich führt ein von allen Bindungen losgelöstes Menschsein „zur absoluten Inhumanität, zur Barbarei“.

Allerdings gibt es auch einen humanistischen Atheismus, der für Transzendenzerfahrungen offen bleibt. Greive erwähnt Albert Camus mit seinen Lichterfahrungen am Meer und Ernst Bloch mit seiner Hoffnungsperspektive. Ferner stellt der Atheismus dem christlichen Gottesglauben unverzichtbare Fragen. So kritisiert er zu Recht einen herkömmlichen „Theismus“, der den Menschen klein macht und demütigt und der „keinen Raum für die Freiheit des Menschen lässt“. Ein nach-theistischer Gottesglaube stellt im Anschluss an Jesus fest: „Gott leidet mit den Menschen. Der Mensch im Widerspruch erfährt durch den unendlich liebenden Gott Heil, Erlösung.“ So bleibt „das Staunen über die unendliche Liebe Gottes der Ursprung jeder rechten Gotteslehre“. Der Praxistest dafür, „dass Gott sich als unendliche Liebe zeigt“, ist die Humanität. „Religion ohne Mitmenschlichkeit ist Geschwätz.“

Greive geht es um „glaubwürdiges Reden von Mensch und von Gott“. Glaubwürdig ist es, wenn Christen mit Atheisten auf Augenhöhe einen Dialog führen und dabei zuhören. Zur Glaubwürdigkeit gehört auch das saubere Argumentieren, um das sich Greive eindrucksvoll bemüht. Glaubwürdig ist der Verzicht auf autoritäres Denken, auf Zwang und Gewalt.

Im Anschluss an Pannenberg und Jürgen Moltmann entwickelt Greive eine „eschatologische Gesamtperspektive“. Das Eschaton, also das Endgültige, das Reich Gottes ist in Jesus bereits angebrochen

und erfahrbar geworden. Es ist aber noch nicht vollendet. Der weitere Verlauf der Geschichte ist offen, und die Erfüllung jenseits des Todes ist noch verborgen. Die Hoffnung ist aber nicht illusionär, sondern hat einen Anhalt an Gottes bisherigen Liebeserweisen. „Der wahre Gott ist der kommende Gott, der jetzt Freiheit schenkt und Leben erneuert.“ Unsere Bestimmung geht „nicht in dieser vorhandenen Welt auf“. Gerade das lässt auch innerweltlich hoffen: „Gott schenkt immer wieder einen neuen Anfang auf eine gemeinsame Zukunft hin.“

ANDREAS RÖSSLER

Augenöffner

Die Muslime und die Erotik



Ali Ghandour:
**Liebe, Sex
und Allah.**
C. H. Beck-
Verlag,
München 2019,
218 Seiten,
16,95 Euro.

Fünfzehn Kapitel wie Museumshallen, durch die man schlendert, um in andere Sphären einzutauchen und Neues zu entdecken und das Museum am Ende mit vielen Eindrücken und neuen Fragen zu verlassen. Ein solches Gefühl möchte der Autor vermitteln. Gleich zu Anfang weist er darauf hin, dass das Schlusskapitel die Rolle der Ausgangshalle einnimmt. Ist man mit den jüngsten Debatten um die vormoderne „Ambiguitätstoleranz“ des Islam (Thomas Bauer) und den – in Hinsicht auf diese Toleranz als verheerend eingeschätzten – Einfluss der kolonialistischen Epoche sowie der westlichen verzerrten Wahrnehmung des Orients nicht vertraut, ist es in der Tat sinnvoll, damit zu beginnen. Denn ohne diesen Hintergrund würde kaum deutlich, dass und wie das Thema entfaltet wird. Das Europäische als Maßstab für das „Normale“

An dieser Ausgabe haben
mitgearbeitet:

- Klaus Beckmann
Militärdekan, Berlin
- Dr. Heinrich Bedford-Strohm
Landesbischof der ELKB und
EKD-Ratsvorsitzender, München
- Dr. Rainer Danielzyk
Professor für Raumentwicklung
an der Universität Hannover
- Dr. Friedmann Eißler
Wissenschaftlicher Referent bei der EZW,
Berlin
- Udo Feist
Autor, Dortmund
- Dr. Judith Filitz
Vikarin, Detmold
- Dr. Hagen Findeis
Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Halle/Saale
- Arnd Henze
WDR-Redakteur und Theologe, Köln
- Frank Hoffmann
Chefredakteur *Andere Zeiten*,
Publizist, Hamburg
- Jürgen Kaiser
Pfarrer i. R., Stuttgart
- Thomas Klatt
Theologe und Journalist, Berlin
- Dr. Reinhard Lassek
Wissenschaftsjournalist, Celle
- Dr. Torsten Meireis
Professor für Systematische Theologie
an der Humboldt-Universität, Berlin
- Denis Mukwege
Mediziner, Bukavu, Demokratische Republik
Kongo
- Kathrin Oxen
Pfarrerin, Moderatorin des Reformierten
Bundes, Berlin
- Dr. Petra Potz
Stadtplanerin, Berlin
- Uwe Rada
Journalist, Berlin
- Dr. Andreas Rössler
Pfarrer i. R., Stuttgart
- Dr. Friedrich Seven
Pastor, Scharzfeld
- Dr. Ulrike Wagner-Rau
Professorin em. für Praktische Theologie
an der Universität Marburg
- Dr. Rolf Wischnath
Generalsuperintendent i. R., Gütersloh
- Dr. Michael Wolffsohn
Historiker und Publizist, Neubiberg
- Thomas Zeitler
Pfarrer, Nürnberg

zeitzeichen-Service

Lesertelefon (069) 58 098-173

Emil-von-Behring-Straße 3
60439 Frankfurt am Main
kundenservice@gep.de
Montag bis Freitag: 9–16 Uhr

zeitzeichen ist die Nachfolgepublikation von: „Evangelische Kommentare“, „Die Zeichen der Zeit/Lutherische Monatshefte“ und „Reformierte Kirchenzeitung“. ISSN 1616-4164

Herausgegeben von
 Heinrich Bedford-Strohm, München
 Wolfgang Huber, Berlin
 Ilse Junkermann, Magdeburg
 Isolde Karle, Bochum
 Annette Kurschus, Bielefeld
 Ulrich Lilie, Berlin
 Gottfried Locher, Bern
 Friederike Nüssel, Heidelberg
 Christoph Schwöbel, St. Andrews/Schottland
 Christiane Tietz, Zürich
 Gerhard Ulrich, Schwerin
 Michael Weinrich, Bochum

Redaktion
 Reinhard Mawick (Chefredakteur)
 Philipp Gessler
 Kathrin Jütte
 Stephan Kosch
 Ständiger Mitarbeiter: Jürgen Wandel
 Sekretariat: Claudia Zankel, Diana Zschauer
 Abo-Marketing: Bernd Hummel

Jebensstraße 3, 10623 Berlin
 Tel. 0 30/3 10 01 13 00, Fax 0 30/3 10 01 18 00
 E-Mail: redaktion@zeitzeichen.net
 Internet: www.zeitzeichen.net

Beratende Mitarbeiter
 Johann Hinrich Claussen (Berlin),
 Johanna Haberer (Erlangen), Klaas Huizing
 (Würzburg), Jürgen Israel (Berlin),
 Reinhard Lassek (Celle)

Träger
 zeitzeichen gGmbH
 Geschäftsführer: Reinhard Mawick
 Jebensstraße 3, 10623 Berlin
 Vorsitzender des Verwaltungsrates: Dietrich Bauer

Verlag und Anzeigen
 Gemeinschaftswerk der
 Evangelischen Publizistik gGmbH,
 Emil-von-Behring-Straße 3,
 60439 Frankfurt am Main
 Telefon 069/5 80 98-0, Fax 069/5 80 98-363
 Anzeigen: m-public
 Anzeigenleitung: Yvonne Christoph
 Tel. 0 30/3 25 32 14 32, E-Mail: christoph@m-public.de
 Mediaberatung: Susanne Hirschel
 Tel. 030/325 321 434
 E-Mail: hirschel@m-public.de, www.m-public.de

Abonnement-Verwaltung
 Postfach 50 05 50, 60439 Frankfurt
 Tel. 0 69/58 098-191, Fax 0 69/58 098-226
 E-Mail: kundenservice@gep.de

Zeitzeichen erscheint monatlich und kann über
 jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag
 bezogen werden. Das Jahresabonnement kostet
 EUR 78,00 (inkl. Versandkosten). Ruheständler,
 Studierende, Vikare und Auszubildende erhalten
 bei Direktbezug Nachlässe. Einzelheft EUR 6,90.
 Preisänderungen vorbehalten.

Zeitzeichen im Daisy-Format für blinde und
 sehbehinderte Menschen. Tel. 05 61/72 98 71 61
 oder per E-Mail: buero@debess.de

Satz
 Raphael Zinser, verbum Druck- und
 Verlagsgesellschaft mbH

Druck
 Strube Druck & Medien oHG
 Stimmerswiesen 3, 34587 Felsberg
 Tel. 0 56 62/9 48 70, Fax 0 56 62/94 87-287

und das „Natürliche“, der moderne „Ein-
 deutigkeitswahn“ und die (viktorianische)
 Moralisierung der Sexualität, all das und
 mehr führte zum Traditionsbruch in den
 muslimisch geprägten Ländern; die auf-
 kommenden Nationalstaaten machten
 aus der ursprünglich „hochambigen mus-
 limischen Normenlehre“ und der plura-
 listischen muslimischen Rechtstradition
 eindeutige Vorschriften, die mit staatlicher
 Macht und Kontrolle zu einem wichtigen
 Element islam(ist)ischer Identitätsdiskurse
 stilisiert wurden. So die Grundthese des
 Autors, der deshalb jene Ambiguität und
 Pluralität im Umgang mit der Sexualität,
 die ohne moralische Wertung auskamen,
 in der islamischen Geschichte herausar-
 beitet. Dazu stellt er in Sachbuchprosa ge-
 schichtliche Konstellationen, koranische
 und islamische Normen sowie vor allem
 die gesellschaftliche Praxis, die keineswegs
 immer den Normen entsprach, mit vielen
 Beispielen aus Literatur und Dichtung dar.

Das erste Kapitel beleuchtet den histo-
 rischen Kontext vor dem Islam, das zwei-
 te Kapitel erörtert den *nikāb*, was genau
 genommen nicht Ehe(schließung) heißt,
 sondern Geschlechtsverkehr und Heirats-
 vertrag – was entsprechende rechtliche
 Fragen im Blick auf einige Koranstellen
 aufwirft. Es folgen die Themen Polygamie
 (es gebe „keine Beweise aus der Biologie
 oder Anthropologie, dass Monogamie für
 den Menschen natürlich oder normal ist“)
 sowie die zeitlich begrenzte „Genussbezie-
 hung“ (*mut'a*, Sure 4,24), die aktuell unter
 jungen Menschen in Iran oder Libanon
 eine große Rolle spielt. Sex und Sklaverei
 wird in Kapitel fünf verhandelt, Prostitu-
 tion und Zuhälterei in Kapitel sechs. Ho-
 moerotik ist ein zentrales Thema (Kapitel
 sieben), da die Praxis über Jahrhunderte
 den heutigen strengen Moralregeln isla-
 mischer Länder diametral gegenübersteht.
 Immer wieder werden Begrifflichkeiten

geklärt und erläutert, so etwa, dass der
 arabische Ausdruck *liwāt* eben nicht mit
 Homosexualität gleichzusetzen sei, da er
 keine (psychologische, physiologische)
 Anlage/Neigung bezeichne, sondern (nur)
 die Penetration. „Reinheit, Hygiene und
 gute Sitten“ ist das achte Kapitel über-
 schrieben, um Schönheitsideale geht es in
 Kapitel neun. Aphrodisiaka, Phallus und
 Vulva, Geschlechtsverkehr und Genuss
 erhalten gesonderte Kapitel. Mit einem
 Blick auf die erotische Literatur und die
 „Verschmelzung von Erotik und Mystik“
 schließt sich der Rundgang. Ein (sehr)
 knappes Glossar, Anmerkungen als End-
 noten und ein Literaturverzeichnis schlie-
 ßen den Band ab.

Neben dem offenen Umgang mit der
 Homoerotik wird der positive, auch dem
 Genuss dienende, ja gottesdienstliche
 Charakter des Geschlechtsverkehrs in
 der islamischen Welt immer wieder be-
 tont. Wo Probleme angezeigt werden, wie
 männliche Dominanz, männliches Recht
 auf Sex, kein gleichberechtigtes weibli-
 ches Subjekt, strafbewehrte Sexualmoral,
 neigt der Autor dazu, auf vorislamische
 und Stammes-Traditionen, kolonialis-
 tische beziehungsweise christliche Ein-
 flüsse oder auch auf die Sozialisierung
 der Gelehrten zu verweisen.

Auch wenn einerseits in konstruktivistischer
 Manier sehr davor gewarnt wird,
 „die Muslime“ als Einheit zu denken, und
 andererseits doch von Quellen bestimm-
 ter urbaner Milieus auf nahezu alle Städ-
 te der islamischen Welt geschlossen wird,
 ist das Buch allemal ein Augenöffner für
 die vielfältige Dynamik kultureller Ent-
 wicklungen und die Gefahr, bestimmte
 kontextbedingte Einstellungen für das
 Absolute zu halten. Es stellt (Vor-)Ur-
 teile von Muslimen wie Nichtmuslimen
 gleichermaßen infrage.

FRIEDMANN EISSLER

Bestellservice für Bücher

Sie haben die Möglichkeit, alle Bücher zu bestellen, die in unserem Heft
 vorgestellt werden (in Rezensionen, Buchtipps und Anzeigen).

Montag bis Donnerstag

8–16.30 Uhr

Freitag

8–14.30 Uhr

Servicetelefon

0521/9440-145

zeitzeichen
 Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft

Salz säen

US-Südstaaten 1957



William Melvin Kelley:
Ein anderer Takt.
Hoffmann und Campe,
Hamburg 2019,
304 Seiten,
Euro 22,-.

Es gibt keinen Grund zur Sorge. Wir haben sie nie gewollt, wir haben sie nie gebraucht, und wir werden sehr gut ohne sie auskommen – auch wenn unsere Bevölkerungszahl um ein Drittel verringert ist.“ Das wollen sie dem Gouverneur gern glauben, haben aber „noch nicht lange genug in einer Welt ohne schwarze Gesichter gelebt, um irgendeine Gewissheit zu haben“. Die Situation ist gerade erst eingetreten. Mit Autos, Bussen, Zügen oder zu Fuß haben innerhalb weniger Tage im Juni 1957 alle Schwarzen jenen fiktiven US-Südstaat verlassen, in dem William Melvin Kelleys Debutroman *Ein anderer Takt* spielt.

Ausgelöst hat den Exodus Tucker Caliban: Er streute Salz auf sein Land, erschoss Pferd und Kuh, setzte das Haus in Brand, nahm Frau und Kinder und fuhr davon. Und die Männer, die sich im Städtchen Sutton sonst immer zum Spannen und Tratschen auf der Veranda von Thomasons Lebensmittelgeschäft treffen, haben zugesehen. Sie sind dem Salzlaster zur Farm gefolgt. Man kennt sich hier. Ihre Kommentare reichen von „Wahn“ bis zur „Stimme des Blutes“, die da, einer alten Geschichte aus Sklavenhalterzeiten zufolge, aus Tuckers Verhalten spräche. Einig sind sie sich darin, dass ihn wohl nichts aufhalten könnte. Die Veranda-Männer sind der Chor in dem mit prägnanten Bildern in fesselnder Southern-Gothic-Tradition erzählten Roman. Zuschauer, Zeugen, aber auch Täter.

Ungewöhnlich ist indes, dass Kelley nur weiße Stimmen erzählen lässt – weshalb das 1962 mit dem Titel *A Different*

Drummer (ein Zitat von Henry David Thoreau) erschienene Buch in der schwarzen Community wohl auch nur wenige Leser fand. Dabei macht genau dies die subversive Kraft aus: Die Weißen sehen zwar alles, verstehen aber nicht, was passiert, und schon gar nicht, was das über sie verrät. Fast so, wie es in Willie Dixons Bluesong „Backdoor Man“ heißt: „the men don't know, but the little girls understand“. Tucker erklärt dem Mann, dem er das später versalzene Land abkauft: „Ich brauche nicht auf jemanden zu warten, der mir die Freiheit gibt – ich kann sie mir selbst nehmen.“ So und nicht anders. Und es geht keinesfalls um irgendein „Schwarzen-Problem“, sondern einzig und allein um das „Weißen-Problem“, wie es James Baldwin 1963 in dem Dokumentarfilm „Take This Hammer“ so aufspießte: Er sei kein „Nigger“, und „Nigger“ sei ohnehin eine Erfindung. „Ich habe ihn nicht erfunden. Weiße erfanden ihn. Und wenn ich nun nicht der Nigger bin, es aber zugleich stimmt, dass deine Erfindung letztlich dich entlarvt – wer ist dann der Nigger? Also, ich brauche ihn nicht, aber du brauchst ihn unbedingt. Darum gebe ich dir dein Problem zurück: Du bist der Nigger! Ich bin es nicht.“

Das Buch endet mit einem Schrei, den der achtjährige Mister Leland fälschlich für typischen Feierlärm von Erwachsenen hält. Der großartige Roman zeigt das „Weißen-Problem“ im Kern und in den zerstörerischen Folgen, ohne es je so zu benennen. Das macht seine Wucht aus. Ein schlaues Buch und, bitter genug, so aktuell wie beim ersten Erscheinen. Insofern lässt zumindest hoffen, wie frenetisch die Kritik in den USA die Neuveröffentlichung feierte. Das ist der deutschen Ausgabe ebenfalls zu wünschen, und zwar beileibe nicht nur, weil der hierzulande wieder aggressiv wuchernde Rassismus in der Analogie mühelos zu identifizieren ist. Ergänzt ist sie um einen Essay von Kathryn Schulz, die Kelley (1937–2017) literarisch hervorragend einordnet, und ein Nachwort seiner Tochter. Die erzählt, wie er selbst „die Plantage verlassen“ musste und ins Ausland ging, weil er nach den Morden an Malcolm X und Martin Luther King keine Hoffnung mehr sah. Dass er jetzt mit *A Different Drummer* zurück ist, wirkt da wie ein großes Geschenk. Unbedingt lesen.

UDO FEIST

Gegenwart Gottes

Biographie über Tersteegen



Hansgünter Ludewig:
„Mein Leben sei ein Wandern“
Brunnen-Verlag,
Gießen 2019,
542 Seiten,
Euro 48,-.

Die Kirche in Mülheim an der Ruhr, zu deren Gemeinde er gehörte, ist ihm immer fremd geblieben. Seine Predigten hielt er in seinem Haus gegenüber. Doch ist Gerhard Tersteegen der reformierten „Erbreligion“ treu geblieben und hat dieses Erbe auch nie als Last empfunden. Hansgünter Ludewig porträtiert diesen Poeten, Schriftsteller und Laientheologen, dessen 250. Todestag sich in diesem Jahr jährt. Lange nach dem konfessionellen Zeitalter, am 25. November 1697, im damals noch niederländischen Moers geboren, blieb der Kaufmannssohn religiös sehr auf sich gestellt und entwickelte seine Frömmigkeit eher gegen den Widerstand der Familie und der sozialen Umwelt. Der Vater verstarb früh, und die Mutter verwehrte ein Studium der Theologie.

Vor Anfeindungen der etablierten Geistlichkeit und vor obrigkeitlichen Nachstellungen musste er sich auf seinem Weg zum „Erweckungsprediger“ stets in Acht nehmen, doch gab ihm der biblische Satz, wonach viele berufen, aber nur wenige auserwählt sind, das nötige Selbstbewusstsein. So erweckte er zunächst für sich das Herzensgebet der alten Kirche, das in den westlichen Kirchen weitgehend in Vergessenheit geraten war. In der ganz auf den individuellen Beter abgestellten Praxis dieser Gebetsform hat Tersteegen die Gegenwart Gottes so gefunden, wie er sie in dem Lied besingt, das bis heute im evangelischen Gemeindegottesdienst seinen Platz hat: „Gott ist gegenwärtig. Lasset uns anbeten und in Ehrfurcht vor ihm treten.“ Das Herzensgebet führte ihn

in den verborgenen Raum, in dem er nicht nur für Augenblicke, sondern ständig in der Gegenwart Gottes leben wollte. Im Beten kannte er weder Zeit noch Stunde. Folglich stellte er seine Existenz ganz auf Beten und Arbeiten ab. In der einträglichen Seidenweberei hatte er eine Arbeit gefunden, deren Rhythmus sich gut mit der Praxis des Gebets verband. Über einige Jahre bildete er mit wenigen Vertrauten eine Kommunität, an deren Ort, Otterbeck, er selbst nie gewohnt hat. Der Prediger kann nicht wirklich zu den Begründern evangelischer Kommunitäten gerechnet werden, da ihn an Otterbeck nicht so sehr das gemeinsame Leben, als vielmehr das auf das religiöse Individuum abzielende Herzensgebet bewegte.

Tersteegen intendierte in seiner religiösen sozialen Praxis keinen neuen klösterlichen Heilstand, um sich damit nun ganz vom Erbe der Reformation zu lösen, sondern wollte mit seiner religiösen Praxis die Individualisierung des Glaubens ernst nehmen. Ludewig stellt ihn mit dieser ausführlichen Biographie deswegen auch in die moderne Auseinandersetzung zwischen Emanzipation und überlieferter Bindung. Tersteegen lebt in diesem Konflikt keinen programmatischen Konservatismus, sondern die individuelle Befindlichkeit dessen, der sich an die Gegenwart Gottes halten möchte. Keineswegs ist ihm das Herzensgebet eine methodisch gesicherte Form der Heilsmitteilung, sondern es bleibt ganz im Horizont der asymmetrischen Struktur der Rechtfertigung.

Wie die Reformatoren folgt der Laientheologe bei der Strukturierung der Gottesbegegnung dem christologischen Inhalt der Bibel. Im Prozess von Rechtfertigung und Heiligung vollzieht sich der Subjektwechsel zum Christus in mir. Mit dieser Betonung begegnet Tersteegen ohne kritischen Eifer der Angst vor der „Unbehautheit“, in die das moderne Denken führen kann. Sein Glaube lebt mit Gott, der auf Golgatha sogar seine Gottverlassenheit mit den Menschen teilen wollte.

Somit ist es gar nicht verwunderlich, dass Tersteegen vor der Bedrohung, die der Siebenjährige Krieg für die westlichen Provinzen Preußens bedeutete, nicht in die Obhut niederländischer Freunde ausgewichen ist, sondern seiner Gemeinde und vielen Mitmenschen mit Seelsorge und praktischer Hilfe beistand.

FRIEDRICH SEVEN

Der Leuchtturm

Ende des 19. Jahrhunderts bekommt Leuchtturmwärter Thomas Wake (Willem Dafoe) einen neuen Gehilfen. Ephraim Winslow (Robert Pattinson) soll ihm während einer vierwöchigen Schicht auf einer kleinen Insel vor dem amerikanischen Festland in Maine zur Hand gehen. Thomas lässt den jungen Mann meist jedoch auflaufen und vertraut ihm nur niedere Aufgaben an. Eine klaustrophobische Atmosphäre und die gekonnte filmische Vergegenwärtigung einer fernen Vergangenheit prägten auch schon Robert Eggers Erstlingsfilm „The Witch“. Mit Dafoe und Pattinson liefert er ein intensives, hypnotisches und dabei nicht selten grotesk-komödiantisches Kammerstück in hartem Schwarz-Weiß ab.



Start: 28.11.2019
Länge: 109 Minuten
Regie: Robert Eggers
Land: Kanada, USA 2019

Alles außer gewöhnlich

Bruno (Vincent Cassel) arbeitet seit zwanzig Jahren als Betreuer von Menschen mit Verhaltensstörungen, die in den üblichen Institutionen keinen Platz mehr finden. Zusammen mit Malik (Reda Kateb), der gefährdeten Jugendlichen zum Schulabschluss verhilft, hat er ein provisorisches Betreuungssystem erarbeitet, das keine Zertifizierung durch das Gesundheitsministerium hat. Für die Überprüfung durch zwei entsendete Beamte aber hat Bruno weder Zeit noch Geduld... Der Film lehnt sich an wahre Begebenheiten an und präsentiert eine anrührende Geschichte mit emotionaler Tiefe, die ohne Tabus, aber auch ohne Bloßstellungen den Alltag mit Menschen mit Behinderung schildert.



Start: 5.12.2019
Länge: 114 Minuten
Regie: Olivier Nakache, Éric Toledano
Frankreich 2019

Wild Rose

In Glasgow kommt die 23-jährige Country-Enthusiastin Rose-Lynn Harlan nach einer zwölfmonatigen Gefängnisstrafe wieder auf freien Fuß. Jetzt will die alleinerziehende Mutter von zwei Kindern endlich ihren Traum leben, Sängerin werden und irgendwann nach Nashville ziehen. Doch das Schicksal scheint sich gegen sie verschworen zu haben: In ihrer alten Wirkungsstätte darf Rose-Lynn nicht mehr auftreten, also muss sie sich als Putzfrau verdingen. Dann wird im wohlhabenden Haushalt von Susannah schließlich ihr Gesangstalent entdeckt. Hauptdarstellerin Jessie Buckley ist mit ihrer Darstellung der vom Country-Lebensgefühl gänzlich vereinnahmten Sängerin der absolute Star des Filmes.



Start: 12.12.2019
Länge: 101 Minuten
Regie: Tom Harper
Land: Großbritannien 2018

Neue Pröpstin in Berlin



Foto: epd/Rolf Zöllner

Die Berliner Oberkonsistorialrätin Christina-Maria Bammel ist zur Pröpstin der berlin-brandenburgischen Landeskirche gewählt worden. Die 46-Jährige ist Nachfolgerin von Christian Stäblein, der im April zum Landesbischof gewählt wurde. Für Bammel stimmten 57 Mitglieder der Landessynode und 46 für Pfarrerin Barbara Hustedt (55), Referentin des ausgeschiedenen Bischofs Markus Dröge. Als Pröpstin ist Bammel Stellvertreterin des Landesbischofs und theologische Leiterin des Konsistoriums.

Sächsischer Bischof zurückgetreten

Der sächsische Landesbischof Carsten Rentzing ist zurückgetreten. Dies sei „aus eigener freier Entscheidung“ geschehen, erklärte der 52-Jährige. Seine Aufgabe nimmt Bischofsstellvertreter Thilo Daniel wahr. Rentzing, der einer schlagenden Verbindung angehört, hatte als Student für die rechtskonservative Zeitschrift *Fragmente* Texte geschrieben, die die Leitung der sächsischen Landeskirche als „elitär, in Teilen na-

tionalistisch und demokratiefeindlich“ einstuft. Seine Nachfolge soll eine Synode am 29. Februar und 1. März 2020 klären (siehe auch Seite 40).

Neue Beauftragte für ZDF-Gottesdienste

Die Nürnberger Pfarrerin Simone Hahn wird am 1. Januar Sendebeauftragte für die evangelischen Gottesdienste im ZDF. Die 45-Jährige folgt Elke Rudloff nach, die die Prädikantenausbildung der westfälischen Landeskirche leitet. Das ZDF überträgt seit 1986 an jedem Sonntagmorgen einen Gottesdienst.

Juden/Christen: Neue Generalsekretärin



Foto: epd/Peter Juelich

Ilona Klemens, die Hochschulpfarrerin in Mainz war, ist neue Generalsekretärin des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Die 54-Jährige folgt Rudolf Sirsch (65) nach, der in den Ruhestand trat. Klemens war dreizehn Jahre lang Pfarrerin für Interreligiösen Dialog in Frankfurt am Main und dort sechs Jahre lang Geschäftsführerin des von ihr mitbegründeten Rates

der Religionen. Sie hat in Mainz, Bonn, München und Chicago studiert sowie mehrmonatige Studienaufenthalte in Israel und im Libanon absolviert. Der Koordinierungsrat vertritt mehr als 80 lokale und regionale Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit.

Wechsel beim CVJM Deutschland

Der Lüdenscheider Wirtschaftingenieur Steffen Waldminghaus ist neuer Präses des Christlichen Vereins Junger Menschen (CVJM) in Deutschland. Der 47-Jährige ist Nachfolger Karl-Heinz Stengels, der nach sechzehnjähriger Amtszeit nicht mehr zur Wahl antrat. Stellvertretende Vorsitzende wurden die Nürnbergerin Katrin Döring und Dorothee Pfrommer aus Württemberg. Ihr Landsmann Ulrich Hanfstein wurde Schatzmeister.

Pax Christi: Mainzer Bischof berufen

Der Mainzer Bischof Peter Kohlgraf ist neuer Präsident der römisch-katholischen Friedensbewegung Pax Christi. Der 52-Jährige ist Nachfolger des Fuldaer Altbischofs Heinz Josef Algermisen (76).

VELKD: Neue Bischöfin gewählt

Die Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) hat die norddeutsche Landesbischofin Kristina

ANGEZEIGT

Ökumene 2019

Das Heft „Ökumene 2019“ gibt einen Einblick in die Arbeit deutscher Auslandsgemeinden und die ökumenischen Aktivitäten der EKD. Jeder Beitrag ist mit einem Bild illustriert. Gezeigt wird auch, wie es um die Beziehung zwischen der EKD und der anglikanischen Kirche von England in Zeiten des Brexits steht und wie die Vollversammlung des Weltkirchenrates 2021 in Karlsruhe vorbereitet wird.

Bestellanschrift: info@ekd.de. Zum Runterladen: <https://www.ekd.de/momente-der-oekumene-39341.htm>

Kühnbaum-Schmidt zur stellvertretenden Leitenden Bischöfin gewählt. Die 55-Jährige ist Nachfolgerin von Carsten Rentzing, der als sächsischer Landesbischof zurückgetreten ist.

EKD: Beauftragter gegen Antisemitismus

Christian Staffa (60), Studienleiter an der Evangelischen Akademie zu Berlin, ist zum ersten Antisemitismusbeauftragten der EKD berufen worden. Von 1999 bis 2012 war der promovierte Theologe Geschäftsführer von Aktion Sühnezeichen. Er gehört zum Sprecherrat der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus.

AfD-Politiker nicht länger Prädikant

Die Leitung des württembergischen Kirchenkreises Herrenberg hat es abgelehnt, die Beauftragung eines Laienpredigers zu verlängern, der Vorsitzender einer AfD-Ortsgruppe ist. Der 72-Jährige habe durch öffentliche Äußerungen wie „Merkel-Regime“ in den Gemeinden viel Vertrauen verloren, sagte Dekan Eberhard Feucht dem *Evangelischen Pressedienst (epd)*. Die Beauftragung von Prädikanten muss in der württembergischen Landeskirche in der Regel alle sechs Jahre erneuert werden. Gegenüber der Nachrichtenagentur *idea* klagte der scheidende Prädikant, der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm und der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz Kardinal Reinhard Marx hätten „unseren Herrn verraten“, als sie bei einem Besuch des Jerusalemer Tempelbergs vor drei Jahren ihre Amtskreuze „versteckt“ hätten.

Foto: dpa/ProCip



Die anglikanische Kathedrale von San Francisco.

USA: Weniger Christen, mehr Konfessionslose

Die Zahl der Amerikaner, die sich als Christen bezeichnen, ist zwischen 2009 und 2019 von 77 auf 65 Prozent zurückgegangen. Das hat eine Erhebung des renommierten Washingtoner Pew Research Center ergeben. Im selben Zeitraum wuchs die Zahl der Konfessionslosen von 17 auf 26 Prozent, aber derjenigen, die sich als Atheisten bezeichnen, nur von zwei auf vier Prozent. Unter den Amerikanern, die zwischen 1928 und 1945 geboren wurden, bezeichnen sich 84 Prozent als Christen, 10 Prozent als konfessionslos, und neun Prozent identifizieren sich mit einem nichtchristlichen Glauben. Bei den zwischen 1981 und 1996 Geborenen sind 49 Prozent Christen, 40 Prozent konfessionslos, und sechs Prozent sind Anhänger einer nichtchristlichen Religion. Die Zahl der Protestanten ist zwischen 2009 und 2019 von 51 auf 43 Prozent zurückgegangen. Unter ihnen ist aber der Anteil der Evangelikalen mit 56 zu 58 Prozent fast gleich geblieben.

Gemeinde verlässt Freikirche

Die Stuttgarter Gemeinde der ICF (International Christian Fellowship), die sich als „überkonfessionell“ versteht, wird am 1. Januar selbstständig. Das teilte deren Leiter Dan Schmid der Nachrichtenagentur *idea* mit. Als Grund für die Trennung nannte er, dass die ICF eine Vereinheitlichung der Gemeinden anstrebe. Zur ICF gehören nach eigenen Angaben in Deutschland 31 und in der Schweiz 28 Gemeinden.

Losung für Ökumenischen Kirchentag

„Schaut hin“ lautet die Losung für den Ökumenischen Kirchentag, der in zwei Jahren in Frankfurt am Main stattfindet. Sie ist an die Geschichte von der Brotvermehrung im Markusevangelium angelehnt. „Schauen bedeutet mehr als sehen“, erläuterte Kirchentagspräsidentin Bettina Limperg.

Kirchengemeinschaft trotz des Brexits

Die Beziehungen zwischen den protestantischen Kirchen des Kontinents und Großbritanniens seien trotz des Brexits eng und tragfähig. Das hat der Präsident der Gemeinschaft evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) Gottfried Locher (Bern), der auch Herausgeber von *zeitzeichen* ist, bei der Tagung des Rates der GEKE in Cambridge betont. Beim Parlamentarischen Abend der evangelischen Kirchen Niedersachsens in Hannover sagte der anglikanische Lordbischof von Leeds Nicholas Baines, angesichts des Brexits würden die „starken Verbindungen“ der Kirchen „noch wichtiger“ werden.

Geistige Mit-WGler

Literaturmuseum Marbach: herzliche Einladung zum Hegeln

JÜRGEN KAISER

Evangelisches Stift Tübingen, Eckzimmer zweiter Stock, Augustinerstube. Im Wintersemester 1790/91 hatten hier drei Stifftler ihre Schreibpulte: Hegel, Hölderlin und Schelling. Geschlafen wurde in Schlafsälen, gelesen, diskutiert und geschrieben an den Stehpulten in dieser Bude. „Reich Gottes“ war die Parole zwischen Hegel und Hölderlin, „Vernunft und Freiheit“ die Losung zwischen Hegel und Schelling.

Ein Sprung: Sommersemester 1978. Die Augustinerstube hieß nun schlicht *II 27* und war meine Studentenbude für zwei Semester. Oft habe ich mich gefragt, was wohl die drei da alles miteinander diskutiert haben? Französische revolutionäre Schriften waren mit dabei. Denn im Stift studierten immer auch vier Studenten aus Französisch-Schwaben: Mömpelgard/Monbeliard. Diese schmuggelten das streng verbotene und durch häufige Razzien gesuchte geistige Gift nach Tübingen – französische Revolutionsschriften – und versteckten diese im Garten nahe den Stocherkähnen. Auf den Buden wurden sie gelesen und heiß diskutiert.

Oktober 2019: Noch bis zum 16. Februar 2020 lebt diese Studenten-WG wieder auf. „Hegel und seine Freunde. Eine WG-Ausstellung“ im Literaturmuseum der Moderne in Marbach am Neckar. Eine geniale Ausstellung. Denn die Kuratorinnen Heike Gfrereis und Sandra Richter haben in Hegelischer Manier mit der These: „Marbach hat fast nichts von Hegel“ – gegenüber die Antithese „Hegel wirkt bis heute. Wir haben alles im Archiv“ – eine Synthese geschaffen: „Lasst die Besucher selber Hegel denken.“ Und Hegel „denken“ ist ein Prozess. An zwölf Stationen hat nun der Besuchende Gelegenheit, in die Welt Hegels einzutauchen, seine Freunde kennen zu lernen und dabei seine eigene Gedankenwelt daraus zu entwickeln.

„Wer bin ich?“. Bei Hegel beginnt philosophisches Denken bei einem selbst. Also steht am Eingang eine Foto-Box und bietet Gelegenheit für ein Selfie. Das Selbstporträt wird eine These. Aber

schon die Wahl, mit vielen Filtern das eigene Bild vor dem Druck zu verändern, schafft Möglichkeit für eine Antithese zu sich selbst. Einen Schritt weiter steht der oder die Besuchende vor einem Billardtisch. Er oder sie darf spielen. Nicht nur, weil Hegel selbst gern Billard gespielt hat. Aber Vorsicht!. Die Kugeln haben alle Namen. „Natur“, „Raum und Zeit“, „Freiheit“, „Widerspruch“. „Absolutes“ – um nur ein paar zu nennen. Wer stößt wen an? Wer spielt über Bande? Ist das noch Billard? Eigentlich Philosophie.

Mittelpunkt der Ausstellung sind Versuchsstationen mit zwölf alten Overhead-Projektoren, deren Glasscheiben man bespielen kann. Figuren, Farben, Texte – hier kann man Phänomene des Geistes spielerisch basteln. 1100 mal hat Hegel in seiner „Phänomenologie des Geistes“ den Begriff „Bewußtsein“ benutzt.

Um die zentrale Installation herum: Tische und Hocker mit Namen. Es sind die gekennzeichneten Hocker der geistigen Mit-WGler: Schiller, Goethe, Hölderlin, Schelling, David Friedrich Strauß, Mörike, Heine, Kafka, Hesse, Theodor W. Adorno, Hannah Arendt, Robert Gernhardt und viele mehr. Sie alle haben sich mit Hegel auseinandergesetzt, Bernhard Vesper sogar im LSD-Rausch. Seine Zeichnung zu Hegel ist natürlich im Original zu sehen.

Überall gibt es Gelegenheit, sich kreativ mit Hegels Ansichten auseinander zu setzen und selbst Antworten zu finden, schreiben, malen und zu gestalten. Vielleicht fällt ja jemandem zu Hegels Satz „Die Geschichte ist ein Prozess, in dem sich allmählich die Vernunft verwirklicht!“ in der heutigen Welt zwingend das Gegenteil ein? Als Antithese sozusagen. Was aber ist dann die Synthese? Und wo stehen heute die Schreibpulte, an denen Antworten diskutiert werden? ◀

Die Ausstellung ist noch bis zum 16. Februar 2020 im Literaturmuseum der Moderne in Marbach am Neckar zu sehen. www.dla-marbach.de

NOTABENE

- Das Oberlandesgericht Naumburg wird im kommenden Jahr in zweiter Instanz darüber urteilen, ob die „Judensau“ an der Stadtkirche in der Lutherstadt Wittenberg abgenommen werden muss oder nicht. Der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, sagte dazu dem *Redaktionsnetzwerk Deutschland*: „Meiner Einschätzung nach gehört die Judensau ins Museum.“ Auch die stellvertretende EKD-Ratsvorsitzende Annette Kurschus ist für eine Entfernung des Reliefs. „Ich finde, dass Antisemitismus in unserer Gesellschaft nichts verloren hat“, sagte die westfälische Präses im *Mittagsmagazin* des ZDF. Alles, was Antisemitismus befördern könnte, „sollten wir tatsächlich aus der Öffentlichkeit verbannen“.

- Friedrich Kramer, Bischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, ist dafür, die „Schandplastik von der Kirchenfassade abzunehmen und im öffentlichen Raum gleich vor Ort mit einer Erklärung auszustellen. In ein Museum gehört die Sau meiner Ansicht nach nicht (...). Denn es ist eine Stärke, dass der jetzige Ort Debatten auslöst.“ Zudem verwies er im Gespräch mit KNA darauf, dass die Aufarbeitung der „Saugeschichte“ in Wittenberg erstmalig in Europa begonnen habe. Seit 1988 gebe es eine Bodenplatte mit einem erläuternden Schriftzug.

- Die Stadtkirchengemeinde ist gegen die Entfernung der Plastik und verweist ebenfalls auf die bestehenden Mahnmale an der Kirche und sieht sich als „Erbin eines schwierigen Erbes, das nicht entsorgt werden soll, sondern als ein Geschichtszeugnis an Geschichte erinnern und über Geschichte aufklären soll“. Stadtkirchenpfarrer Johannes Block setzt sich laut *epd* für eine Weiterentwicklung dieser „Stätte der Mahnung“ ein, die nach seiner Ansicht durch „eine künstlerisch zu gestaltende Wegmarke der Versöhnung“ ergänzt werden sollte. ◀

Armut oder Wohlstand im Alter?

„Die Renten sind sicher“, versicherten Herbert Ehrenberg (SPD), Arbeits- und Sozialminister unter Helmut Schmidt, und sein Nachfolger Norbert Blüm (CDU). Ob das noch stimmt, dürfte bei dieser Tagung deutlich werden. Diskutiert werden die Fragen, ob eine neue „Anpassungsformel“ und ob eine Aufhebung der Altersgrenzen sinnvoll ist. Und verglichen wird das deutsche Rentensystem mit dem anderer Länder. Anmelde-schluss: 29. Januar.

Die Rentenpolitik vor Zukunftsentscheidungen

12. bis 14. Februar, Evangelische Akademie Tutzing, Telefon: 08158/25 11 28, Fax: 08158/99 64 28, E-Mail: niedermaier@ev-akademie-tutzing.de, Internet: www.ev-akademie-tutzing.de

Gott: Real oder erfunden?

„Ich glaube nur, was ich sehe.“ So lautet eine volkstümliche Kritik am Gottesglauben. Auf der wissenschaftlichen Ebene setzt sich mit dieser Aussage eine Tagung des Rudolf-Bultmann-Instituts der Universität Marburg auseinander. Theologen und Philosophen gehen der Frage nach, wie sich der christliche Glaube zu Wirklichkeit und Fiktion verhält. Und sie wird in zwei Workshops vertieft. Anmelde-schluss: 31. Januar.

Religion, Fiktion, Wirklichkeit

14. bis 15. Februar, Rudolf-Bultmann-Institut der Universität Marburg, Telefon: 06421/28 24 89, Fax: 06421/282 24 22, E-Mail: malte.krueger@staff.uni-marburg.de, www.uni-marburg.de/de/fb05

Trotz anderer Sprache, Liturgie und Theologie

Aufgrund der Zu- und Einwanderung sind in den Großstädten viele Kirchengemeinden entstanden, in deren Gottesdienste Sprache und Bräuche der alten Heimat gepflegt werden. Diese Tagung geht der Frage nach, wie die Beziehung zwischen den deutschen Landeskirchen und den Einwandererkirchen vertieft werden kann. Dabei geht es auch um die gemeinsame Nutzung von Kirchengebäuden. Anmelde-schluss: 22. Januar.

Interkulturelle Kirche – Strategien zur Verwirklichung der Wohngemeinschaft Gottes

24. bis 25. Februar, Evangelische Akademie Hofgeismar, Telefon: 05671/88 11 15, E-Mail: susanne.ellrich@ekkw.de, Internet: www.akademie-hofgeismar.de

Seele, Theologie, Psychologie

Der von den Nazis aus Deutschland vertriebene Theologe Paul Tillich (1886–1965) blickte weit über sein Fach hinaus. So half ihm die Tiefenpsychologie die Symbole des Christentums zu erschließen. Diese Tagung, die die Paul-Tillich-Gesellschaft mitveranstaltet, beleuchtet Tillichs Verhältnis zur Psychoanalyse Sigmund Freuds und Carl Gustav Jungs und fragt nach seiner Bedeutung für heute. Anmelde-schluss: 20. März.

Religion und Psyche – Paul Tillich und die Tiefenpsychologie

24. bis 26. April, Evangelische Akademie Hofgeismar, Telefon: 05671/88 11 08, E-Mail: anita.kamutzki-pape@ekkw.de, Internet: www.akademie-hofgeismar.de

Welt(w)ende

STEPHAN KOSCH

Dem Bürger flog vom spitzen Kopf der Hut
Drum trägt er nun, wo dieser war
Mützen, Käppis oder nur das lichte Haar
Und an den Küsten – liest man – steigt die Flut.
Der Regen fällt, die warmen Gletscher fließen
Ins Tal, wo Wasser auf die Straßen hupft
Die meisten Menschen fangen an zu nießen
Oder sind zumindestens verschnupft.

Der Bürger kratzt den Kopf sich ohne Hut
In allen Lüften hallt es wie Geschrei
Die Welt wird heiß und schmilzt zu Brei
Und in den Straßen – hört man – wächst die Wut
Der Sturm ist da, die braven Kinder laufen
Durchs Land, damit in Panik es gerät.
Man könnte ja mehr Bio kaufen...
Die Bahn kommt wieder mal zu spät.

Dem Bürger wird bald schwer das Narbenherz
Soll schämen sich für Diesel, Fleisch und Fliegen
Will schlafend sich in Sicherheiten wiegen
Wälzt stattdessen sich im Weltenschmerz
Die Angst ist da, wo er die Freiheit wähte
Drohen nun Verbote und Ökodiktatur
Den Bleifuß, der sich nach Glückshormonen sehnte
Zwingt das Tempolimit auf die rechte Spur.

Der Bürger trinkt sich an ein Schlückchen Mut
Berauscht am Zorne sich und dem Geschrei
„Das ganze Land stürzt ab und geht entzwei“
Übers Meer im Süden, raunt es, kommt die Flut
Im Netz sieht er die wilden Meuten jagen
Durch die Stadt und alle Dämme brechen
Der Bürger hätte da noch ein paar Fragen
Statt einer Antwort hört er nur Versprechen.

Der Bürger schaut Silvester in die Feuerglut
Sucht Frieden nach der ganzen Knallerei
Hört den Rettungswagen und die Polizei
Und irgendwo sagt einer „Alles gut“
Es kommt was Neues, nach all dem Kummer
Noch einen Wunsch er übers Handy sendet
Schickt ihn an eine unbekannte Nummer
dass sich die Welt zum Guten wendet... ◀

nach Jacob van Hoddis, „Weltende“ (1911)

In der nächsten Ausgabe



Foto: dpa/Konstantin Kokoshkin

Russland

Seit fast zwanzig Jahren, seit Mai 2000, ist der ehemalige KGB-Mann Wladimir Putin mit einer kurzen Unterbrechung Präsident der Russischen Föderation. Wie hat sich das riesige Reich zwischen Königsberg (Kaliningrad) und Wladiwostok seitdem verändert? Das ist das Schwerpunktthema der nächsten Ausgabe von *zeitzeichen*. Wir blicken auf den Machtpolitiker Putin, die Lage der Opposition in Russland, versuchen, die Nähe der russisch-orthodoxen Kirche zur Macht zu erklären, und steigen in die Achterbahn der deutsch-russischen Beziehung. Mit dem erst vor wenigen Monaten ins Europäische Parlament gewählten Grünen-Abgeordneten Sergey Lagodinsky, geboren in der Sowjetunion, diskutieren wir die heutige Lage in Russland.

Hoffnung gegen Trump?

Elizabeth Warren könnte die nächste Präsidentin der Vereinigten Staaten von Amerika werden. Dafür muss sie jedoch die Vorwahlen der Demokratischen Partei in den USA gewinnen – und gegen den Amtsinhaber Donald Trump bei den Präsidentschaftswahlen im November kommenden Jahres. Die Methodistin hat Sonntagschul-Unterricht angeboten, glaubt an Gott und an den Amerikanischen Traum – aber was wissen wir sonst noch über sie? Andreas Mink klärt auf.

Streit um Judensau

Die so genannte Judensau an der Wittenberger Stadtkirche wird im Januar erneut zum Streitfall vor Gericht. Doch schon vor der Verhandlung vor dem Oberlandesgericht Naumburg mehren sich die Stimmen, dass das antijudaistische Schmährelief von der Fassade entfernt sollte. Die Befürworter verweisen hingegen auf bestehende Mahnmale vor der Kirche, die sich von der „Judensau“ distanzieren, und sehen die Darstellung als Teil der eigenen schmerzvollen Geschichte, die nicht verschwiegen werden dürfe. Stephan Kosch beschreibt die Lage.

Katharina von Siena

Mehr als hundert Jahre vor Martin Luther ruft Katharina von Siena (1347–1380) ihre Kirche zur Umkehr auf. Wie der exkommunizierte Reformator prangert sie Missstände des Klerus an. Nur in einem unterscheidet sie sich von Luther: Sie akzeptiert die kirchliche Hierarchie als eine von Gott gesetzte Ordnung. Adelheid von Hauff beschreibt das Leben der Katharina von Siena und ihr friedensethisches Wirken.

Jetzt zeitzeichen
verschenken und Prämie sichern

zeitzeichen

Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft

Sie haben die Wahl!



Laminiergerät

Perfekt für den Hausgebrauch.
Unzählige Anwendungsmöglichkeiten:
Schützen und veredeln Sie Fotos, Rezepte,
Einladungen, Gepäckanhänger,
Kinderzeichnungen, Untersetzer oder
Tischsets und vieles mehr.



Rucksack

Travelite Basics - kleiner Rucksack (35 cm)
Abmessungen: 20,0 x 35,0 x 20,0 cm
Volumen ca: 12,0 l
Farbe: schwarz-grau

Bitte fotokopieren oder ausschneiden

Ja, ich möchte gerne ein Abonnement von zeitzeichen verschenken!

Lieferanschrift

Bitte senden Sie ab der Ausgabe

Ausgabe
T T M M J J

Vorname

Nachname

Straße und Hausnummer

PLZ Ort

zunächst für ein Jahr bis ich Sie wieder benachrichtige

Ein unbegrenzt laufendes Abonnement kann ich frühestens 6 Wochen vor
Ende des ersten Berechnungszeitraums kündigen – anschließend jederzeit.

Rechnungsanschrift

Ich bin der Besteller. Als Prämie wünsche ich mir

Laminiergerät

Rucksack

Vorname

Nachname

Straße und Hausnummer

PLZ Ort

Der Prämienversand erfolgt nach Zahlungseingang.

Der Jahresbezugspreis beträgt in EU-Ländern 78,- € /
Drittländern 92,40 € / in der Schweiz 78,- CHF (inkl. Versand und MWSt)

Coupon bitte senden an

zeitzeichen Leserservice | Postfach 5005 50 | 60394 Frankfurt am Main | Fax 069-58098 226 | Telefon 069-58098 191 | E-Mail kundenservice@gep.de

Kamp: 700-19AZGE

vrk+

Versicherer im Raum der Kirchen

Sicherheit

vrk.de/ethisch-nachhaltig

